

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausschnitt“, „Sozialistische Literatur-Bibliothek“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen der „Volkswacht“, Neue Gauptstraße Nr. 6 und Neue Gauptstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn. 0,50 Rmt. monatlich 1,26 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Porto die Post einzeln. Belegungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 100 W. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. Das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis sonntags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Filialstellen abgegeben werden

Unbezahlt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Zu neuem Kampf im Sturm des März.

Dem Bezirksparteitag zum Gruß!

Kr. Am heutigen Sonnabend und morgigen Sonntag tritt in Breslau der Bezirksparteitag des Bezirks Mittelschlesien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammen. Seine Aufgabe ist, neben der Erregung der laufenden Geschäfte die letzten Vorbereitungen zu treffen für den großen Kampf, der in den nächsten Monaten bevorsteht, für den Wahlkampf im Reich und in Preußen. Insbesondere hat er die Aufgabe, die Kandidaten festzusetzen, die die Sozialdemokratische Partei Mittelschlesiens zum Reichstag und zum Preussischen Landtag aufzustellen beabsichtigt.

Es ist kein Zufall, daß dieser Parteitag zusammentritt am Tage der 80. Wiederkehr der Märzrevolution von 1848 in Berlin. Mit Absicht ist die Zusammenkunft der Delegierten aus allen Ortsvereinen der Partei unseres Bezirks auf diesen Erinnerungstag des Proletariats gelegt worden, um die Waffen zu schmieden für die Fortsetzung des Kampfes, der am 18. März 1848 begann. Denn heute wie damals handelt es sich darum, die Reaktion aufs Haupt zu schlagen und dem Volke sein ihm immer noch in vielen Beziehungen vorenthaltenes Recht zu erobern. Heute wie damals geht es auch darum, den großen Massen der arbeitenden Volksschichten ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen, die soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu beseitigen und eine Gesellschaft zu erschaffen, in der Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Frieden herrschen. So wird denn dieser Bezirksparteitag durch die Erinnerung an die Erhebung des Volkes gegen die absolute Monarchie und gegen die Privilegien des Adels, gegen die Unterdrückung des Volkes durch Fürsten und Adel am 18. März 1848 eine besondere Weihe erhalten; und die Erinnerung an eines der größten Ereignisse der Geschichte unseres Volkes wird die Delegierten unserer Partei empornen, mit letzter Kraft und Energie und in voller Einigkeit den Kampf vorzubereiten, den wir in den nächsten Monaten durchzuführen haben werden.

Eigentlich bedürfte es aber gar nicht dieser geistigen Stärkung mehr. Denn nur selten waren im Lauf der Geschichte der Sozialdemokratie der Kampfeswille und die Kampfesfreude in unseren Reihen größer, als sie gegenwärtig sind. Stehen wir doch, wie alle fühlen und wie auch die Gegner schauernd erkennen, vor einem großen Siege unserer Sache, vor der Bekräftigung unseres Einflusses in den beiden größten Parlamenten des Deutschen Reiches. Siegeszuversicht belebt unsere Reihen!

Und diese Siegeszuversicht ist berechtigt. Denn ein Rückblick auf die Entwicklung unserer Partei im letzten Jahre zeigt, daß unsere Partei wieder stark im Aufstieg begriffen ist. Nicht nur in unserem Bezirk, sondern auch in vielen anderen Bezirken Deutschlands hat die Mitgliederzahl der Sozialdemokratie im letzten Jahre erheblich zugenommen. Im Bezirk Mittelschlesien allein sind im Jahre 1927 7338 Neuaufnahmen zu verzeichnen gewesen. In der Stadt Breslau allein ist die Mitgliederzahl im letzten Jahre um 1733 Mitglieder gewachsen, und sowohl im ganzen Bezirk Mittelschlesien als auch in der Stadt Breslau ist schon wieder in den ersten zehn Wochen des neuen Jahres ein ganz erheblicher Zuwachs an Mitgliedern festzustellen. Aber nicht nur die Mitgliederzahl der Partei ist gewachsen. Auch die Zahl der Abonnenten unserer Parteipresse ist in erfreulicher Weise gestiegen; und vor allem ist auch die Mitarbeit der Parteigenossen in den Organisationen sehr viel lebendiger geworden als in früheren Jahren. Die Zahl der Versammlungen legt dafür ein schlagendes Zeugnis ab. Im ganzen Bezirk wurden im Jahre 1927, obwohl keine Wahl stattfand, 872 öffentliche Versammlungen und 349 Mitgliederversammlungen abgehalten! Wie eifrig die Genossen agitiert haben, geht auch daraus hervor, daß im Jahre 1927, dem ersten Jahre nach der Revolution, in dem keine Wahlen stattfanden, trotzdem 988 000 Flugblätter verbreitet worden sind. Die Zahl der Ortsvereine stieg im Jahre 1927 von 324 auf 382, was beweist, daß wir auch auf dem Lande uns überall ausbreiten und auch in den kleineren Orten immer mehr Fuß fassen.

Aber nicht allein auf diese Entwicklung der Parteiorganisation unseres Bezirks wie der in ganz Deutschland stützt sich die Siegeszuversicht unserer Genossen. Sie stützt sich vor allen Dingen auf die großen Wahlerfolge, die unsere Partei in den letzten Monaten erringen konnte. Es sei hier nur erinnert an die Wahlen in Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, an die zwei Wahlen in Hamburg, an die Wahl in Bremen, an die Wahlen im Lande und in der Stadt Aachen sowie und endlich an die letzten Wahlen in Potsdam. In allen diesen Wahlen hat die Sozialdemokratie große Wahlerfolge, ja Siege errungen, und

es ist ihr sogar gelungen, in mehreren dieser Länder, die bis dahin im Amt befindliche reaktionäre, rein bürgerliche Regierung zu stürzen und ein freieres Regime an ihre Stelle zu setzen. Endlich gründet sich die Zuversicht unserer Genossen auf die Tatsache, die auch von unseren Gegnern anerkannt wird, daß die Politik des Bürgerblocks, die wir wegen ihrer Volksfremdheit, ja Volksfeindlichkeit aufs härteste bekämpfen mußten, in den letzten Monaten einen großen Zusammenbruch erlebt hat. Die im Reich regierende Koalition, der Besitzbürgerblock, ist an ihrer eigenen Leistungsunfähigkeit, an ihren inneren Gegenjahren und Widersprüchen und vor allen Dingen auch an ihrer Unschlüssigkeit zusammengebrochen. Überall im Volk wenden sich die Sympathien in großem Umfange von diesen Parteien ab. Die katastrophalen Wahlniederlagen der Deutschnationalen sprechen



Trotz alledem!

Das war 'ne heiße Märzzeit,
trotz Regen, Schnee und alledem!
Nun aber, da es Wänter schneit,
nun ist es kalt, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem —
trotz Wien, Berlin und alledem —
ein schneider, scharfer Winterwind
durchströft uns trotz alledem!

Das ist der Wind der Reaktion
mit Meistau, Keif und alledem!
Das ist die Bourgeoisie am Thron —
der annoch steht, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem —
trotz Blutschuld, Trug und alledem —
er steht noch, und er hudeit uns
wie früher fast, trotz alledem!

Die Waffen, die der Sieg uns gab,
der Sieg des Rechts trotz alledem,
die nimmt man fast uns wieder ab,
fant Kraut und Tot und alledem,
trotz alledem und alledem —
trotz Parlament und alledem —
wir werden unsere Büchsen los,
Soldatenwild trotz alledem!

Doch sind wir frisch und wohlgenut
und jagen nicht trotz alledem!
In tiefer Brust des Jornes Blut,
die hält uns warm trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
es gilt uns gleich trotz alledem,
Wir schütteln uns: Ein garst'ger Wind,
doch weiter nichts trotz alledem!

Denn ob der Reichstag sich blamiert
professorhaft, trotz alledem!
Und ob der Teufel reagiert
mit Huj und Horn und alledem —
trotz alledem und alledem,
trotz Dummheit, Pitt und alledem,
wir wissen doch: die Menschlichkeit
behält den Sieg trotz alledem!

So füllt denn nur der Märzer Schlund
mit Eisen, Blei und alledem:
wir halten uns auf unserm Grund,
wir wanken nicht trotz alledem!
Trotz alledem und alledem!
Und macht ihrs gar, trotz alledem,
wie zu Neapel jener Schuft:
das hilft erst recht, trotz alledem!

Nur, was zerfällt, vertrittet ihr!
Seid Kasten nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
und ewig drum, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem:
Es kommt denn an, trotz alledem!
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht,
anjer die Welt, trotz alledem!

Freitag, 17.

darin eine ebenso deutliche Sprache wie die Tatsache, daß von ihnen mit allen Mitteln versucht wird, durch immer neue Manöver, durch Lügen und Verleumdungen die großen Volksmassen über ihr tatsächliches Verhalten zu täuschen. Auf keinem Gebiet der Politik, der Verwaltung und der Wirtschaft haben die Deutschnationalen ihre Versprechungen wahrgemacht, die sie 1924 zum Zwecke des Stimmenjanges so freigebig gegeben hatten. Die Deutschnationalen hatten nicht den Mut, auf dem Gebiet der Außenpolitik zu ihren Versprechungen zu stehen und die Verhöhnungspolitik, die seit Jahren, besonders von der Sozialdemokratie gefördert und gestützt, von Deutschland getrieben wird, abzulösen durch eine Kampfpolitik gegen unsere ehemaligen Kriegsgegner. Trotzdem blieb ihre ganze Außenpolitik vollkommen unfruchtbar, weil sie auch nicht offen und ehrlich die Verhöhnungspolitik fortsetzten, sondern sie dauernd durch aufreizende Reden hörten. Sie haben nicht einmal die Räumung der Rheinland erreichen können, ja, durch ihre Politik ist die Räumung, die sonst vielleicht schon im vorigen Jahr erreicht worden wäre, erst wieder auf längere Zeit hinausgeschoben worden. Auf dem Gebiete der Wirtschaft hat der Besitzbürgerblock eine Politik getrieben, die auf der einen Seite die großen Massen der Konsumenten ausgelaut hat und auf der anderen Seite zur Folge hatte, daß große Teile der Landwirtschaft in eine wirtschaftlich außerordentlich gefährliche Lage gerieten. Das Ergebnis ihrer Wirtschaftspolitik war, daß die Produktionskosten der Landwirtschaft so ungeheuerlich gestiegen sind, daß trotz bester Preise die landwirtschaftlichen Betriebe gegenwärtig vielfach nicht mehr rentabel sind. Jetzt, wo es zu spät ist, wo die Landwirtschaft teilweise in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt, ertönt natürlich gerade aus dem deutschnationalen Lager und aus dem Lager des Landbundes, der diese Politik nicht nur gefördert, sondern geradezu erprobt hat, ein großes Geschrei und man versucht, die Schuld an der Not der Landwirtschaft den politischen Gegnern, nämlich der Opposition, zuzuschreiben. Wir könnten noch viele solche Punkte aufzählen, in denen der Besitzbürgerblock, die Deutschnationalen ebenso wie die Deutsche Volkspartei und auch das Zentrum, in vollem Umfange versagt hat. Wir könnten auf den Verrat an den Kleinrentnern, an den Inflationsgeschädigten, an den Liquidationsgeschädigten usw. hinweisen, wir könnten erwähnen, wie der Arbeiterklasse das Notwendigste zum Leben vorenthalten wurde und wie der Arbeiterschutz in allen möglichen Punkten durchlöchert worden ist. Das ist indes nicht nötig, denn die Dinge sind allzu bekannt. Aber es ist auf Grund dieser Tatsache kein Wunder, wenn durch die großen Massen des Volkes eine Welle der Empörung über die bisherige Reichsregierung und den hinter ihr stehenden Besitzbürgerblock geht; und es sind deshalb auch nicht bloße Illusionen, wenn in den Reihen der Sozialdemokratie wegen dieser Tatsachen für die bevorstehenden Wahlen große Siegeszuversicht herrscht.

Trotz dieser Sachlage sind die Aufgaben, die die Partei im nächsten Jahr zu lösen hat, außerordentlich groß und schwer. Der Bezirksparteitag muß die Waffen schmieden für einen Kampf, der außerordentlich heiß werden wird. Es steht uns ein Kampfesjahr ahnreglich bevor. Denn neben den Wahlen zum Reichstag und zum Preussischen Landtag werden auch noch im Herbst die Gemeindevahlen in Preußen stattfinden (in Breslau sogar schon im Mai oder Juni). Vor allen Dingen aber stehen uns für die nächsten Monate schwere soziale Kämpfe bevor. Eine ganze Reihe von Reichs- und Bezirksarbeiten in wichtigen Industrien mit großen Arbeitermassen laufen in den nächsten Wochen ab. Wir müssen uns deshalb auf Arbeitskämpfe vor ungeheurem Umfange gefaßt machen. Einen Vorgeschmack dieser Kämpfe haben wir in den letzten Monaten bereits in den großen Streiks und Aussperrungen erlebt, die schon während dieser Zeit durchgefochten werden mußten. Für diese Kämpfe bedarf es ebenloher wie für die bevorstehenden Wahlen der Sammlung aller Kräfte der Arbeiterklasse, und auch die Partei muß auf diesem Gebiete ihre Kräfte sammeln, wenn auch die Kämpfe selbst unmittelbar von den Gewerkschaften durchgefochten werden müssen.

Endlich kann der Bezirksparteitag auch insofern mit Genugtuung auf das vergangene Jahr zurückblicken und mit Hoffnung und Zuversicht in die Zukunft schauen, als sich die Politik unserer Partei gerade im letzten Jahre außerordentlich bewährt hat. Es ist der Energie und Überlegenheit Kampfeswille der Sozialdemokratie gelungen, vor allen Dingen die Verabschiedung des reaktionären Schulgesetzes zu verhindern, zu dessen Schaffung der Besitzbürgerblock nicht zuletzt geschaffen wurde. Der Energie der

Die Post vor dem Reichstag.

Der Minister tabelt die Poststeuer Oberpostdirektion.

Berlin, 16. März. (Eigener Bericht.) Ohne Aussprache wird in allen drei Lesungen eine Vorlage angenommen, durch die die Geltungsdauer des Gesetzes zur Regelung des Verkehrs mit Mail bis zum 31. März 1929 verlängert wird. Die deutsch-niederländische Vereinbarung über die Verzollung von Hohlglas in Deutschland wird gleichfalls debattelos in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das deutsch-schweizerische Übereinkommen über die Arbeitslosenversicherung der Grenzländer und die revidierte Pariser Verbandsvereinbarung zum Schutze des gewerblichen Eigentums. — Angenommen wird weiter ein Antrag, der die Geltungsdauer des Gesetzes zur Entlastung des Reichsgerichts bis zum 30. Juni 1929 verlängert. Es folgt nun die zweite Beratung des Haushalts des Reichspostministeriums.

Reichspostminister Dr. Schädel: Die Finanzlage der Reichspost gestalte es nicht, bei den Neubauten und den Neuanlagen von Fernsprechämtern in bisheriger Tempo fortzuführen. Für das Jahr 1928 mußte sich die Post auf eine Anleihe von 50 Millionen beschränken. Sollten sich die Einnahmen günstiger gestalten als der Voraussicht, so werde das Ministerium weitere Mittel für Fernsprech- und Bauwesen anfordern. Zu den Verzollungen wegen einer Erhöhung der Fernsprechgelder erklärt der Minister: Gebührenerhöhungen werden solange nicht in Frage kommen als der jetzige Preisstand der Wirtschaft bestehen bleibt. Im Gegenteil halte ich im Fernsprechwesen Tarifreduzierungen für notwendig, sobald die Finanzlage das ohne Beeinträchtigung der allgemeinen Verkehrsinteressen zuläßt. (Beifall.)

Ubg. Seppel (Soz.) bemerkt, daß eine Entlastung von Arbeitern vermieden wird, da der Minister versprochen habe, daß im Bauprogramm keine Vergrößerung eintreten solle. Die Kosten der Rationalisierung hätten bedauerlicherweise die Unterbeamten tragen müssen; noch heute werde teilweise das Personal mit der Stopuhr kontrolliert. Die letzten Personalverfügungen des Ministers würden leider zur Entlastung von Postbeamten führen, die schon zehn Jahre beschäftigt seien. Das könne doch nicht die Absicht des Ministers sein. Der Redner wünscht, daß an den bayerischen Bahnpostwagen die blauweißen Schutzzeichen befestigt und die üblichen einfarbigen Reichsadler durch schwarz-rot-goldene Schutzzeichen ersetzt werden. Im Fernsprechwesen verlangt er Verbilligungen für Wenigpreder. Ferner bringt er den Fall der Breslauer Firma Lippmann zur Sprache, gegen die ein Strafantrag wegen Nötigung gestellt worden sei, weil sie nach Zurückweisung ihrer Beschwerde wegen Zurückbehaltung von Fernsprechgeldern erklärt hatte, sie werde sich an einen Reichstagsabgeordneten wenden. (Hört! Hört! bei den Soz.) Die Firma Lippmann behaupte übrigens, die Oberpostdirektion Breslau sei deutschfeindlich eingestellt. Es sei allerdings merkwürdig, daß diese Direktion einer erst kürzlich wegen Verächtlichmachung der Republik verurteilten Zeitung Aufträge erteile. (Hört! Hört! links.) (Daß die Oberpostdirektion Breslau hier mit den Völkern nicht ist, haben ja auch wir wiederholt festgestellt. Ann. d. Red.) Der Redner bringt dann Klagen vor über die Handhabung des Beamtenabbaues. Man habe sogar Schwerkrankenbeschädigte und Beamte von 45 Jahren aufgefordert, sich abzubauen zu lassen. Ueberflüssig sei die Verfügung über die Dienstkleidung der Beamtinnen gewesen. Die benötigte Einführung der neuen Dienstabzeichen hätten die Beamten selbst einmütig abgelehnt. Bei der Verteilung der Unterstützungsmittel hätten sich teilweise merkwürdige Praktiken eingeschlichen. In Marienburg und Marienwerder zum Beispiel würden Unterstützungen nur an solche Beamte gegeben, die Mitglieder des Jungdeutschen Ordens seien. (Hört! Hört! links.) Im Ergänzungssetz würden die Sozialdemokraten die längst im Seilordnungsgezet versprochenen Stellen für das technische Personal beantragen.

Ubg. Bruhn (Nat.) bezieht die Verbesserungen des Post- und Fernsprechnetzes auf dem flachen Lande. Im Ausbau des Kraftpostwesens müsse noch mehr geleistet werden. Hier dürfe nicht die Rentabilität einer Linie maßgebend sein, wenn es sich um die Erschließung schwachbevölkerter Gebiete handelt. Die Entwicklung des Rundfunks sei erfreulich. Die durch den geplanten Abbau von Oberpostdirektionen erzielten Einsparnisse würden in keinem Verhältnis zu der großen Beunruhigung der beteiligten Bevölkerung.

Ubg. Alletotte (Zer.) erklärt, die bisherige Entwicklung des Postwesens sei ein Beweis für die Notwendigkeit des Fortbestandes des Postfinanzgesetzes. Der Redner weist die Meinung zurück, daß bei der Post noch zu viele Beamte beschäftigt seien. Die Post sei nicht nur ein Verkehrs-, sondern auch ein Wirtschaftsfaktor.

Ubg. Dr. Cremer (D. Sp.) betont, im abgelaufenen Jahre habe der Postbetrieb sich manchen Bedürfnissen und Wünschen des Publikums besser angepaßt und auch einen besseren finanziellen Erfolg gebracht als früher. Bedenklich sei die Verzögerung der Durchführung des Fernsprechnetzes, vor allem auf dem flachen Lande. Der Telegrammbestelldienst müsse modernisiert werden. Im Zeichen des Motorrades müsse hier eine Beschleunigung möglich sein. Die Besserung der Postfinanzen sei leider durch die Einführung einer Verkehrssteuer in Form von Portoerhöhungen. Für ihre vorliegenden Anlagen hätte die Post mehr den Anleihemarkt in Anspruch nehmen sollen. Die Zuführung der 100 Millionen an das Reich sei nicht übermäßig, sondern durchaus angemessen angesichts der besonderen Stellung der Post als Monopolbetrieb im Wirtschaftlichen. Geprüft werden müsse auch die Frage, woher es kommt, daß bei der Post die Invalideität der Beamten viel früher eintritt als in allen anderen Berufsständen und Wirtschaftsbereichen.

Ubg. Schuldt-Steglich (Dem.) bemängelt, daß sich eine unmittelbare Wirkung der Rationalisierung auf Wirtschaft und Allgemeinheit nicht gezeigt habe. Vielmehr habe man im Hinblick eine Verärmerung vorgenommen. Die Preispolitik der Post habe sich in keiner Weise von der schädlichen Steuer- und Zollpolitik der Reichsregierung unterschieden. Angesichts der Finanzlage der Reichspost mißbilligt der Redner die Erhöhung der Ablieferung an das Reich auf 100 Millionen. Er setzt sich weiter für Verminderung der Postgebühren und eine Reihe von Verbesserungen im Zustellverkehr ein. Auch eine Senkung der Rundfunkgebühren sei erforderlich. Dem Reichstag müsse wieder eine größere Einwirkungsmöglichkeit auf die Postverwaltung gegeben werden.

Ubg. Torgler (Komm.) beantragt die Aufhebung des Postfinanzgesetzes, das nur die Verhinderung der Transaktionen der Post erleichtere. Bei vernünftiger Finanzwirtschaft wäre die Fortbewahrung unnötig gewesen. Der Fernsprecher sei durch die Abschaffung des Mindestpreises zu einer Luxusvorrichtung für Begüterte geworden. Der Redner kritisiert dann die Verteilung des Ministers gegen die kaisertreuen Räte der Postverwaltung. Die Kölner Oberpostdirektion konstatiert sogar, daß die Wohnungen der Damen nicht an denselben Kriterien liegen wie Wohnungen einzelner Herren. Bei den Rundfunkangelegenheiten herrscht Korruption und Feilscherei. Ubg. Molath (Wirtsch. Bgg.) bemängelt die Geschäftsabwicklung und Verfassung des Verwaltungsrates der Reichspost. Dadurch werde der Reichstagsabgeordnete im Verwaltungsrat der notwendigen Einfluß genommen. Von einem Vertreter in dem Sinn könne bei der Reichspost nicht gesprochen werden.

werden trotz der Ablieferung von hundert Millionen an das Reich. Angesichts der schnellen Entwicklung der Technik auf dem Gebiete der drahtlosen Telephonie müsse erwogen werden, ob nicht so große Summen für die Neuerrichtung automatischer Fernsprechnetze ausgegeben werden sollen auf die Gefahr hin, daß diese Einrichtungen schon morgen überholt sind.

Ubg. Schmidt-Stettin (Nat.) bezieht die Erfüllung der Anleihe bei der Reichspost. — Ubg. Herauer (Bayr. Sp.) verlangt besseren Postdienst auf dem flachen Lande.

Reichspostminister Dr. Schädel: Ich will nicht behaupten, daß die Postfinanzlage die Reichspost ihr Vermögen um 700 Millionen erhöht habe. Das Gesetz habe sich durchaus bewährt und der Verwaltung die notwendige Beweglichkeit gegeben. Vom Standpunkt des Postministers wäre es bequemer, wenn die Post wieder in den allgemeinen Reichshaushalt eingegliedert würde, aber vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus sei das jetzige Verhältnis zweckmäßiger: Als rein kaufmännisches Unternehmen ist die Post nicht denkbar, wenn sie nicht große ohne Gemeinnützigkeit arbeitende Betriebszweige ausüben soll. Die Ablieferung der hundert Millionen an das Reich war notwendig, denn die Post kann bei der Deckung der großen Reichsausgaben nicht absteigen. Die Porto-Erhöhung hat zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten nicht geführt. Die Rationalisierung des Betriebes hat seit 1920 dazu geführt, daß ohne stärkere Einsparung des Verkehrs doch das Personal um 98 000 Kräfte vermindert werden konnte. Ich lege Wert auf Arbeitsfreude beim Personal und wünsche nicht einen Kamerentum, sondern den Geist der Kameradschaft. Ich werde mich dafür stark machen, daß der Höflichkeitserlaß meines Amtsvorgängers im Verkehr der Vorgesetzten mit den Untergebenen durchgeführt wird. (Beifall.) Von einem Beamtenabbau in der Postverwaltung ist keine Rede. Ich möchte auch angemessene Erhöhungen der Arbeiterlöhne. Im Kraftpostwesen sehe ich keine Einnahmequelle, sondern eine gemeinnützige Verkehrsverbesserung. Die Verteilung des Postbestandes ist dabei ausgeschlossen. Mißgriffe bei der Geldsprachzahlung sind zu bebauern, werden sich aber nie ganz vermeiden lassen. Den Breslauer Fall mißbillige ich, ich habe die Einstellung des Verfahrens beantragt. Die Vergebung des Druckauftrages für das Breslauer Fernsprechnetz ist ein Sprung nicht politischen Gesichtspunkten. Die Druckerei hatte das Mindestangebot gemacht.

Damit schließt die Beratung. — Nach Ablehnung der kommunistischen Streichungsanträge wird auch das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Stimmen von drei anwesenden Kommunisten unter großer Heiterkeit abgelehnt. Einkimmig wird der Antrag Molath (Wirtsch. Bgg.) auf Ermäßigung der Fernsprechgelder für Wenigpreder angenommen. — Um 18 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend.

Für eine Schule im neuen Geist.

Die Schulverwaltung im Preussischen Landtag. Berlin, 16. März. (Eigener Bericht.) In der am Freitag fortgesetzten zweiten Sitzung des Kultusausschusses im Preussischen Landtag erklärte zunächst Ministerialdirektor von Trendelenburg zur Erhöhung der Pfarrenbildung, daß sie im Einklang mit den Wünschen der Mehrheit des Landtages erfolgt sei. Allerdings sei zu prüfen, inwieweit für nicht voll beschäftigte Pfarren Staatszuschüsse gegeben werden sollen. Eine Veränderung des Patronatsrechtes der Kirchen bedinge eine Veränderung des Staatsrechtes. Ubg. Schwend (Komm.) bezeichnet die freiwillige Zuschußpolitik des Staates gegenüber der Kirche als unangenehm. Seine Partei denke nicht daran, die Ansprüche der unorthodoxen Kirche zu bewilligen. Ubg. Gröbe (Dem.) polemisierte gegen die religiöse Intoleranz der Deutschen nationalen und erklärte, daß die Demokraten für die finanziellen Bedürfnisse der Kirche eintreten werden. Ubg. Brelle (D. Hann.) stellte sich ebenfalls für die Erhöhung der Pfarrenbildung ein. (Ausschluß, er ist selbst Pfarre! Ann. d. Red.)

Ubg. Frau Wellmann (Soz.):

Wenn die Deutschnationalen hier wieder sehr laut von der Notwendigkeit der Religion und des Christentums gesprochen haben, so muß das als Heuchelei wirken bei einer Partei, deren hervorragende Eigenschaft die politische Charakterlosigkeit ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Propagierung der religiösen Idee von dieser Seite soll ja schließlich nur dazu dienen, das Volk über eine absolut volksfeindliche Politik hinwegzutäuschen. Wenn zum Beispiel der frühere Reichszentraler Michaelis als begüterter Mann erklärt, daß Armut eine Ehre ist und wenn er, der einst zur Friedensresolution des Reichstages die Worte sprach: „Wie ich sie auffasse!“, jetzt den Friedensgedanken propagiert, so ist das der Gipfel der Frivolität. Die neu aufgezogene „Deutsche Reformationspartei“ des Herrn Hofpredigers Voehring hat sich ganz offen monarchistischen Tendenzen. Sie will gegen das zomeigebene Zentrum, die marxistischen Sozialisten und die verjudeten Demokraten kämpfen. Diese Bestrebungen haben mit der wahren Idee des Christentums nichts mehr gemein. Wenn Frau Wellmann sich gegen den Gedanken des Weltfriedens in der Schule erklärt, so schließt sie sich bewußt in Gegensatz zu den Lehren des Nazareners. Die Idee des Sozialismus, die wir vertreten, ist deshalb religiös und ethisch, weil sie auf der Gleichberechtigung der Menschen beruht. Kommt das Volk erst einmal zu dieser Erkenntnis, dann wird es mit der Propagierung der verfallenen christlichen Idee für immer vorbei sein. Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ubg. Richhöffel (Nat.) beschwerte sich über die kulturelle Benachteiligung der ländlichen Bevölkerung und kritisiert die Personalpolitik der Volksschulabteilung des Ministeriums. Ubg. Brodmann (Zer.) schilderte die Not der bescheidenen Schulbesucher. Ubg. Frau A. Kulewa (D. Sp.) rechtfertigte die ablehnende Haltung der Volkspartei zum Reichsschulgesetz. Das Zentrum habe unerfüllbare Forderungen gestellt. Ubg. Widel (Dem.) forderte konfessionelle Toleranz und Sicherung der deutschen Kultur in den gefährdeten Grenzgebieten.

Ubg. Dohst (Soz.):

Den Kampf gegen die weltliche Schule führt in diesem Hause die Volkspartei. Damit verweigert sie völlig ihre lokale Vergangenheit. Nach den Erklärungen des Ministeriums über die Voraussetzungen für die Einrichtung von Volksschulen in Berlin kann von einer Bergemittlung Andersdenkender keine Rede sein. Wir freuen uns das halb über die eindeutige Haltung des Ministers zu dem völlig unberechtigten Elternpreis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber die Vorgänge zeigen, daß wir ein Rechtsgesetz für die weltliche Schule und eine sorgfältige Auswahl der dafür geeigneten Lehrkräfte brauchen. Die Kosten für die Volksschulen haben um 153 Millionen im Jahre 1918 um 43 Millionen im Jahre 1928 angewachsen. Daran muß beim Finanzausgleich gedacht werden. Auch die Ausgestaltung der Volksschule, die sich gegenüber den höheren Schulen in einer Lebensbedeutung befindet, bedarf der Reform. Ein neuntes und zehntes Schuljahr, mit dem in Berlin der Versuch gemacht wurde, muß ganz allgemein für die ländlichen Gebiete durchgeführt werden, die keine Gelegenheiten haben, höhere Schulen zu besuchen und die dennoch aufsteigen müssen. Größten Wert legen wir auch auf die körperliche

Erziehung, denn Körper und Geist bilden eine Einheit. Ein generelles Verbot der Bürgerschule hatten wir sehr wohl für durchführbar. (Beifall bei den Soz.)

Ministerialdirektor Dr. Kachner bezeichnet die vom Ubg. Richhöffel gegen die Personalpolitik der Volksschulabteilung des Ministeriums erhobenen Angriffe als längst erledigt und überholt. Sie entbehren jeder sachlichen Grundlage und seien wohl nur aus Agitationsinteressen gestellt. Im übrigen seien die Beschwerden über Bedrückung republikanischer Lehrer viel zahlreicher als die Klagen über Benachteiligung rechtskonservativer Lehrer. (Hört! Hört!) Es habe in Preußen einmal eine Zeit gegeben, in der die Lehrer, die über eine gewisse non rechte gezogene Linie hinausgingen, mit gemäßigter Hochachtung behandelt worden sind. (Heiterkeit.) Eine juristische Willkür, Schulamtswerber anzustellen, bestehe zweifellos nicht; doch fühle das Ministerium die moralische Verpflichtung, sie sobald als möglich anzustellen. Gründe zur Annahme, daß die weltlichen Schulen in Berlin besonders bedroht werden, liegen nicht vor. Sollte die Einrichtung eines neunten und zehnten Schuljahres in Berlin von Erfolg gekrönt sein, so würde das Ministerium sicher keine Schwierigkeiten machen, es allgemein einzuführen. (Bravo! links.)

Ubg. Schwend-Oberhausen (Wirtsch. Bgg.) beklagt, daß der Kultusminister sich weniger als Schulmann und mehr als Bollblutrepublikaner fühle.

Ubg. Frau Weisfelder (Soz.) beklagt die Schulzustände in weiten Teilen Ostpreußens. Mangel an Schulgebäuden, überfüllte Klassen, Schulen aus dem Jahre 1783, die in Grenzorten als deutsche Merkmalen gezeigt würden, Nichtdurchführung der achtjährigen Schulpflicht. Es sei für die Sozialdemokratie untragbar, daß sie in den Schulabteilungen vieler Regierungen keinen einzigen Vertrauensmann hätte.

Das Kapitel Volksschulen wird erledigt. Zum Kapitel: Höhere Schulen und Provinzialschulkollegium spricht

Frau Dr. Weisfelder (Soz.)

Der Minister hat in seiner Einleitungsrede den Rückgang der Kriminalität und der Selbstmorde an den höheren Schulen gerühmt und gemeint, vielleicht werde dieses Jahrhundert einmal das pädagogische Jahrhundert heißen. Vielleicht aber auch nur das Jahrhundert der pädagogischen Unzulänglichkeiten! (Heiterkeit.) Das Kultusministerium sieht sich außerstande, den Anflug des Verfallens zu beenden. Von der Umbildung der höheren Schulen zur Bergeschule sind wir noch weit entfernt: etwa 600 Söhnen und Töchtern von Arbeitern auf den höheren Schulen stehen allein 35 000 Kinder von höheren Beamten gegenüber. Der Hauptmangel der höheren Schule ist das Fehlen eines der Jugend erfüllenden Lebensideals. Die neuen Hochziele der sozialistischen Weltanschauung sind leider noch nicht die Ziele der höheren Schüler, und die alten Götter haben keine Kraft mehr. Daher die Klagen wegen Ueberbürdung die nur bedeuten, daß eine weisensfremde Arbeit zu einem weisensfremden Zwang die Jugend ermüdet. Besondere Mitleide haben wir für die Aufbauschule notwendig, welche die begabten Kinder am längsten mit ihrer proletarischen Basis verbunden sein läßt. Auch die Werkerschule nach österreichischem Muster hat unsere Sympathie. Die Stellung der Lehrer muß unangenehm weiter gehoben werden; denn Lehrerbildung ist Künstlerarbeit (Sehr wahr! bei den Soz.). Vor allem fordern wir für die höheren Schulen das Volksempfinden ihrer Verantwortung gegenüber dem neuen Staat. Mit Mißbilligungsschreien, die den Betroffenen wahrlich nicht großen Spaß machen, wird die Republik sich und ihr Wesen nicht durchsetzen (Lebhafter Beifall bei den Soz.).

Nach langer Debatte wird auch dieses Kapitel erledigt. — Nächste Sitzung Sonnabend.

Um die neue Amnestie.

Deutschnationale und Kommunisten Arm in Arm.

Im Reichsausschuß des Reichstages beantragt die Deutschnationalen am Freitag Straferlass für alle durch Gerichte des Reiches und der Länder verhängten Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind. Außerdem sollen alle Beamten des Reiches und der Länder amnestiert werden, gegen die ebenfalls auf politischen Beweggründen beruhende Disziplinarverfahren durchgeführt oder eingeleitet worden sind. Der deutschnationale Ubg. Hanemann beantragte die Beratung dieser Anträge in einem Interimsausschuß. Dem schloß sich der Kommunist Höllein an. Ja, er zog um allgemeinen Erstaunen sogar den viel weiter gehenden § 1 Abs. 1 des kommunistischen Amnestieantrages zugunsten des deutschnationalen Antrages zurück. Im gleichen Atemzug griff Höllein die Landesregierungen an, die angeblich „sozialdemokratische Regierungen“ seien und durch ihr Verhalten bewiesen, daß die Sozialdemokraten gegen eine Amnestie seien. In Uebereinkunft mit Höllein trat schließlich auch noch der Deutschnationale Freitag-Loringhausen für einen Interimsausschuß ein. Ubg. Dr. Rosenfeld (Soz.) wandte sich gegen den kommunistisch-deutschnationalen Antrag auf Ueberweisung der Sache an einen Interimsausschuß. Das führe nur zu einer Verschleppung der Amnestieberatungen, während die Sozialdemokraten für eine schleunigste Amnestie seien. Er stellte ferner fest, daß es augenblicklich in Deutschland keine sozialdemokratische Landesregierungen, sondern nur Koalitionsregierungen gibt. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion sei für eine weitgehende Amnestie. Der deutschnational-kommunistische Antrag gehe der Sozialdemokratie nicht weit genug. Sie beantragte daher eine alle politischen Delikte umfassende Amnestie, von der nur diejenigen ausgenommen sein sollten, die lediglich aus eigenmächtigen Beweggründen gehandelt hätten.

Der Ausschluß lehnte dann den deutschnational-kommunistischen Antrag auf Einkehr eines Interimsausschusses ab und beschloß seinen weiteren Beratungen den sozialdemokratischen Antrag als den weitestgehenden Amnestieantrag zugrunde zu legen. Daraufhin erklärten die Deutschnationalen lebhaftes Bedenken gegen den sozialdemokratischen Antrag. Auch dem Ubg. Wunderlich (D. Sp.) geht dieser Antrag zu weit. Ubg. Landsberg (Soz.) trat den Kritikern des sozialdemokratischen Antrages entgegen: Nur der sozialdemokratische Antrag bietet die Garantie dafür, daß auch wirklich alle diejenigen der Amnestie teilhaftig würden, deren Freilassung notwendig sei. Der sozialdemokratische Antrag beruhe auf der Erklärung der Reichsregierung vom November 1918, so allgemein wie damals müsse auch die jetzige Amnestie sein.

Tripplj kopiert endlich.

Der deutschnationale Grandmoral von Tripplj hat dem Großen Weltarp in einem langen Schreiben mitgeteilt, daß er nicht mehr zum Reichstag kandidieren werde. Die Deutschnationale Partei gefällt ihm nicht mehr, die sozialdemokratischen Minister in Preußen geräken ihm noch weniger. Er ist ganz in der Vergangenheit und gehört nicht in den Reichstag von 1928. Gut, daß er es einseht.

Auf zur Internationalen Kundgebung!

Alle Parteimitglieder, alle Gewerkschafter, alle Sportfreunde, alle Sänger, die gesamte Jugend und was sonst sozialistisch denkt und fühlt, vereinigt sich morgen zur gewaltigen Kundgebung für unsere großen Ziele!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. März 1928.

1848 18. März 1928

Das Proletariat hat allen Grund, seine Gedanktage zu feiern. Der 18. März 1848 sah es zum ersten Male neben der Bourgeoisie selbständig handelnd in die Geschichte eingreifen. Langsam löste sich der Bann der Reaktion, der seit den sogenannten Freiheitskriegen auf dem deutschen Volk lastete. Zwar herrschte der Absolutismus noch unbeschränkt, doch zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft brauchte er Geld, und dieses konnte ihm nicht der verlumpte Adel, sondern nur die Bourgeoisie liefern, die dafür eine Beteiligung an der politischen Macht erstrebte. Zwischen durch melbete die Arbeiterklasse der entstehenden Industrie ihre Forderungen an. Sie bestand in dem „in tiefster Unterthänigkeit“ an den „Allerhochachtungsvollsten König“ gerichteten Wunsch nach einem „Ministerium für Arbeiter“, das aber nur von Arbeitgebenden und Arbeitern zusammengesetzt werden darf und dessen Mitglieder nur aus beider Mitte selbst gewählt werden dürfen.“

Selbst war noch, daß ein solches Ministerium imstande sei, „den wahren Grund der drückenden Lage des Volkes kennen zu lernen, das Los der Arbeiter zu verkennen, den Staat vor drohenden Gefahren zu schützen, Eigentum und Leben Aller bevorstehenden Verwüstungen nicht preiszugeben.“ Der König aber gedachte weder die von der weitestehenden Bourgeoisie geforderten Verfassung, noch die bescheidene Bitte einer trotz Marx und der „Rheinischen Zeitung“ längst nicht zum vollen Klassenbewusstsein erwachten Arbeiterklasse zu erfüllen. Der „Bereinigter Landtag“, mit dem sein hochstufiger Vater das Volk um die Früchte seiner Anstrengungen in den Freiheitskriegen betrog, sollte dem König nur Geld bewilligen, im übrigen erhoffte er aus der grodeutschen Bewegung eine Erweiterung seiner Hausmacht. Da hies aus dem Mutterlande der Revolution, von Frankreich her, der Marzturm nach Deutschland herüber. In einem gewaltigen Straenkampf wurde das Volk Sieger über das Militär, der König zog auf Befehl von Arbeitern seinen Hut vor den gefassten Barrikadenkampfern, und in einer Proklamation: „An mein Volk und an die deutsche Nation“ erklärte er: „Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des Deutschen Reiches gestellt.“ Das war ein vollkommener Sieg des Volkes. Wahrgeworden war, was Freiligrath zuvor verkündet hatte:

Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
Goldene fladert die Flamme!

Der Sieg war von Arbeitern errungen. Die Toten des Barrikadenkampfes waren Arbeiter, aber darin lag zugleich die Gefahr für die Dauerhaftigkeit des Sieges. Die Arbeiter waren als Klasse noch viel zu schwach, dazu noch ohne richtiges Klassenbewusstsein und im ganzen zu wenig reif, um ihren Sieg voll auszunutzen und festzuhalten. Der Bourgeoisie aber graute, ihre Macht mit der Arbeiterklasse teilen zu müssen. Politische Macht wäre zwar für die Bourgeoisie sehr schon gewesen, wenn man sie allein hätte ausüben können; höher aber als politische Macht und Freiheit stand die Macht und die Freiheit zur Ausbeutung der Arbeiterklasse. Deshalb verband man sich lieber mit den Mächten der Reaktion und ließ die Erfolge der Revolution wieder fahren. Auf siebzig Jahre wurde das schwarz-rot-goldene Symbol der deutschen Freiheitsbewegung wieder eingelagert, bis es abermals aus Rummernis und Dunkelheit emporstieg.

Siebzig, heute inzwischen achtzig Jahre, haben die deutsche Arbeiterklasse zu einem solchen Nachschatz werden lassen, daß sie sich ihre in einer neuen Revolution geholten Freiheiten nicht mehr rauben lassen wird. In Jahrzehnten von Kampf und Arbeit ist die Sozialdemokratie zu einem Faktor der deutschen Politik geworden, der nicht mehr auszuschalten ist. Selbst von außen in die deutsche Arbeiterklasse hineingetragener Zwiespalt hat die Sozialdemokratie nicht wesentlich zu schwächen vermocht, und heute ist sie auf dem besten Wege zu neuen Siegen und neuem Fortschritt. Der im Kapp-Putsch unternommene Versuch, die Republik zu furzen, ist am Widerstand der Arbeiterklasse gescheitert. Ebenso wird es auch der Reaktion nicht gelingen, sich auf legalem Wege dauernd einzunisten. Bei den diesjährigen Wählen gilt es, sie aus allen durch Lüge eroberten Stellungen wieder herauszuwerfen. Daß dies gelingen wird, werden alle Teilwahlen der letzten Zeit gezeigt.

Das geschichtliche Interesse der Arbeiterklasse war immer ein anderes als das der Herrschenden. Mochte man in allen Schulen lehren, daß Wilhelm I. der in Versailles zum Kaiser gekrönt wurde, ein Held gewesen sei, im Volke blieb er der Karlsruherprinz von 1848 und der Papillon Lehmann. Man hat mit schweren Straßen buen müssen, daß er Lehmann nach der Kaiserkrönung für einen Lehmann hielt, im Volke aber ist Lehmann der Papillon geblieben. Und im Volke lebt der erschaffene Kaiser: Wem halt vor dem kein Schulbuch etwas meldete. Indem wir heute die Erinnerung an die Revolution neben 1848 erneut wachrufen, weisen wir der Arbeiterklasse zu dem Weg für die Zukunft. Was die Marzkampfer von 1848 geleistet haben, war groß für ihre Zeit, doch unsere Ideen sind über die von damals hinweggewachsen. So bescheiden wäre heute kein Arbeiter mehr, ein „Ministerium für Arbeiter“ zu wünschen, das aber nur von Arbeitgebenden und Arbeitern zusammengesetzt werden darf.“ Heute geht es um die Beherrschung des Staates überhaupt, und zugleich um die Beherrschung

der Wirtschaft. Mochte vor achtzig Jahren der Gedanke an ein einiges Deutschland noch so groß und herrlich sein, heute geht es um die ganze Welt, um die Ausrichtung des Sozialismus, der Klassen- und Klassenunterschiede nicht anerkennt und sie beiseitigen wird. Und so wahr die alten deutschen Farben in einer neuen Revolution ihren Triumph erlebten, so wahr wird eines Tages das rote Siegeszeichen des Sozialismus alluberal auf Erden wehen! Wählen in Deutschland und Frankreich und England, Wählen auch in anderen Ländern, der Gedanke beflügelt in diesen Tagen aller Geist. Wir ehren die Marzkampfer von 1848, die unsere Vorkämpfer sind, indem wir über ihre Ideale hinaus den höchsten Menschheitsidealen zustreben. —f.

Der Aufmarschplan für morgen.

Die gesamte arbeitende Bevölkerung Breslaus trifft sich morgen, Sonntag, zum Aufmarsch zur Internationalen Kundgebung im Mehof in Scheinig morgen nachmittag an folgenden Sammelplätzen:

- Abteilung Bopelwitz und Nikolaitor: Distrikte 9, 41, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 14, 15. Sammelplatz: Striegauer Platz. Aufmarsch punktl. 14 Uhr.
- Abteilung Innere Stadt: Distrikte 19, 34. Sammelplatz: Neumarkt. Aufmarsch punktl. 14.30 Uhr.
- Abteilung Dextor und Sandtor: Distrikte 16, 17, 18, 20, 21, 22. Sammelplatz: Waterlooplatz. Aufmarsch punktl. 14.30 Uhr.
- Abteilung Scheinig: Distrikte 23, 24, 25, 39, 42. Sammelplatz: An der Furstenhule. Aufmarsch punktl. 14.45 Uhr.
- Abteilung Südwest und Gräbchen-Kleinburg: Distrikte 1, 2, 4, 5, 2, 35, 36, 38. Sammelplatz: Sonnenplatz. Aufmarsch punktl. 14.15 Uhr.
- Abteilung Süden und Strehlener Tor: Distrikte 31, 32, 33, 30, 37, 40. Sammelplatz: Ede Arletius- und Herdainsfrage. Aufmarsch punktl. 14.15 Uhr.
- Abteilung Ohlauer Tor: Distrikte 26, 27, 28, 29. Sammelplatz: Wekopplatz. Aufmarsch punktl. 14.15 Uhr.

Alle freien Gewerkschafter treten morgen nachmittag zu dem Marsch zur Internationalen Kundgebung an der Jahrhunderthalle auf dem ihrer Wohnung zunächst gelegenen Sammelplatz an.

Ortsausuh Breslau
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Kraftomnibusfahrt in das Culengebirge.

Der Schlesische Verkehrsverband teilt mit, daß im Culengebirge außerordentlich gutes Sportwetter herrscht, namentlich im Gebiet der Hohen Eule, wo der Schnee bis fast 60 Zentimeter hoch liegt, an den Bänden bis 45 Zentimeter. Da Neuschnee gefallen ist, ist überall Pulverschnee zu verzeichnen und die Ski- und Korbelsbahnen sind daher sehr gut. Die Kraftwagenfahrt, die am Sonntag, morgens punktl. um 8 Uhr, vom Lauenhagenplatz, Südwest, abgeht, wird demnach die Teilnehmer in das schönste Winterwetter bringen, zumal heiteres Wetter bei mäßiger Kälte herrscht. Numerierte Fahrkarten sind in der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins Breslau in der Verkehrshalle des Hauptbahnhofes — Dufkugel — merklich von 8 bis 18 Uhr zu haben. Preis 8 Mark und soweit noch Plätze vorhanden, bei der Abfahrt des Kraftomnibusses. Rückfahrt um 18 Uhr mit einstündiger Pause in Schmeidnitz. Die Fahrt geht auf dem Hin- und Rückwege durch das Schieferal, bringt also hervorragende Landschaftsbilder und endet in Dorfbach bzw. an der Grenzbaude.

Hofbauer-Brag spricht bei den Jungsozialisten

Sonntag abend 20 Uhr im Gewerkschaftshaus über die politische Lage in der Tschechoslowakei und über die Vereinigung der dortigen Arbeiterparteien. Alle politisch interessierten Genossen müssen erscheinen.

Ausuhmitglieder

aller Krankenkassen in Breslau Stadt und Land.

Die Stimmabgabe für die Wahl der Versicherungsvereiter zu den Versicherungsamtern darf erst erfolgen, nachdem die Vorschlagslisten iffentlich bekanntgemacht worden sind. Das ist bis jetzt noch nicht der Fall. Der genaue Zeitpunkt wird noch angegeben.

Deutschland, Rußland und der Weltfrieden.

Dies war das Thema eines Vortrages, der am Donnerstag in einer Versammlung der Breslauer Ortsgruppe der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit von Frau Dr. Helene Stader-Berlin vor einem zahlreichen Zuhörerkreis gehalten wurde.

Nach der Feststellung, daß man der Idee des Völkerbundes sympathisch gegenüber stehen müsse, führte die Rednerin aus, daß es allen Friedensfreunden nicht gleichgültig sein dürfe, wie sich dieser Völkerbund zusammenstellt. Es genüge nicht, daß seit 8 Jahren die Diplomaten nach Gen reisten und verhandelten, sie müßten auch als Vertreter ihrer Völker den ernstlichen Willen zeigen, an der Beteiligung organisierter Menschheitsgemeinschaften teilzunehmen. Wenn sich England das Recht auf Krieg nicht mitzuarbeiten. Wenn sich Frankreich die volle Sicherheit als Bedingung der Abrüstung verlange, wenn selbst das zwangsweise abgerustete Deutschland kurz vor dem Wiederausbruch der Abrüstungskonferenz die Mittel für einen Panzerkreuzer bewillige, so seien diese Tatsachen eine wenig überzeugende Haltung für den ernstlichen Willen zur Abrüstung, obwohl sich in allen Ländern die Pazifisten für die Sicherung des Friedens einsetzten. Rußland hätte dem Völkerbund einen Plan unterbreitet, der aufzeigte, wie man in wenigen Jahren Europa ernstlich abrustet könne, doch habe dieser Vorschlag wenig Aussicht, ernstlich behandelt zu werden.

Die Rednerin ging dann in längeren Ausführungen auf die Verhältnisse in Sowjetrußland ein, das heute zwar noch kein Paradies sei, das aber immerhin einen Fortschritt gegenüber den Verhältnissen des zaristischen Rußlands verzeichnen lasse. Wenn beschränkt werden müsse, daß Tendenzen bestehen, die darauf hinarbeiten, Krieg gegen Rußland vorzubereiten, so deshalb, weil

Furchterliches Straenungluck.

Ein Kind tot, das andere hoffnungslos verletzt.

Ein entsetzliches Unglück ereignete sich am Freitag gegen die vierte Nachmittagsstunde an der Ecke Bornwall- und Bruderstrafe. Von jeder Straße wollte ein Auto in die andere Straße einbiegen, dabei machte der aus der Bruderstrafe kommende Wagen wohl eine so scharfe Kurve, daß er auf den Bürgersteig fuhr. In dem gleichen Moment bog ein Kinderwagen mit der kleinen zweijährigen Tochter des Regierungsrats Wendrich aus der Kieglstrafe an die Ecke. Neben dem Wagen ging das neunjährige Schwesterchen Mlle. Den Wagen schob die Hausgehilfin. Das auf den Bürgersteig ausfahrende Auto raste gegen einen Laternenpfahl, stieß ihn um und rief die kleine Inge unter die Räder. Der umfurzende Laternenpfahl fiel auf den Kinderwagen und erschlug das Zweijährige. Beide Kinder wurden in das Bruderhospital eingeliefert. Bei der jüngeren Schwester konnte man nur den Tod feststellen, die alttere liegt mit schweren inneren Verletzungen hoffnungslos danieder. Der Lenker des Unglucksautos jagte nach dem fürchterlichen Unfall davon, seine Nummer konnte nicht festgestellt werden. Nach Bericht von Augenzeugen trifft die Hausgehilfin keine Schuld. Die Eltern der armen Kinder befinden sich zurzeit auf Reisen.

Der Kreuzzug des Weibes.

Dieser Film lief, wie den meisten noch in Erinnerung sein wird, am 30. Januar d. Js. im Zentral-Ballsaal. Wegen Ueberfüllung des Saales mußten viele Genossinnen und Genossen mit ihren Bekannten wieder nach Hause gehen. Die Parteileitung versprach diesen hochinteressanten und spannenden Film noch einmal in Breslau laufen zu lassen. Montag, den 19. März, abends 6 Uhr, läuft er mit einem einleitenden Vortrag der Genossin Jilse-Captein im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Jeder sollte sich diesen Film ansehen. Wer ihn schon gesehen hat, sollte das zweite Mal ruhig noch einmal wiederkommen. Der Film geht so recht in unsere augenblickliche Zeit, er beleuchtet treffend und drastisch den Abtreibungsparagraphen 218, er zeigt das soziale Elend unserer Zeit. Der Preis ist für die Besucher auf das Auerste herabgesetzt. 20 Pf. für Parteimitglieder, 30 Pf. für Nichtmitglieder. Jeder halte sich also für Montag abend zum Filmvortrag im Gewerkschaftshaus frei!

Reichswettbewerb der Sozialistischen Arbeiterjugend.

- Sonntag, den 18. März, 2 Uhr: Treffpunkt am Gewerkschaftshaus zur Beteiligung an der Internationalen Kundgebung.
- 8 Uhr: Werbefest in der Viktoriahule, Blucherstrafe.
- Donnerstag, den 22. März: Heimabend aller Gruppen.
- Sonntag, den 25. März, 7 Uhr, Gräbchen: Werbeabend im Lehrertinnenheim, Sprudelstrafe 4/6. Heimabende in allen Gruppen.
- Donnerstag, den 29. März: Heimabend in allen Gruppen.
- Freitag, den 30. März, 8 Uhr: Strehlener Tor: Werbeabend in der Aula des Elisabethgymnasiums.
- Sonntag, den 1. April, 10 Uhr: Jugendweibe.
- Abends 7 Uhr: Werbefestern in folgenden Stadtteilen: Ohlauer Tor: Aula der Dienerschule.
- Nikolaitor: Raum wird noch angegeben.
- Dextor: Stadtl. Jugendheim an der Matthiaskunst.
- Rosenthal: Raum wird noch angegeben.

Parteiengenossen, Eltern, Arbeiterburichen und madels: unterstützt die Wettbewerbser Jugend durch regen Besuch der Veranstaltungen.

Gegen Schund und Schmutz

muß der Kampf auf eine andere Weise geführt werden, als es der Herr Kul versucht hat. Wenn es gelingt, den Jugendlichen das Luderliche dieser „Volksliteratur“ fühlen zu lassen, so ist damit mehr erreicht, als durch alle Schund- und Schmutzhefte zu erreichen wäre.

Der Anti-Schund und Schmutzabend der Arbeiterjugend Sonntag, den 18. März, 20 Uhr (nicht 19.30 Uhr, wie irrtümlich auf der Eintrittskarte steht) in der Viktoriahule, Blucherstrafe, wird dies erreichen. Harry Biel, Bujala W.U., Prinzessin Liebermuth, Sperlach Holmes und andere zeigen sich. Indianer tanzen ihre Nationaltanze. Der Martierpfehl und seine grauliche Anwendung werden gezeigt. Erscheint in Massen. Eintritt 30 und 15 Pf.

England bestrebt sei, seine Macht zu erhalten, obwohl es überall in englischen Imperium gare. Es sei töricht, zu glauben, daß russische Kubel die kolonialen Verwicklungen anzetteln, sie seien vielmehr darauf zurückzuführen, daß sich die Völker nicht mehr in die alte Abhängigkeit zurückführen ließen.

Eine völlige Bankrotterklärung im Kampfe gegen den Krieg spreche aus einer kürzlich abgehaltenen Konferenz des Roten Kreuzes, die nichts Besseres vorzuschlagen mochte, als gesichere Unterstände für den Fall des Zukunftskrieges. Es gelte daher auch in Deutschland eine Kriegsabwehrfront zu schaffen, wie sie in England im Werden begriffen sei, damit es den Regierungen zum Bewusstsein komme, daß sich der Wille zum Frieden durchsetze.

In einer sich an den Vortrag anschließenden Diskussion nahm Genosse Dr. Marx Gelegenheit die Referentin zu fragen, wie sie den der Sowjetrepublik nachgeruhmten Pazifismus mit der starken Roten Armee und mit der Tatsache in Einklang bringen wolle, daß Rußland die Offensive der Weltrevolution und die offensive Gewalt in allen Ländern auf seine Fahne geschrieben habe. Die Sozialdemokratie und mit ihr das Weltproletariat warden mit allen friedlichen Mitteln den Krieg gegen Rußland abzuwenden versuchen. In der Abwehr des imperialistischen Krieges und der kapitalistischen Gewalt könne man aber am besten auf jede defensive Gewalt verzichten.

Nachdem die Referentin im Schlusswort die ihr gestellte Frage als eine auerst schwer zu lösende Problematik bezeichnete, wurde von der Versammlung eine Entschließung an den Völkerbund angenommen, die darauf hinweist, daß ein Verlangen des Völkerbundes in der Frage der Abrüstung nicht nur für den Völkerbund, sondern auch für die Völker selbst gefahrvolle Folgen nach sich ziehen müsste.



Eines Mannes Werk

In der Zeit des deutschen Aufstieges, die auch den Osten des Reiches zu neuer Entfaltung brachte, im Jahre 1891, gründete der ehemalige Breslauer Lehrling Rudolf Petersdorff im aufstrebenden Posen ein Spezialhaus für Bekleidung, das den erhöhten Ansprüchen der Bürgerschaft und des Landvolkes in zeitgemäßer Weise Rechnung tragen wollte. Der Gedanke war richtig, der Platz war gut gewählt und da in Rudolf Petersdorff, wie in vielen Ostdeutschen, die Freude am Pioniertum und emsigen Schaffen lebendig war, blieb der Erfolg nicht aus. So konnte das Beispiel von Posen in Königsberg seine Wiederholung finden. An beiden Orten wuchs dem Hause Vertrauen zu, stieg der Umsatz, entfaltete sich die Kraftreserve.

Rudolf Petersdorff durfte endlich an die Verwirklichung seines Jugendtraumes denken, er konnte daran gehen, in der Stadt, die ihm seine Ausbildung gegeben hatte, in Breslau, ein modernes Geschäftshaus zu errichten. Im Jahre 1914, dreißig Jahre nach Beendigung seiner Lehrzeit, war das Ziel erreicht: Rudolf Petersdorff gehörte wieder Breslau, aber Breslau gehörte jetzt auch ihm. Das bewies das folgende schwere Jahrzehnt. Der Ring alter Kundschaft aus Breslau und dem schlesischen Lande hielt in Treue fest.

Das Haus Rudolf Petersdorff war im besten Sinne des Wortes bodenständig, volkstümlich geworden. Eines Mannes Werk!



Sie schimpfen, weil sie unfähig sind.

Warum Otto Braun die Landbundesvertreter nicht mehr empfängt.

Amlich wird mitgeteilt: Die den Reichslandbund naheliegende Presse beklagt sich in heftigen Worten darüber, daß der Preussische Ministerpräsident Dr. Braun in einem Schreiben an den Reichslandbund es abgelehnt hat, eine Deputation des Pommerischen Landbundes zu empfangen. Es ist nötig, angeht dieser Romanentwurf der Landbundespresse und anderer deutsch-nationaler Zeitungen eindeutig und klar festzustellen, daß es sich hier nicht wie diese Presse aus sehr naheliegenden Gründen ihre Leser glauben machen möchte — um Uninteressiertheit gegenüber den Sorgen der Landwirtschaft oder gar um „Bauernfeindschaft“ handelt. Die Preussische Staatsregierung ist in all ihren mit Landwirtschaftsfragen befaßten Stellen nicht erst seit heute auf das Allerintensivste bemüht, jede nur mögliche Hilfe zur Erleichterung der schweren Lage der Landwirtschaft durch finanzielle, wirtschaftspolitische und betriebsfördernde Maßnahmen zu leisten. Dem Reichslandbund hat all diese bereits eingehenden oder geplanten Aktionen Preußens und des Reiches selbstverständlich bis ins Detail bekannt. Weit davon entfernt aber, die landwirtschaftstreibende Bevölkerung hierüber zu unterrichten und ihr zu sagen, daß in der Tat alles geschieht, was in der gegenwärtigen Zeit allgemeiner schwerer Wirtschaftslage überhaupt nur aus den Staatsfinanzen und den Staatsmöglichkeiten herausgeholt werden kann, peitscht der Reichslandbund dauernd durch planmäßig im ganzen Lande organisierte Kundgebungen rein agitatorischen Charakters die auf ihn noch hörende Landbevölkerung gegen die den Deutsch-nationalen verhasste Preussische Staatsregierung auf.

Es gibt kein neues Material über die Notlage der Landwirtschaft, das dem Preussischen Landwirtschaftsministerium und dem Preussischen Ministerpräsidenten nicht bereits eingehend bekannt geworden ist und nicht auch schon Gegenstand sachlicher Bearbeitung bildet. Bei den Empfängen, die in der letzten Zeit, insbesondere im Preussischen Landwirtschaftsministerium, stattgefunden haben, hat sich stets gezeigt, daß die vom Landbund in Berlin vorher eingehend instruierten Teilnehmer lediglich durch starke Worte und durch zum Teil unangehöriges Benehmen den Mangel auszugleichen suchen, daß sie nicht imstande sind, den verantwortlichen Stellen irgendwelche positive Vorschläge zu unterbreiten, wie es im Interesse der Landwirtschaft „besser gemacht“ werden könne.

Angehts dieser unbeschränkbar Lasten, die erwarten lassen, daß es sich auch bei dem beantragten Empfang des Pommerischen Landbundes lediglich um einen neuen nackten Agitationsversuch handelt, über dessen Verlauf sodann die Landbundespresse entstellte Berichte verbreiten würde, hat der Preussische Ministerpräsident, der nicht die Notwendigkeit einsieht, sich zur Befriedigung des Agitationsbedürfnisses des Landbundes etwa Insulten radikaler Landbundesführer auszusprechen, selbstverständlich endlich abgelehnt, den von Parteipolitik diktierten Wunsch des Reichslandbundes nach seinem Empfang zu erfüllen.

Eine besondere Fierde des Landbundes. Unklug aber räpelhaft.

Herr Wilhelm Gauger, deutschnationaler Landtagsabgeordneter und zweiter Vorsitzender des Brandenburgischen Landbundes, rief am Freitag im Landtag dem demokratischen Führer Pfarrer Graue, der den Landbundesführern ins Gewissen redete, folgende Sätze zu: „Sie lassen wir mal, Sie Kunde, mit Ihnen werden die Sauer abrechnen, Sie Lügenmaul.“ Herr Wilhelm Gauger sprach am vergangenen Sonntag auf einer Landbundtagung. Nach einem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ sei es das System Preußens, das den Sozialetat von 1 1/2 auf 4 1/2 Milliarden erhöht habe, die Landwirtschaft zu verelenden.

Der preussische Sozialetat, dessen Ansätze für soziale Zwecke leider viel zu niedrig sind, beläuft insgesamt mit 2,2 Milliarden Ausgaben ab. Ein deutschnationaler Landtagsabgeordneter braucht das nicht zu wissen. Er muß sich nur auf verlogene Landbundeshehe verlassen.

Eine Fierde des Landbundes, dieser Gauger!

Von der Kommission gegen die Abrüstung.

Genf, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Abrüstung kann nicht behandelt werden, solange der türkische Außenminister nicht eingetroffen ist. Das wurde nochmals in einer zweiten kurzen Sitzung der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz am Freitag nachmittag festgestellt. Man bemühte sich deshalb, ein Interesse an dem gedruckt vorgelegten 49 Seiten langen Bericht des Sicherheitskomitees zu erwecken. Aber nur dadurch, daß Litwinow die Gelegenheit benutzte, Abstand von den Theorien der Sicherheitskommission zu nehmen, kam es zu einem kleinen Wortwechsel. Litwinow betonte nochmals den russischen Standpunkt, daß die allgemeine Abrüstung allein den Weltfrieden sichern könne. Die Sicherheitskommission erriete mit ihrem Vertragsentwurf der Abrüstung ein künstliches Hindernis, indem sie die Sicherheit einiger Staaten auf Kosten der anderen vermehre.

Politik, der Berichterstatter der Sicherheitskommission, trat Litwinow in einer sehr schwachen Rede entgegen. Er sah Bernstorff benutzte die Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß das Wort zum Bericht der Sicherheitskommission vor dem großen Wert des Völkerbundespatentes für die Friedenssicherung spreche, daß weiter Politik selbst gelagt habe, Sicherheit und Abrüstung müßten Schritt für Schritt nebeneinander hergehen, und es infolgedessen höchste Zeit sei, auch einen Schritt in der Abrüstungsfrage zu tun. Nach den kurzen Ausführungen des französischen Vertreters sieht es aber nicht so aus, als ob die Festhaltung Bernstorffs in Erfüllung gehen soll. Der Franzose sprach nur von einer Vorbereitung der Segregierung der Abrüstungen und verzweifelnd peitschte das Wort „Schwabensumpf“. Der Vorsitzende machte der ungenügenden Diskussion schließlich durch den Vorschlag einer Resolution, die die Zufriedenheit der Völkerbundeskommission mit der Arbeit des Sicherheitskomitees ausdrückt, ein Ende. Dieser Resolution wird erst am Montag abgestimmt werden.

Marx gegen die Reichsverfassung.

Marx nimmt ausländische Orden an, Löbe lehnt ab.

Berlin, 16. März. (Eigener Bericht.)

Der Präsident des Deutschen Reichstages, „Herzog von Afghanistan“ — so lautet der Titel, den der afghanische Gesandte im Auftrage des Königs Amanullah Paul Löbe inagradet hatte. Nach der Abreise des afghanischen Königs erschien dessen Gesandter in Berlin bei Paul Löbe, um ihm im Namen seines Königs den zweithöchsten afghanischen Orden zu überreichen, mit dem der afghanische Hof und der Titel eines Herzogs von Afghanistan verbunden ist. Paul Löbe hielt in seiner bekannten verbindlichen Weise dem Gesandten eine private Vorlesung über die deutsche demokratische Verfassung und ihren Artikel 109: „Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen.“

Der Gesandte erwiderte höchst bestürzt, das Auswärtige Amt habe doch erklärt, daß nichts im Wege stehe, die Auszeichnung als Erinnerungszeichen anzunehmen. Paul Löbe blieb selbstverständlich bei seiner Weigerung und Afghanistan hat also einen Herzog weniger. Die republikanischen Beamten des Auswärtigen Amtes scheinen besonderen Respekt vor der Reichsverfassung zu haben. Es gibt kaum eine eindeutiger zwingendere Verfassungsbestimmung als die des Artikels 109. Trotzdem wird sie vom Auswärtigen Amt mit der größten Leichtfertigkeit durchlöchert! Die Beamten haben freilich eine Entschuldigung für sich: Ihr Chef, Herr Stresemann, hat ihnen selbst diesen Weg gewiesen, als er das große goldene Ehrenzeichen von Deutschland annahm, und Herr Marx, der Reichskanzler, ist ihm auf diesem Wege gefolgt. Der Piepmatz giert des Mannes Brust...

Marx war bisher schon Ritter eines hohen päpstlichen Ordens, den er unter Bezeichnung des Artikels 109 angenommen hat, sowie des deutschösterreichischen Großen Goldenen Ehrenzeichens. Jetzt hat Marx ein Übriges getan: Vor dem afghanischen Orden, der ihm angeboten wurde, ist seine strenge Verfassungstreue dahingelassen. Er hat ihn angenommen, so daß er heute zugleich Ritter eines hohen Ordens des Hauptes der Christenheit und Ritter eines hohen Ordens des gekrönten Mohammedaners ist und den Titel führt: Wilhelm Marx, Kanzler des republikanischen Deutschen Reiches, Herzog von Afghanistan.

Wenn die Herren schon nicht das Lächerliche der Ordensspielerei empfinden, so sollten sie vor den Peinlichkeiten zurücktreten, die es hervorrufen muß, daß der Präsident des Deutschen Reichstages die Verfassung achtet, der Reichskanzler aber sich mit Auslegungskünsten über ihre zwingenden Bestimmungen hinwegsetzt.

Deutschnationaler Tanz um die Futterkrippe.

Keubell will hinter dem Rücken des Reichstages deutschnationalen Parteitagatoren versorgen.

Berlin, 17. März. (Eigener Funkenbericht.)

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, plant Herr v. Keubell, unmittelbar nach der Auflösung des Reichstages drei Deutschnationalen in Reichsministerien zu bringen, einen als Ministerialdirektor, zwei als Ministerialräte. Um den Posten des Ministerialdirektors bemüht sich der jactam bekannte deutschnationalen Abgeordnete Marekhi.

Die Untersuchung der Phoebusaffäre

Berlin, 16. März. (Eigener Bericht.) Der von dem Hauptauschuß des Reichstages eingesetzte Untersuchungsausschuß zur Untersuchung der Phoebus-Affäre hat seine Beratungen über die Geldquellen und die Vollmachten zur Veräußerung dieser Gelder beendet. Am Montag nachmittag wird er mit den Erörterungen über die einzelnen, von der Seetransportabteilung unterhaltenen Firmen beginnen. Man nimmt an, daß die Beratungen der nächsten Woche abgeschlossen werden, so daß sich der Hauptauschuß noch Ende der kommenden Woche mit dem Ergebnis der Untersuchung befassen kann.

Mißtrauen gegen Schiele.

Er soll durch einen Ausschuß kontrolliert werden.

Berlin, 16. März. (Eigener Bericht.) Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat am Freitag beschlossen, die Verteilung der zur Unterstützung der Landwirtschaft an das Reichsernährungsministerium überwiesenen 53 Millionen Mark von der Zustimmung eines aus 28 Reichstagsabgeordneten bestehenden Ausschusses abhängig zu machen. Dieser Ausschuß soll in jedem einzelnen Falle mitwirken. Man traut Herrn Schiele also auch im Zentrum nicht über den Weg.

Die letzte Sitzung der französischen Kammer.

Die bürgerliche Linie noch einmal umgefallen.

Paris, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Kammer hielt am Freitag ihre letzte Sitzung ab. Sie hat die Hoffnungen, die man in Frankreich auf sie gesetzt hatte, nur zu einem ganz geringen Teile erfüllt. Ihr bleibendes Verdienst ist es, daß sie der Politik des Friedens und der internationalen Verständigung Bahn gebrochen hat. Dagegen hat sie auf innerpolitischen Gebiet nahezu in allen Fällen versagt. Die Union der Kartellregierungen erwies sich infolge der politischen Unreinheit im Lager der radikalen Fraktion als derart lindernd, daß bald nach der Wahl der Linken der Weg für die Wiedervereinigung der Bürgerlichen unter der Flagge der nationalen Einheit frei war. Der neue Zusammenbruch der Republik ist seitdem durch die reflexive Verleugnung ihrer Parteiprinzipien und durch das Aufgeben eines Punktes nach dem anderen ihres Wahlprogramms offenbar geworden.

In der Schlußsitzung am Freitag ist eine ganze Reihe von Gesetzen, die von der Regierung in letzter Stunde eingebracht wurden, im Eilzuge durch die Debatte und ohne Änderungen angenommen worden. Der letzte politische Kampf wurde um die Freisetzung der kommunikativen Abgeordneten geführt, die von den Sozialisten verhaftet und von der Regierung auf Grund der Bestimmungen des Ministerialrats durch eine

leere Geschäftsordnungsdebatte sabotiert wurde. Nach Stellung der Vertrauensfrage hat die Kammer mit 340 gegen 160 Stimmen beschlossen, eine Debatte über den sozialistischen Antrag nicht anzustellen. Unter dem Eindruck der Mißachtung der parlamentarischen Rechte beginnt nunmehr die letzte Periode des Wahlkampfes.

Briand will Kellog antworten.

Paris, 17. März. (Eigener Funkenbericht.)

Wie aus französischer offizieller Quelle mitgeteilt wird, soll die Antwort Frankreichs auf die letzte Note Kellogs in den Antikriegsverhandlungen in drei bis vier Tagen abgefaßt werden. Man betont in Pariser offiziellen Kreisen, daß die Genfer Verhandlungen Briands namentlich mit Chamberlain und Stresemann ihm gestaltet hätten, eine Formel zu finden, die vielleicht zu einer Einigung führen könnte. Danach soll die Verteilungsformel sämtliche Kriege ohne Ausnahme verbieten, aber es würde der Vorbehalt eingefügt werden, daß die vertragsschließenden Mächte in dem Augenblick ihre volle Handlungsfreiheit wiedererhalten, sobald einer der Vertragspartner die Vertragsbestimmungen verletzen sollte. Diese Formel, die also vor allem den moralischen Charakter des Antikriegspaktes betont, soll, so erklärt Fertinax im „Echo de Paris“, verhindern, daß Deutschland, gestützt auf die Neutralität der vertragsschließenden Mächte, etwa über Polen herfallen könne.

Englische Offiziere meutern.

London, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Die am Donnerstag erfolgte Weigerung von Offizieren des Flaggschiffes der britischen Mittelmeerflotte „Royal Oak“, unter dem kommandierenden Admiral Collard in See zu gehen, hat in London ungewöhnliches Aufsehen erregt. Während die ersten Meldungen auf eine Meuterei oder Revolte auf dem Kriegsschiff hindeuten schienen, geht aus den letzten unoffiziellen Nachrichten hervor, daß Mannschaften in dem Zwischenfall nicht verwickelt waren und es sich lediglich um ein perzönliches Zerwürfnis zwischen drei Offizieren handelte. Es begann mit einer Beschwerde zweier jüngerer Offiziere gegen den Admiral und fand äußerlich mit dem Niederholen der Admiralsflagge seinen Abschluß.

Ein offizielles, von der Admiralität herausgegebenes Communiqué befragt, daß in Ostia ein Untersuchungsgerichtshof eingesetzt worden sei und die drei in den Zwischenfall verwickelten Offiziere vom Dienst suspendiert worden sind. Ein hoher Marineoffizier hat einem Vertreter des „Daily Herald“ gegenüber die Bemerkung gemacht, es sei in Marinekreisen seit langem ein offenes Geheimnis gewesen, daß die Verhältnisse auf dem Flaggschiff unermäßig gewesen seien.

Sowjetrußland für die Generäle und das Rüstungskapital.

Wertwürdiges aus Rußlands Abrüstungsvorschlag.

Der russische Abrüstungsvorschlag, mit dem augenblicklich die vorbereitende Abrüstungskonferenz des Völkerbundes nichts anzufangen weiß, zeigt immerhin ein verhältnismäßiges Entgegenkommen für die Herren Generäle. Im Artikel 7, der von der Verwendung des Personal der bewaffneten Kräfte nach der Abrüstung handelt, wird erlaubt, daß die Berufsaktivitäten provisorisch vom Staate bezahlt werden, bis sie eine andere Tätigkeit gefunden haben. Dann heißt es weiter: „Bei dem Übertritt der obengenannten Personen (Offiziere und Militärbeamte u. a.) in den Ruhestand sind die Jahre des Militärdienstes, als im Dienste des Staates verbracht, anzurechnen.“ Ludendorff, Püttwich, Ehrhardt usw. werden sich also künftighin, wenn ihnen die Republik keine Pension mehr zahlen wollte, auf den russischen Abrüstungsvorschlag berufen und betonen, daß sogar Moskau verabschiedeten Offizieren die Pension unter Anrechnung aller Dienstjahre zahlen will.

Ebenso schön ist der Artikel 13. Im Artikel 12 wird die Fortführung der Fabrikationsanlagen für Kriegsmaterial verlangt. Im Artikel 13 wird großmütig vorgeschrieben, daß die Werkzeuge, die durch die Einstellung der Fabrikation von Kriegsmaterial und die Fortführung der Fabrikationsanlagen entstehen, vom Staate zu kompensieren sind. Moskau hat also nichts dagegen, daß den Panzerplattenbaronen, die bisher von den Kriegern der Weltgehört nicht und daran schwer verdient haben, bei der Abrüstung eine großzügige Entschädigung gezahlt wird. Es scheint, als wenn die Sprache Moskaus in Genf verdammt anders klingt als in den Arbeiterquartieren, in denen man Anhänger zu gewinnen wünscht.

Giolitti gegen Mussolini.

Gegen die Verhuzung des italienischen Wahlrechts.

In der italienischen Kammer hat der frühere Ministerpräsident Giolitti gegen die faschistische Wahlreform Stellung genommen. Unmittelbar vor der Abstimmung erhob sich Giolitti und erklärte unter anderem folgendes: Wenn die Verammlung die Verzeirung der Nation sein soll, so halte er es für notwendig, daß die Mitglieder dieser Verammlung in voller Freiheit direkt von den Wählern gemäß dem Wahlgeseß gewählt werden, wie die Verfassung das vorschreibt. Wenn nur über eine Liste abgestimmt würde, bleibe jede Möglichkeit der Wahl unterdrückt. Das Geseß, das es dem großen Faschistenrat überlasse, die Auswahl der Abgeordneten zu treffen, schließe von der Kammer jede Opposition politischer Natur aus, und bedeute das endgültige Scheitern des Faschistenregimes vom Verfassungsregime.

Ungefähr ein Duzend liberaler und demokratischer Abgeordneter teilte die Haltung Giolittis. In der Abstimmung wurde die sogenannte Kammerreform mit 205 gegen 15 Stimmen angenommen.

Polen will verhandeln.

Polnische Note an Litauen.

Warschau, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Die polnische Regierung hat nunmehr auf die letzte Note des litauischen Ministerpräsidenten geantwortet und sich bereit erklärt, die Verhandlungen über die Wiederherstellung geordneter Beziehungen zwischen Polen und Litauen am 30. März in Königsberg aufzunehmen. Die polnische Delegation wird von dem polnischen Außenminister geführt.

Neue Anippelpolitik Bilsudskis.

Er kann keine Kritik vertragen.

Warschau, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Der polnische Ministerpräsident hat als Sejm-Parlament seinen bisherigen Amtkollegen und Vizepräsidenten Barzel in Vorschlag gebracht. Der sozialistische Arbeiter, der sich am Donnerstag mit diesem Vorschlag befaßte, wurde daraufhin heftig angegriffen. Der „Kobornik“ hatte lediglich auf die Tatsache hingewiesen, daß Barzel kein ausreicher Demokrat sei und daher bei den Wahlen keine einzige sozialistische Stimme erhalten würde.

Die Kosten der Arbeitslosenversicherung.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gibt jetzt erstmalig eine Zusammenstellung über die Einnahmen und Ausgaben dieses neuen Versicherungszweiges heraus. Die Zusammenstellung, die im Reichsarbeitsblatt Nr. 7/1928 veröffentlicht ist, umfaßt den Zeitraum des letzten Vierteljahres 1927. Es sind in diesem Bericht die Rechnungsergebnisse der 22 einzelnen Landesämter für Arbeitsvermittlung zusammengestellt. Die geringste Zahl durchschnittlicher Versicherten weist das Landesamt für Rheinland mit 42.961 auf. Am bedeutendsten ist das Amt Rheinland mit durchschnittlich 1.900.000 Versicherten. Das zweitgrößte Landesamt ist das des Reichsaues Sachsen mit 1.800.000 Versicherten. Die Gesamtzahl der durchschnittlichen Versicherten für das ganze Gebiet der Reichsanstalt beträgt in dem Berichtsjahr 16.816.293. Die Gesamteinnahmen der Reichsanstalt betragen für den gleichen Zeitraum 196.302.726,12 RM. Die Einnahmen setzen sich zum allergrößten Teil aus Beiträgen zusammen (190.787.958,05 RM.). Entsprechend der Versichertenzahl weisen die Landesämter Rheinland und Preußen auch die höchsten Einnahmen auf (Rheinland ca. 25 Millionen, Sachsen 22,5 Millionen). Intressant ist eine Gegenüberstellung der Beitragseinnahmen auf den Kopf der Versicherten im Monatsdurchschnitt. Hier markiert das Landesamt Hamburg mit 5,01 RM. und Westfalen mit 5,05 RM. an der Spitze. Zum Vergleich seien noch folgende Gebiete angeführt:

Ostpreußen	2,85 Reichsmark
Sachsen	4,09
Rheinland	4,19
Berlin	4,59
Thüringen	5,75
Sachsen	4,22

Die gesamten Ausgaben der Reichsanstalt betragen im Berichtsjahr 146.893.574,28 Reichsmark. Diese Summe setzt sich zusammen:

Kosten der Arbeitsnachweise, Verwaltungslohn usw.	17.322.265,62 Reichsmark
Aufwand für die Arbeitslosenversicherung	122.173.880,12
Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit	6.897.928,49

Von den Gesamtausgaben des Reichsgebietes entfallen 14 Prozent auf das Gebiet Rheinland, 10,8 Prozent auf den Freistaat Sachsen und 12,1 Prozent auf Berlin. Die übrigen Gebiete haben sich in den restlichen Teil geteilt. Bemerkenswert ist, daß nur 0,7 Prozent der Gesamtausgabe auf das Landesamt für Arbeitsvermittlung Bremen fallen. Für Krisenunterstützung wurden insgesamt 33.130.656,34 RM. aufgewendet. Die durchschnittliche Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug 577.586, hierzu kommen noch 147.579 Empfänger von Krisenunterstützung. Die durchschnittliche Zahl der Hilfsarbeiter betrug 38.207 in der Arbeitslosenversicherung und 15.641 in der Krisenunterstützung. Auf den Kopf einer Person (Hauptunterstützungsempfänger, Hilfsarbeiter) entfallen durchschnittlich im Monat 76,81 RM. Ausgaben. In erster Stelle steht hier Thüringen mit 109,46 RM. Zum Vergleich seien noch einige Zahlen anderer Landesämter angegeben:

Ostpreußen	72,45 Reichsmark
Brandenburg	76,29
Sachsen	74,14
Bremen	69,15
Berlin	81,78
Westfalen	82,19
Sachsen	78,14
Rheinland	61,71

Es ist dies ein Zeichen dafür, daß die Unterhaltungsfrage in den einzelnen Gebieten ganz verschieden ist und sich nach der Höhe der durchschnittlichen verdienten Löhne richtet.

Der Gesamtbestand des Vermögens der Reichsanstalt betrug am Schluß des Berichtsjahres (Dezember 1927) 172.902.358 RM. Hieran entfallen 124.674.058 RM. auf den Bestand, der auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen angelegt werden muß. (Dieser Bestand soll mindestens in der Höhe des Beitrages gehalten werden, der zur Unterhaltung von 600.000 Arbeitslosen für die Dauer von drei Monaten erforderlich ist § 159 des Gesetzes.)

Tarifkonflikt im Berggewerbe.

Ergebnislos abgebrochene Verhandlungen.

Berlin, 16. März. Ueber die Verlängerung des gegenwärtig für die Bergangehörigen gültigen Tarifvertrages, der am 31. März abläuft, fanden heute Verhandlungen zwischen dem Reichsverband der Bergbauingenieure, dem Deutschen Bergbauarbeiterverband und dem Reichsverband der Bergbauingenieure statt. Nach sehr langwierigen Verhandlungen wurden diese als ergebnislos abgebrochen, da keine Aussicht auf Einigung sichtbar wurde. Infolgedessen hat der Deutsche Bergbauarbeiterverband bei dem Reichsministerium die Einleitung einer Schlichtungsinstanz beantragt.

Die „noleidende“ Textilindustrie.

Lohnsenkungen lehnt sie in Bayern ab, aber Neubauten führt sie an.

Die schlechte Lage der bayerischen Textilindustrie ist seit dem Beginn dieser Tage bei den Lohnverhandlungen aller Gewerkschaften der Textilindustrie nachdrücklich abgelehnt, zeigt sich besonders deutlich in der starken Zurückhaltung der Gewerkschaften, die die Lohnforderungen abgelehnt haben, heute der Angehörigen der Textilindustrie der Bayerischen Textilindustrie, die infolge der hohen Konjunktur in der Textilindustrie in Augsburg einen Ausbau mit 20.000 Quadratmeter Grundfläche errichten will. In der neuen Fabrik sollen 1000 Arbeiter beschäftigt werden. Bei der Ausführung hat es die Firma außerordentlich eilig. Sie jagt um eine vorläufige Zulassung nach, die sie auch erhielt.

Beendigung des Schifferstreiks.

Ein Schluß des Deutschen Schifferverbandes.

Der am 2. Februar gestellte Schlichterspruch zur Beilegung des Schifferstreiks der westdeutschen Kanalarbeiter ist vom Reichsverband der Schiffer für verbindlich erklärt worden. Damit ist der Streik und die Arbeitslosigkeit auf dem Wasserwege beendet. Die Arbeit wird, mit nur geringen Verzögerungen wieder aufgenommen. Der Kampf der Kanalarbeiter um Verbesserung ihrer Verhältnisse hat am 11. November an alle mit vier Monaten gedauert. Er wurde mit großen Kosten mit großer Herabsetzung und Enttäuschung geführt. Die Schlichter haben die Kanalarbeiter während dieses Kampfes gehindert, etwas nicht anzunehmen, das die Bewegung auf ein weiteres Ziel für die Arbeiterbewegung gerichtet hätte.

Es ist ein großer Erfolg, daß die Arbeiterbewegung sich mit Schlichter und Schlichter gegen die Schlichterinstanzung des Schlichterspruchs gestellt. Das ist der Fall, wenn der Kampf nicht mehr eine reine und unveränderte Fortsetzung, sondern ein Kampf um die Anerkennung der eigenen Interessen und die Verbesserung der eigenen Verhältnisse ist. Ein Kampf um die Anerkennung der eigenen Interessen und die Verbesserung der eigenen Verhältnisse ist ein Kampf um die Anerkennung der eigenen Interessen und die Verbesserung der eigenen Verhältnisse. Ein Kampf um die Anerkennung der eigenen Interessen und die Verbesserung der eigenen Verhältnisse ist ein Kampf um die Anerkennung der eigenen Interessen und die Verbesserung der eigenen Verhältnisse.

Der Schlichterspruch bietet auf den ersten Blick in der Lohnfrage kein überwältigendes Resultat. Die Gehalts- und Lohn-tabelle vom 1. März 1927 erhöht sich für die Zeit bis zum 30. September 1928 für Kapitane und Maschinenisten um elf Prozent, für das übrige Personal um vier Prozent und für die Zeit ab 1. Oktober 1928 für alle Gehalts- und Lohnempfänger um weitere zwei Prozent. Maßregelungen finden nicht statt, das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Will man aber dieses Resultat würdigen, dann muß man es zu dem ungeheuren Widerstand der Kanalarbeiter in Beziehung setzen. Die Arbeiter hatten einen fünfprozentigen Abbau der vor der Bewegung geltenden Löhne gefordert. Sie wollten die Bewegung niederzwingen. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, wäre sehr kräftig getragene worden. Unter diesen Umständen stellt der neue Schlichterspruch, trotzdem er hinter dem nicht für verbindlich erklärten Spruch des Vorimunder Schlichters, der acht Prozent Erhöhung vorsieht, zurückbleibt, einen Erfolg dar. Die Schlichter sind zur Anerkennung der Organisation und zum Abschluß eines Lohnvertrages — von beiden wollten sie nichts wissen — gezwungen worden.

Die westdeutschen Kanalarbeiter hatten von Anfang an erklärt, daß sie zu den alten Lohnverhältnissen unter keinen Umständen mehr arbeiten würden. Sie haben ihr Wort wahrgemacht. Sie haben den Schlichtern in der Kanalarbeit gezeigt, daß auch sie Nerven und eiserne Köpfe haben. Der Kampf der Kanalarbeiter war ein Vorwärtsschritt gewerkschaftlicher Disziplin.

Alle Arbeitnehmer

müssen für die Neuwahl ihrer Betriebsvertretung sorgen, wenn sie der Schlichterbestimmung des Betriebsratsgesetzes im Kündigungsfalle nicht verlustig gehen wollen.

Die Lohnverhandlungen im Berliner Baugewerbe

Die Verhandlungen des Baugewerksverbandes der Fachgruppen der Maurer und Hilfsarbeiter sowie der Vertreter der Fachgruppen, die am Tarifvertrag beteiligt sind, nahmen gestern in Berlin dazu Stellung, an der aufgestellten Forderung weiter festzuhalten. Geändert wurde für alle Gruppen eine Lohnsteigerung von 20 Pfennig die Stunde, das heißt für Facharbeiter 1,35 Mark (bisher 1,35 Mark), für Bauhilfsarbeiter 1,20 Mark (bisher 1,06 Mark) und für Tiefbauarbeiter 1,04 Mark (bisher 84 Pfennig).

Die Lohnbewegung der Berliner Gemeindegeldarbeiter.

Am Freitag fanden zwischen dem Verband der Gemeindegeldarbeiter und dem Städtischen Tarifvertragsamt Berlin die ersten Verhandlungen über die Lohnforderungen der Gemeindegeldarbeiter statt. Die Vertreter des Tarifvertragsamtes erklärten schließlich, daß sie die Forderungen der unabhängigen Körperkassen übernehmen würden. Die Ausschüsse des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung werden sich noch im Laufe der nächsten Woche mit den Anträgen befassen.

Die Finanzlage der Reichsanstalt.

Der letzte veröffentlichte Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Einnahmen und Ausgaben im vierten Vierteljahr 1927 bringt eine Reihe interessanter Zahlen. Es handelt sich um den ersten Bericht der Anstalt seit ihrem Bestehen.

Die Beiträge zur Reichsanstalt betragen 190 Millionen; einschließlich langjähriger Entnahmen von über 5 Millionen im ganzen betragen die Einnahmen auf rund 195 Millionen Mark. Das ist mehr, als man bisher bei der Schaffung der Anstalt geschätzt hatte. Die Ausgaben betragen rund 146 Millionen Mark. Auf den Kopf der Arbeitsnachweise, Sonderämter und Hauptstelle der Reichsanstalt entfallen davon 12,3 Millionen, auf den Kopf der Arbeitslosenversicherung 122.173.880 Mark und auf die Reichsanstalt für Verwaltung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit rund 65 Millionen. Der Aufwand für die Krisenunterstützung beläuft sich auf etwas über 33 Millionen Mark. Auf den Kopf einer Person (Hauptunterstützungsempfänger und Krisenunterstützter) entfallen an gesamten Ausgaben im Monatsdurchschnitt rund 76 Millionen; in dieser Höhe sind außerdem die Verwaltungskosten mit einbezogen.

Die Einnahmen aus den Beiträgen sind von Monat zu Monat gestiegen: sie betragen im Oktober 57 Millionen; im November 64 Millionen und im Dezember 69 Millionen. Die Ausgaben gingen im Oktober auf 55, im November auf 57, im Dezember auf 62 Millionen. Die durchschnittliche Zahl der Hauptunterstützungsempfänger lag von 302.35 im Oktober auf 488.600 im November auf 501.112 im Dezember. Die Gesamtsummen betragen im Oktober rund 27 Millionen, im November 27 und im Dezember 22 Millionen. Ingesamt übersteigen die vierjährlichen Einnahmen die Ausgaben um rund 20 Millionen.

Einzelne Bezirke weisen bereits Gehaltssteigerungen auf, die durch die Heberhölle anderer Bezirke gedeckt werden. Besonders auffällig sind Ostpreußen, Hannover, Schleswig-Holstein, Grenzmark, Ostenburg und Ober-Sachsen. Es sind in der bayerischen Landwirtschaftliche Bezirk die die Kosten für die Hauptunterstützungsempfänger nicht an eigene Beiträge zahlen, sondern den letzten im Dezember nur die Kosten der Bezirke zahlen. Besonders günstig verhält sich gegenüber dem Reichsverband die Provinz Westfalen, die im Oktober 11,2 Prozent der Einnahmen, aber nur 6,5 Prozent der Ausgaben, gegen Ostpreußen 1,4 Prozent der Einnahmen und 1,9 Prozent der Ausgaben — im Verhältnis zum Reichsverband.

Der Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeitslosen in der letzten Woche findet in Berlin seinen Ausdruck. Die Verhandlungen über die Lohnforderungen der Gemeindegeldarbeiter sind am Freitag des Jahres 1927 nach 124 Stunden beendet. Die Verhandlungen sind am Freitag des Jahres 1927 nach 124 Stunden beendet. Die Verhandlungen sind am Freitag des Jahres 1927 nach 124 Stunden beendet.

Generallstreik auf den Rastatter Werften.

Die Rastatter Werft-Gesellschaft hat den Generalstreik der Arbeiter beschlossen. Die Arbeiter haben den Streik am Freitag des Jahres 1927 beschlossen. Die Verhandlungen sind am Freitag des Jahres 1927 nach 124 Stunden beendet. Die Verhandlungen sind am Freitag des Jahres 1927 nach 124 Stunden beendet.

Wer andern eine Grube gräbt...

Mit der Verlegung der Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn vom Mai auf den Februar wollten die Gegner des Einheitsverbandes diesem eine empfindliche Niederlage beibringen. Das endgültige Wahlergebnis zum Hauptbetriebsrat, das jetzt vorliegt, bestärkt, was bereits die vorläufigen Ziffern angedeutet haben: Der Einheitsverband blieb im Wahlkampf Sieger, seine Gegner aber sind arg zerschlagen. Der Einheitsverband hat für den Ausfall der Betriebsratswahlen einen erheblichen Stimmengewinn aus den Kreisen der hängigen Arbeiter erhalten.

Im ganzen wurden nach den Feststellungen des Einheitsverbandes 291.901 gültige Stimmen abgegeben. Der Einheitsverband erhielt 217.113 oder 74,38 Prozent (im Vorjahr 78,08 Prozent), die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (Christlich) 49.972 Stimmen, der Allgemeine Eisenbahnerverband (Christlich) 22.497 Stimmen, der Industrieverband (kommunistisch) 2319 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 90,18 Prozent gegen 88,96 Prozent im Vorjahr. Zu beachten ist, daß die Zahl der Wahlberechtigten diesmal durch den Ausfall der Betriebsratswahlen bedeutend geringer war als im Vorjahr.

Der Urteilspruch der Eisenbahner, der in diesem Wahlergebnis liegt, spricht für den deutschen Reichsverband. Der Reichsverband hat einen Verlust von 7 Prozent ihres Stimmenanteils zu verzeichnen. Der Einheitsverband hat besonders günstig abgesehen in dem bayerischen Direktionsbezirk und in den Bezirken Berlin, Essen, Kassel, Köln, Magdeburg, Münster, Stuttgart und Trier. Im Berliner Bezirk hat der Einheitsverband über 1000 Stimmen gewonnen; in einigen Bezirken steigerte er seinen Stimmenanteil bis zu 15 Prozent. Der Erfolg des Einheitsverbandes ist um so höher zu bewerten, als die vereinigten Gegner sich weitgehend der Unterstützung der Reichsbahnstellen erfreuen konnten. So liegen zum Beispiel die Gegner ihr Wahlmaterial den Dienststellen-Vorstehern auf dem Dienstweg zur Verteilung zugehen. Viele Verwaltungsstellen haben auf die Flugblätter und Werbeprospekte des Einheitsverbandes förmlich Jagd gemacht, während sie die Verleumdungen von Seiten der Gegner des Einheitsverbandes feierlich passieren ließen.

Das Wahlergebnis zeigt, daß alle Bemühungen der gegnerischen Gewerkschaften und auch die Hilfeleistung der Reichsbahnverwaltung und des Reichsverkehrsministers dem Einheitsverband keinen Abbruch tun konnten. Der Einheitsverband markiert — aller Widerstände zum Trotz — den Erfolg des Einheitsverbandes ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die unter dem Einfluß der kapitalistischen Schmarotzer Siemens und Genossen stehende Reichsbahngesellschaft die Eisenbahner in dem bevorstehenden Lohnkampf gerüstet finden wird.

Schlichterspruch für die Berliner Brauindustrie.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin fällt für die Berliner Brauerei-Industrie einen Schlichterspruch, durch den sämtliche Arbeiter eine wöchentliche Zulage von 3 Mark erhalten sollen. Das Lohnabkommen soll bis zum 28. Februar 1929 in Kraft bleiben. Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Schlichterspruchs läuft bis zum Donnerstag, den 22. März.

Beendigung der Lohnbewegung in der Herren- und Damenschneiderei.

Der Lohnschlichterspruch für die rund 50.000 Herren- und Damenschneider mit Spitzenlöhnen von 1,15 Mark für Herrenschneider, 1,27 Mark für Damenschneider und 95 Pf. für Schneiderrinnen, ist von beiden Seiten angenommen worden. Damit ist die Lohnbewegung in der Schneiderei beendet.

Im Lohnkonflikt

des Rheinisch-westfälischen Bädereigewerbes

brachten die am Mittwoch in Düsseldorf geführten Verhandlungen zwischen dem Verband deutscher Bädereigewerkschaften und dem Verband deutscher Bädereigewerkschaften folgendes Ergebnis: Der bestehende Wochenlohn wird ab 9. März um 2,50 Mark, ab 1. Juni um 1,00 Mark und ab 28. September um eine weitere Mark erhöht. Der vom Dortmunder Schlichter gestellte Schlichterspruch, der eine Lohnsteigerung von 3,50 Mark ab 1. Februar vorsah, war von den Arbeitgebern abgelehnt worden.

Vergleich im Lohnkonflikt der mitteldeutschen Landwirtschaft.

Der seit Wochen schwebende Lohnkonflikt in der mitteldeutschen Landwirtschaft ist durch einen Vergleich zum Abschluß gebracht worden. Danach erhöht sich mit Wirkung vom 16. März 1928 der tarifliche Spitzenlohn für Männer und Frauen um je zwei Pfennig die Stunde. Die übrigen Lohnsätze erhöhen sich in dem gleichen Verhältnis wie die Spitzenlöhne. Soweit eine Entzugesulage nicht tariflich vereinbart ist, wird die Zulage des Jahres 1927 um einen halben Pfennig je Stunde erhöht. Diese Regelung gilt bis zum 31. Dezember 1928.

Lohnbewegung in der chemischen Industrie des Rhein-Raingebeites.

Die Tarifkommission der Arbeitnehmer in der chemischen Industrie des Rhein-Raingebeites hat bei dem unabhängigen Arbeitgeberverbanden einen Antrag auf eine Erhöhung der bestehenden Lohnsätze um 20 Prozent gestellt. Verhandlungen finden am Montag, den 19. März, statt. In der Papier-Industrie des gleichen Bezirkes sind durch die Unterstützung des Verbandes der Fabrikarbeiter ebenfalls Lohnforderungen in Höhe von 20 Prozent gestellt worden. Auf dem 19. März mit der Papier-Industrie zum nächsten Termin geschätzt werden.

Abbruch der Lohnverhandlungen in der Rastatter Schieferindustrie.

Die Verhandlung des Vereins der Rastatter-Schiefer, in der 146 Gruben vertreten waren, beschloß, die von den Arbeitgebern geforderte Lohnsteigerung von zehn Prozent abzulehnen. In den anschließenden Verhandlungen mit dem Gewerkschaften erklärten sich die Arbeitgeber, die ihrerseits eine Herabsetzung der Löhne um zehn Prozent beabsichtigt hatten, bereit, den letzten Schlichterspruch für Mai unverändert gelten zu lassen. Die weitere Erklärung der Arbeitgeber, daß sie die Einführung eines Lohnvertrages mit Betriebsabteilungen beanworfen würden, rief bei den Arbeitnehmern große Erregung hervor. Die Verhandlungen wurden am Freitag des Jahres 1927 nach 124 Stunden beendet.

Die Lohnforderungen im Buchbindergewerbe von den Arbeitgebern abgelehnt.

Die Verhandlungen über den Reichslohnvertrag für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufe, die heute in Berlin Ratgeber haben, sind ergebnislos verlaufen. Die Arbeitnehmer hatten eine Lohnsteigerung von 20 Prozent gefordert. Die Unternehmer lehnten diese Forderung nach wie vor ab und verlangten, daß der gegenwärtige Lohnsatz unverändert ein weiteres Jahr in Geltung bleibe. Die Vertreter haben schließlich haben über die Verhandlungen mit dem Reichsverband der Buchbindergewerkschaften zur Schlichtung anzufragen. Der Termin für die Schlichtungsverhandlungen steht seitdem noch nicht fest.

Der Güterverkehr auf der Oder im Dezember und im Jahre 1927.

Wie auf allen deutschen Binnenwasserstraßen ist auf der Oder im Dezember 1927 der Verkehr im Vergleich zum November zurückgegangen. Dieser Rückgang ist eine fast selbstverständliche Erscheinung, die mehr oder weniger in jedem Jahre wiederkehrt und in der Hauptsache auf die wintertypische Witterung zurückzuführen ist. Im letzten Jahr waren die Behinderungen des Güterverkehrs durch die wintertypische Witterung besonders stark, weil fast während der ganzen zweiten Hälfte des Dezember starker Frost herrschte und deshalb im Oberlauf der Oder der Schiffsverkehr teilweise eingestellt werden mußte. Die Behinderung des Güterverkehrs trat vor allem in einem starken Rückgang des Kohlenverkehrs in Cosel und Breslau und der ankommenden Kohlenlieferungen in Stettin in Erscheinung. Zahlenmäßig drückt sich diese Entwicklung folgendermaßen aus: In Cosel kamen im Dezember 1926 25 800 Tonnen, 1927 23 800 Tonnen. In Cosel wurden dagegen verladen im Dezember 1926 125 600 Tonnen, im Dezember 1927 nur 59 000 Tonnen, davon waren 57 100 Tonnen Kohle; in Breslau kamen im Dezember 1926 an 23 900 Tonnen, im Dezember 1927 11 600 Tonnen. Von Breslau gingen ab im Dezember 1926 40 300 Tonnen, im Dezember 1927 17 500 Tonnen, davon waren 13 100 Tonnen Kohle. In Stettin und Swinemünde kamen im Dezember 1926 an 188 300 Tonnen, im Dezember 1927 97 200 Tonnen. Von dort gingen ab im Dezember 1926 71 300 Tonnen, im Dezember 1927 33 400 Tonnen. Von diesen letzteren waren nur 2700 Tonnen Kohle, während unter den dort im Dezember 1927 ankommenden Mengen 12 200 Tonnen Kohle waren. Es zeigt sich also gegenüber dem Dezember 1926 überall ein sehr starker Rückgang des Verkehrs, der für Breslau sogar mehr als 50 Prozent beträgt und für Cosel im Abtransport ebenfalls 50 Prozent beträgt, während er für Stettin und Swinemünde im Ab- und Antransport sogar fast 80 Prozent beträgt.

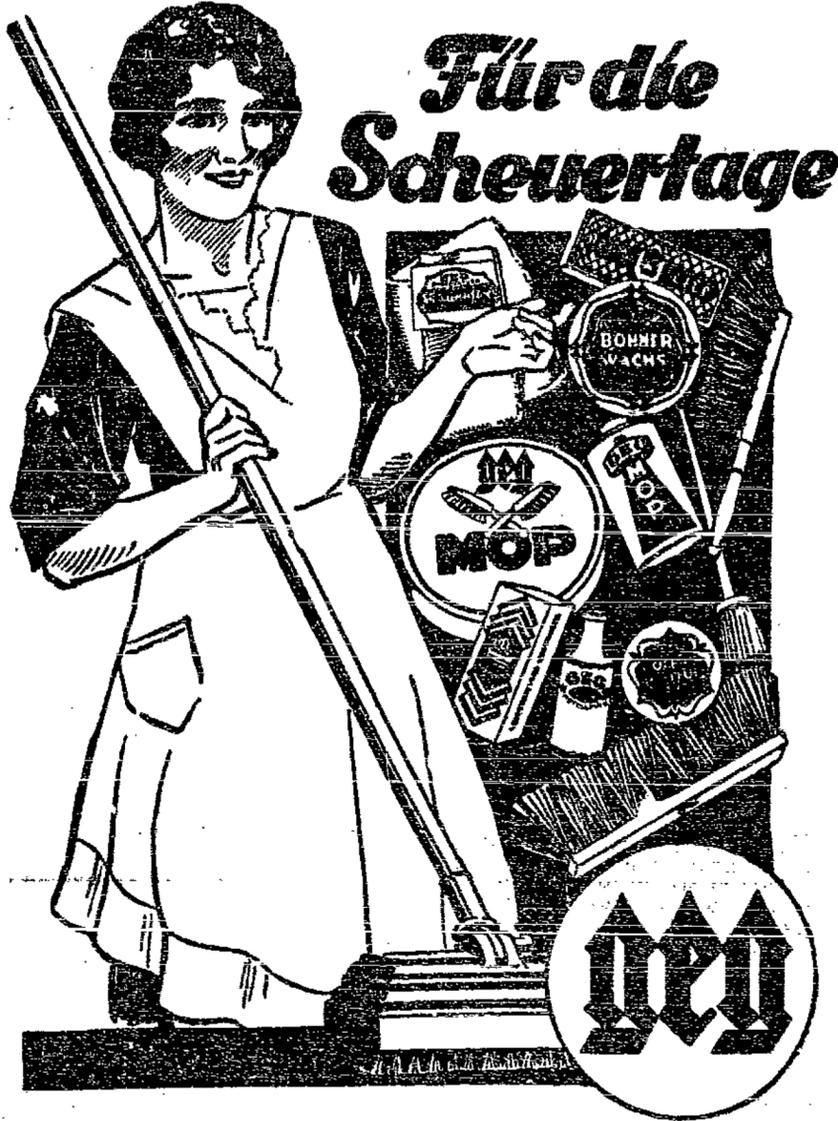
Für das ganze Jahr 1927 zeigt sich in den schlesischen Oderhäfen eine leichte Verstärkung des Frachtverkehrs, während für die Häfen Stettin und Swinemünde der Binnenverkehr auf der Oder im Jahre 1927, im ganzen genommen, gegenüber dem Jahre 1926 zurückgegangen ist. Und zwar ist dieser Rückgang hauptsächlich zurückzuführen auf einen starken Rückgang der Ankunft von Gütern in den letztgenannten Häfen, während die von Stettin und Swinemünde abgegangenen Gütermengen um fast 80 Prozent gestiegen sind. Im Jahre 1926 kamen in Stettin und Swinemünde 2 113 000 Tonnen an, im Jahre 1927 nur 1 400 000 Tonnen, dagegen gingen 1926 von Stettin und Swinemünde 984 000 Tonnen ab, während 1 216 000 Tonnen im Jahre 1927 abgingen. Die Transporte die Oder aufwärts von Stettin und Swinemünde an sind also stark gewachsen, die Transporte nach Stettin und Swinemünde die Oder abwärts sind dagegen noch stärker gesunken. Im ganzen betrug der Binnenfrachtverkehr in Stettin und Swinemünde im Jahre 1927 nur 84 Prozent des Verkehrs von 1926. Gerade umgekehrt lag es in Breslau. Hier ist im Jahre 1927 die Ankunft der Güter gegenüber 1926 ziemlich erheblich gestiegen, während der Abgang von Gütern nicht unbeträchtlich fiel. 1926 kamen in Breslau an 150 000 Tonnen, 1927 282 000 Tonnen. 1926 gingen von Breslau ab 600 000 Tonnen, 1927 511 000 Tonnen. Im ganzen war der Frachtverkehr im Breslauer Hafen 3 Prozent höher als 1926. In Cosel ist im ganzen eine vierprozentige Vermehrung des Frachtverkehrs im Jahre 1927 (gegenüber 1926) festzustellen, und zwar ist in diesem Hafen sowohl die Menge der ankommenden Güter wie auch die der abgehenden Güter um eine Kleinigkeit gestiegen. 1926 kamen in Cosel an 729 000 Tonnen, 1927 736 000 Tonnen. 1926 gingen von Cosel ab 2 394 000 Tonnen und 1927 2 500 000 Tonnen. Im ganzen ist eine größere Vermehrung des Güterverkehrs auf der Oder im Jahre 1927 aus diesen Zahlen kaum herauszufehen. Die Oder hat also an der Steigerung des Güterverkehrs auf den deutschen Binnenwasserstraßen, die im Jahre 1927 zu beobachten ist und sich aus dem starken Ansteigen der Konjunktur in diesem Jahre zwanglos erklärt, wahrscheinlich nicht teilgenommen. Auch das Statistische Reichsamt glaubt, auf Grund der genannten Zahlen feststellen zu müssen, daß die Verkehrszahlen der Oderhäfen für 1927 auf eine weniger günstige Verkehrsentwicklung auf dieser Wasserstraße schließen lassen, als sie im Jahre 1927 für die mittel- und westdeutschen Wasserstraßen festzustellen ist. (Im gesamten deutschen Binnenwasserverkehr ist die Steigerung, obwohl sie insgesamt gegenüber 1926 nur 4 Prozent beträgt, deshalb besonders bemerkenswert, weil infolge des lang andauernden Kohlenarbeiterstreiks in England schon im Jahre 1926 der Güterverkehr auf den deutschen Binnenwasserstraßen gegenüber dem Vorjahre erheblich gestiegen war.)

Die Ursache für die verhältnismäßig ungünstige Entwicklung des Güterverkehrs auf der Oder scheint in den zu hohen Frachten, die von der Oderfährt genommen werden, zu liegen. Besonders die Frachten für Getreide für die Strecke Hamburg-Breslau sind gegenüber 1926 um 4 Prozent gestiegen, während sonst fast alle Frachten auf den deutschen Binnenwasserstraßen (mit wenigen Ausnahmen) im Jahre 1927 gegenüber 1926 teilweise sogar erheblich gefallen sind. Allerdings sind auch auf der Oder die Frachten für Eisenerz (Strecke Stettin-Cosel) im Jahre 1927 gegenüber 1926 um 10 Prozent und für Kohle (Strecke Cosel-Berlin) sogar um 13 Prozent gefallen. Da die Frachten auf der Elbe auf den meisten Strecken und für die meisten Warenarten 1927 erheblich gefallen sind (die Frachten für Braunkohlen von Austerlitz nach Hamburg sogar um 45 Prozent), ergibt sich, daß der Rückgang des Frachtenindex für das Elbe- und Oberelbegebiet von 129,2 im Jahre 1926 auf 117,8 im Jahre 1927 wahrscheinlich auf den Rückgang der Frachten auf der Elbe zurückzuführen ist, daß also der Frachtenindex für die Oder allein keinen Rückgang aufweisen dürfte. Trotz des Rückganges der Frachten an der Elbe ist aber der Frachtenindex für das Elbe-Oberelbegebiet für das Jahr 1927 immer noch der zweithöchste in Deutschland, und übersteigt den Reichsdurchschnitt um 6,7 Punkte, während er im Jahre 1926 der dritthöchste war und hinter dem Durchschnitt aller Wasserstraßen zurückblieb. Diese besondere Höhe der Frachten kann aber nicht erst die Folge der Verkehrsentwicklung sein, sondern muß ihre Ursache sein, da ein Zurückbleiben des Frachtenverkehrs, wie wir es hier beobachten, an

sich umgekehrt eher zu einer Verminderung der Frachtsätze hätte führen müssen. Es scheint daher tatsächlich so zu sein, daß abgesehen von der früheren Behinderung des Verkehrs auf der Oder durch das stärkere Leiden des Obergebiets unter dem Frost, die ungünstige Entwicklung des Güterverkehrs auf der Oder vor fastigen Ursachen politischer Art zurückzuführen ist.

Den Löwenanteil an den Waren, die auf der Oder transportiert werden, bildet die Kohle. Das gilt zum mindesten für die Frachten, die Stromabwärts gehen. Denn von den von Cosel abgegangenen 2 394 000 Tonnen im Jahre 1926 waren 2 244 000 Tonnen Kohle und von den 2 500 000 To. des Jahres 1927 waren 2 418 000 Tonnen Kohle, von den von Breslau im Jahre 1926 abgegangenen 600 000 Tonnen waren 394 000 Tonnen Kohle, von den im Jahre 1927 abgegangenen 511 000 Tonnen 392 000 Tonnen. Stromaufwärts ist dagegen der Kohlentransport nur ganz minimal. Von den in Cosel 1926 angekommenen 729 000 waren nur 3000 Tonnen Kohle, 1927 von den 736 000 Tonnen nur 1000 Tonnen; von den in Breslau 1926 angekommenen 150 000 Tonnen waren nur 6000 Tonnen Kohle, von den 1927 angekommenen 282 000 Tonnen nur 14 000 Tonnen. Außerdem gingen von Stettin und Swinemünde 1926 nur 161 000 Tonnen Kohle strom-

aufwärts, 1927 nur 215 000 Tonnen. Da diese, wie oben gesagt, aber weder in Breslau noch in Cosel ankommen, müssen sie schon vor dem Eintritt nach Niederschlesien an ihrem Bestimmungsort angelangt sein oder doch die Oder verlassen haben. Sie sind also für Brandenburg oder die Grenzprovinz bestimmt gewesen, wahrscheinlich werden sie zum größten Teil für Berlin bestimmt gewesen sein. Das ist ja auch nur natürlich; denn Kiebitz- und Oberschlesien haben selbst ausreichend Kohle am Ort. Ferner kann man auf Grund der vom Reichsstatistischen Amt mitgeteilten Zahlen auch feststellen, daß der größte Teil der von Ober- und Niederschlesien abgegangenen und auf der Oder transportierten Kohle für Deutschland selbst bestimmt war. Denn von den im Jahre 1926 in Cosel und Breslau abgegangenen 2 438 000 Tonnen Kohle kamen nur 1 013 000 Tonnen in Stettin und Swinemünde an, und von den im Jahre 1927 in Cosel und Breslau abgegangenen 2 750 000 Tonnen Kohle gar nur 552 000 Tonnen. Ferner zeigt sich, daß in jedem der beiden Jahre ungefähr die gesamte Kohlenproduktion Westoberschlesiens von 1 1/2 Monaten auf der Oder verladen wurde. Das ist ein Anteil der gesamten Steinkohlenproduktion Westoberschlesiens. Somit ist es nicht unwahrscheinlich, daß der größte Teil der westoberschlesischen Kohle, der aus Schlesien herausgeht, auf der Oder transportiert wird; denn die übrigen sieben Achtel der westoberschlesischen Kohlenproduktion werden wohl zum größten Teil in Niederschlesien und Oberschlesien selbst verbraucht werden. Genaueres kann hierüber allerdings nicht gesagt werden, da die Kohlenverbrauchsziffern für Kiebitz- und Oberschlesien nicht feststehen.



- GEG-MOP-WISCHER mit gefestigt geschützter Stielzange, stoßabmilder Spitze und saugkräftigem Fransengewebe
- GEG-MOP-POLITUR das Spezialöl für den Fußboden
- GEG-FRAUENSTOLZ das haltbare Scheuertuch mit doppeltem Mittelstück
- GEG-BÜRSTEN, -BESEN, -PINSEL in bekannter Güte und Preiswürdigkeit
- GEG-SEIFEN UND -WASCHMITTEL
- GEG-METALLPUTZ, -OFENPOLITUR
- GEG-FLÜSSIGER OFENPUTZ
- GEG-BOHNERWACHS, -FUSSBODENBEIZE

die unentbehrlichen Reinigungsmittel in unübertrefflicher Qualität

Wir machen auf unseren großen

Reklameverkauf in Reinigungsmitteln

aufmerksam, den wir in der Woche vom 19. bis 24. März 1928 veranstalten. In dieser Zeit gewähren wir auf sämtliche Reinigungsmittel einen **doppelten Rabatt!**

Hausfrauen!

Benutzt diese Gelegenheit und deckt die Einkäufe nur ins

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse

1927		1928	
1 Pfund Sterling	20,284	100 franz. Francs	19,164
1 Dollar	4,176	100 ösch. Kronen	12,35
100 belg. Gulden	188,12	100 Schweizer Francs	20,41
100 Belg. = 500 Franken	54,21	100 Tschechos.	70,30
100 norw. Kronen	111,31	100 schwed. Kronen	112,10
100 dän. Gulden	81,50	100 Ungar.	23,08
100 Lit.	22,07	100 ösch. Schilling	52,53
100 finn. Kronen	111,95	100 Estn.	46,85

Heinrich Edion

Spirituosen und Likörabfälle / Spirituosen und Liköre nur in besten Qualitäten / Motto: Es lobt, wer probt!

Breslau 6, Friedrich-Karlstraße 7

H. Schäfer & Co.

Dampf-Kochtrich-Fabrik

Speiseöl-presserei, Essigessenzfabrik, Weissig Olivenöl-Großhandlung

Tel. Städt. 31784 Lohestraße 23 Tel. Städt. 31781

Mord auf Mord.

Die am Billdeich in Hamburg wohnende Ehefrau des Maurers Hoeger wurde am Freitag morgen von ihrer 71 Jahre alten Mutter mit zerhacktem Schädel blutüberströmt im Bett liegend aufgefunden. Der Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Am Kopfende des Bettes wurde ein Beil gefunden, mit dessen stumpfer Seite der Mord ausgeführt worden war. Der Chemann der Ermordeten hatte um 6 Uhr morgens die Wohnung verlassen, um zur Arbeit zu gehen. Zwei Stunden später verließ der 19jährige Sohn Richard die Wohnung. Als um 10 Uhr die Schwiegermutter aufstand, fand sie in der Küche einen Briefumschlag, auf den ihr Entel geschrieben hatte, sie möge aufräumen, da die Mutter fortgegangen sei. Frau Hoeger hatte aber, als sie ihren Mann kurz vor seinem Fortgehen das Frühstück zurechtmachte, geäußert, sie fühle sich nicht gesund und wolle wieder zu Bett gehen. Dem Sohn erzählte sie, als der Gatte weggegangen war, sie habe Besorgungen zu machen und würde gleich fortgehen. Diese sich widersprechende Darstellung der Ermordeten dürfte für die Aufklärung des Mordes von Bedeutung sein. Als die Großmutter den Zettel ihres Entels fand, ging sie sofort an die Arbeit des Aufräumens und entdeckte die Schredenstat.

Die Polizei hat inzwischen festgestellt, daß die Ermordete viel ausging und in Kaffeehäusern verkehrte. Frau Hoeger machte sehr häufig Herrenbekanntschaften, von denen der Chemann keine Ahnung hatte. Es wird angenommen, daß die Frau, nachdem ihr Mann und ihr Sohn die Wohnung verlassen hatten, einen Fremden bei sich empfing, der dann die im Bett liegende Frau ermordete oder sie bei einem Streit erschlug. Da ein Portemonnaie mit 50 Mark in der Wohnung verbleibend ist, besteht alle Wahrscheinlichkeit, daß ein Raubmord vorliegt.

Ein schweres Verkehrsunfall.

Bei dem acht Reichswehrlente verletzt wurden, ereignete sich am Freitag mittag um 1 Uhr auf der Putilybrücke in Berlin-Moabit. Eine Kolonne der Reichswehr, bestehend aus Führer und 15 Mann, marschierte auf der rechten Seite der Brücke in Richtung Tegell. Als die Truppe die Putilybrücke, die über einen Kanal führt, eben erreicht hatte, nähte von hinten ein Mietsauto, dessen Chauffeur anscheinend die Herrschaft über den Wagen verloren hatte. Die Kraftdroschke fuhr seitlich in die Marschkolonne hinein, riß zunächst zwei auf der linken Seite marschierende Unteroffiziere zu Boden und fuhr dann noch zwei Gefreite um. Alle erlitten schwere Verletzungen. Drei Soldaten wurden leichter verletzt. Die Schuldfrage konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden.

Der Chauffeur der Droschke, der mit seinem Wagen auf der Putilybrücke in Berlin in eine Reichswehrlolonne hineingefahren war, wurde durch die Kriminalpolizei vernommen. Der Fahrer, ein ehemaliger Bankbeamter Karl Heinze, sagte aus, daß er selbst nicht wisse, wie er in die Kolonne hineingefahren sei. Heinsze, der ein sicherer Fahrer ist, scheint in einem Moment der Verwirrung die Gewalt über den Wagen verloren zu haben. Die drei Ueberfahrenen haben Beinverletzungen erlitten.

Luftmord an einem zehnjährigen Mädchen.

Die Staatsanwaltschaft Glogau wurde heute früh von dem Auffinden einer weiblichen Leiche in einem Wassergraben in Grünberg, der die Abwässer der Fabriken aufnimmt, benachrichtigt. Es handelt sich um die Leiche eines ungefähr 10 Jahre alten Mädchens. Nach Lage der Dinge kann es sich nur um einen Luftmord handeln. Die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei begaben sich sofort an den Tatort. Das Verbrechen kann erst in den letzten Tagen begangen worden sein.

Die Betrügereien bei den Reparationslieferungen.

Die seit längerer Zeit geführten Untersuchungen über die Reparationsbetrügereien haben jetzt dazu geführt, daß von der Staatsanwaltschaft II in Berlin die Untersuchung gegen die Leiter der Para-Gesellschaft in Berlin, die Direktoren Koch, Goldschmidt und Konrad Lerche, wegen Betruges und Urkundenfälschung sowie gegen eine Anzahl Viehhändler in Berlin und im Rheinland wegen Beihilfe eröffnet wurde. Dabei werden auch die Geschäfte nach anderer Berliner Firmen eingehend geprüft werden. Die Betrügereien waren nur möglich durch die Zusammenarbeit deutscher und französischer Firmen, die sich unrechtmäßig Gewinne dadurch verschafften, daß minderwertiges Vieh zu Preisen, die bis zu 400 Prozent über den berechnigten Preisen lagen, nach Frankreich geliefert und bezahlet wurde. Die deutschen Lieferanten zogen dann bei der deutschen Regierung die unrechtmäßig hohen Beiträge ein und teilten den Gewinn mit den französischen Firmen. In manchen Fällen wurden auch einfach die Frachtbriefe gefälscht, so daß aus einer Sendung von acht Kühen in einigen Fällen eine Sendung von 30 Kühen gemacht wurde. Die Para-Gesellschaft hat vor allem Dingen mit der französischen Firma Goudberg & Levy gearbeitet, deren Inhaber zwei Holländer sind. Der im Westen des Reichs sehr bekannte Viehhändler M. Fries, der ebenfalls in die Angelegenheit verwickelt ist, hatte vor einiger Zeit während der Untersuchung gegen die Para-Gesellschaft bereits ein Geständnis abgelegt. Es gelang jedoch der Firma Goudberg & Levy, Fries, den sie nach Paris kommen ließ, zu einem Widerruf zu bewegen. Die Arbeit der deutschen Behörden ist dadurch stark behindert worden. Ein weiteres Hindernis ist dadurch entstanden, daß es den beiden Inhabern der Pariser Firma gelungen ist, sich den französischen Untersuchungsbehörden durch die Flucht über die holländische Grenze zu entziehen.

Dr. Edener über den Luftverkehr.

Dr. Edener sprach Donnerstagsabend in Sachen über das Problem eines Luftverkehrs mit Japans. Die Fahrt mit dem Luftschiff sei heute ebenso ungewisslich wie mit jedem anderen Verkehrsmittel. Er verwahre sich gegen den Gedanken einer Gegenüberstellung von Flugzeug und Luftschiffen. Der Bau der Dornier-Flugzeuge beweise keine Hoffnungen, daß beide nebeneinander bestehen können. Nach dem heutigen Stande der Technik kann die Verwendungsfähigkeit der Flugzeuge noch gesteigert werden, vor allem durch Verlegung der Flügel in größere Höhen. Aber auf großen Strecken, und namentlich im Ueberseeverkehr, werde das Luftschiff wirtschaftlicher sein als das Flugzeug. An Hand von Lichtbildern zeigte der Redner den im Bau befindlichen LZ 127. Nach der in Aussicht genommenen Amerikareise liegt der Plan einer Weltreise besonders nahe, und er glaube, diese in drei oder vier Etappen ausführen zu können.



Rudolf Diesel,

der Konstrukteur des Dieselmotors, wurde am 18. März 1888 geboren. Der geniale Erfinder, dessen Motor heute die Welt beherrscht, erlebte die Früchte seiner Arbeit nicht mehr. Unter schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen fand er im Jahre 1913 ein tragisches Ende.

Bei einem Empfang der Presse über die Frage der Landeplätze führte er aus, daß diese nicht nach Wunsch an Großstädte gebunden sein könnten, sondern sich nach den meteorologischen Verhältnissen richten müßten. Manche Gründe, die als deutschen Luftschiffhafen einen Platz in der norddeutschen Tiefebene befürworteten, müßten zurücktreten vor Gegenden im Rheinland, deren windgeschützte Lage durchaus vorzuziehen sei. Unter anderem zählte er auch Wachen in den Bereich seiner Beobachtung. Die vielverbreitete Meinung, daß der Bau des LZ 127 im Wettbewerb mit dem Bau des englischen Luftschiffes stehe, wies Dr. Edener ausdrücklich zurück.

Großfeuer auf dem Tegeler Schießplatz.

Am Freitag nachmittag brach auf dem Tegeler Schießplatz, der erst kürzlich von einem großen Weidenbrand heimgegesucht worden war, ein Großfeuer aus. Etwa 6 Morgen Grasfläche auf der Ostseite des Platzes hatten Feuer gefangen. Die Flammen wütheten besonders stark in der Nähe der Anlage des früheren Luftschiff-Bataillons Reinickendorf, auf dem sich mehrere Luftschiffhallen befinden. Den vereinigten Feuerwehren gelang es erst nach vieler Anstrengung des Brandes Herr zu werden.

Die Dalmatier-Majern-Epidemie

ist zum Stillstand gekommen. Die Volksschule in der Langstraße, in der ein großer Teil der Schüler erkrankte und die deshalb geschlossen wurde, wird nach einer großen Desinfizierung in 14 Tagen wieder betreten werden können. Von den 50 erkrankten Kindern ist keines mehr in Lebensgefahr.

Du mein holder Abendstern,

sang mit brüllender Stimme in den Nachstunden zum Freitag ein jocularer Herr, der an jedem Arm eine junge Dame führte, und aus einer Bar in der Nähe der Scala in Berlin kam. Zwei Kriminalbeamte ermahnten den Sänger zur Ruhe. Er verbat sich jedoch die Unterbrechung seiner Kunstleistung und wurde in seinen Ausdrücken etwas rau, so daß die Kriminalbeamten ihn aufforderten, sich zu legitimieren. Da der Mann sich weigerte, mußte er den Weg zur Wache antreten. Unterwegs wurde der Festgenommene anderen Sinnes. Er meinte, daß es sich doch nur um ein kleines Vergehen handle. Schließlich war er auch bereit, seine Papiere zu zeigen. Dabei stellte sich heraus, daß der lustige Sänger ein seit mehreren Tagen gesuchter Desfrandant aus der Magdeburger Gegend war. Er ist von dort mit 50000 Mark durchgebrannt. Der Beamte trat dem Betrunknen auf den Kopf zu, daß er der gesuchte Ausreißer sei. Dieser ergab sich nunmehr in sein Schicksal mit den Worten: „Dann ist es eben passiert.“ Auf der Wache padte den Festgenommenen das heulende Kind, er erzählte, daß er den größten Teil des unterschlagenen Geldes aus Reue ins Wasser geworfen und nur einen Tausendmarktschein übrig behalten habe, um sich ein wenig in Stimmung zu bringen und dann aus dem Leben zu scheiden.

Selbstmord eines Grazer Anstaltspfarrers?

In der städtischen Versorgungsanstalt in Graz wurde Donnerstag nachmittag der Anstaltspfarrer Leopold Jans tot aufgefunden. Er sollte um 4 Uhr nachmittags die Einsegnung einer Leiche vornehmen. Da er nicht erschienen und auch keine Abgabe eingeliefert war, hielt man nachschau und fand den Gesuchten gefesselt und tot in seiner Wohnung auf. Die Umstände, daß die im zweiten Stockwerk gelegene Wohnung von innen versperrt war und in der Wohnung nichts fehlte, lassen einen Selbstmord des Pfarrers in einem Unfall von Wahnsinn vermuten; Mord dürfte nicht vorliegen.

Dem Gedächtnis der Märzgefallenen.

Am 18. März, dem 80. Jahrestage der Erhebung von 1848 wird die Berliner Bevölkerung, wie alljährlich, die Opfer der Märzämpfe durch Gedenkfeiern ehren. Im Bild der Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain zu Berlin.



Große Explosion in Amerika.

Im Valley Falls im Staat New York explodierten zwei Pulvermühlen mit insgesamt 10 000 Pfund Sprengstoffen. Die ganze Umgebung wurde schwer erschüttert. Verschiedene Häuser wurden zerstört und vier Menschen getötet und verschiedene verletzt.

285 Tote in Kalifornien.

Die amtliche Liste der Opfer der Dammbruchkatastrophe in Kalifornien zählt 285 Tote. Die Untersuchungen haben ergeben, daß die Ursache des Dammbruchs wahrscheinlich schlechte Bauausführung ist.

Aufzeichnung von Erdbeben.

Die Seismographen des naturwissenschaftlichen Vereins im geodätischen Institut der technischen Hochschule Karlsruhe verzeichneten Freitag früh ein ziemlich starkes Erdbeben mit einer Herdentfernung von etwa 13 000 Kilometer. Die ersten Wellen erreichten die Station um 6 Uhr 20 Minuten 57 Sekunden. Gegen 12 Uhr kamen die Apparate in Ruhe.

Das Halsband.

Die Geschichte kennt bereits eine berühmte Halsband-Affäre Marie-Antoinettes. Jetzt wird nun das merkwürdige Schicksal eines Halsbandes einer anderen Habsburgerin bekannt. In Cannes an der Riviera führte dieser Tage der König von Schweden eine Mrs. Jefferson Davis, die Frau eines englischen Kapitäns, der jetzt als Finanzier in Paris lebt und als einer der reichsten Männer gilt, zu Tisch. Die Frau trug eine wundervolle Perlenkette; sie bestand aus zweihundert riesigen, hochkarätigen Perlen von gelber Farbe und fabelhaftem Glanz. Es war das Halsband der Kaiserin Maria Theresia aus dem Habsburgischen Familien-Schatz; das Frau Jefferson an diesem Abend zum ersten Male in der Öffentlichkeit zeigte.

Diese Perlen haben eine historische Vergangenheit; sie sind mindestens dreihundert Jahre alt. Das Halsband war von den Habsburgern zu jenen aus dem fernem Indien geholt worden. Es erregte die Bewunderung Maria Theresias und wurde nach ihr benannt. Vor dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie im März 1918 schaffte Graf Berchtold in einer Oktobernacht die Halskette mit dem übrigen habsburgischen Familienschmuck über die Grenze. Der im Exil lebende Erzherzog Karl kam der Aufforderung der Revolutionsregierung zur Auslieferung der Schmuckstücke nicht nach, verkaufte vielmehr neben sonstigem Familienschmuck auch die Halskette Maria-Theresias für eine nach europäischem Begriff noch nicht dagewesene Kaufsumme an Jefferson Davis. Mit dem Erlös wurde der zweite sogenannte Karl-Putsch finanziert und das Flugzeug gekauft, das den Erzherzog von Füzria nach Westungarn brachte. Dieses Abenteuer endete äußerst kläglich für den thronstürzenden Habsburger; er wurde abgehoben. Die Halskette einer „erlauchten“ habsburgischen Monarchin gehört seitdem einer wenigstens dem Blute nach simplen Frau.

Verletzungen eines Justizbeamten.

Vom Thüringischen Staatsministerium ist gegen den Landgerichtsrat Dr. jur. Gärtner ein Dienststrafverfahren eingeleitet worden. Gärtner wird zur Zeit gelehrt, daß er bei einer Bank in Weidau mehrere verlustbringende Differenzgeschäfte getätigt habe und dann den Differenzeinwand erhoben habe, was für einen Richter für nicht tragbar gehalten wird. Landgerichtsrat Gärtner ist vorläufig seines Dienstes entlassen worden.

Eine Kirche ins Meer gestürzt.

Am Freitag morgen stürzte in dem Orte Steens in Dänemark ein Teil der alten Højrup-Kirche durch einen mächtigen Erdbeben ins Meer. Der Erdstöß erfolgte unter großem Getöse. Die herabgestürzten Erdmassen bilden eine kleine Insel.

Anhaltender Schneefall in Apennin.

Im Apennin, nördlich von Florenz, schneit es bereits seit dem 9. März ununterbrochen, so daß die Schneedecke eine Höhe von einem Meter erreicht hat.

Eine versenkbare Fährer erfunden.

Wie aus Wien berichtet wird, haben der Schiffingenieur Siegfried Popper und Konteradmiral Dietrich in Budapest eine versenkbare Fährer erfunden, die unter die Schlepper gebracht werden kann und dann durch Luftzufuhr den Schlepper auf eine gewisse Höhe bringt. Die Anwendung der versenkbaren Fährer würde das Lösen von Schiffsladungen sehr erleichtern.

Eisenbahnunfall in Amerika.

Bei Yuma in Arizona verunglückte ein Personenzug. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden tödlich verletzt; die Passagiere blieben unverletzt.

Zusammenstoß zweier Flugzeuge.

Ueber dem Flugplatz von Mahoney bei San Diego in Kalifornien stießen Donnerstag nachmittag zwei Regierungsflugzeuge zusammen und stürzten ab. Die Insassen, vier Marineflieger, wurden getötet.

Aus Schlesien.

Der Clown von Dels.

Wie sich der frühere Kronprinz benimmt.

Ueber das Benehmen des früheren Kronprinzen in Berlin bezüglich der Anwesenheit des Königs von Afghanistan in Berlin, meldet das „Berliner Tageblatt“ noch folgendes:
Wir sind indessen in der Lage, diesem Bericht eines alleruntersten Entzuges die völlig einwandfreie Schilderung eines anderen Vorfalles anzufügen. Einem Vorfall, der sich gleichfalls während der Anwesenheit des afghanischen Königspaars abspielte und bei dem der erlauchte Hohenzollernprinz die besondere Eigenart seiner humoristischen Veranlagung nach deutlicher bewiesen hat. In dem Tage, als vor dem Reichspräsidenten und dem afghanischen Königspaar die Gesprächsübungen stattfanden, fuhr die Königin von Afghanistan mit dem Prinzessinnen, der Baronin von Richthofen und anderer Begleitung nach Döberitz hinaus. Natürlich wieder ganz zufällig kam auf der Straße von Döberitz der ehemalige Kronprinz, neben seinem Chauffeur sitzend, in seinem Auto den Wagen mit den fremden Gästen entgegen — vermutlich hatte er wieder „zu arbeiten“ und hatte nichts von der Fahrt der afghanischen Gäste nach dem Manöverfeld geahnt. Sein Auto fuhr dicht an dem der Königin vorbei. Als er wahrte, daß er von den Damen gesehen werde, machte er höfliche Gesten, deutete mit ausgebreiteter Hand auf die fremde Gattin, verneigte sich auch seinen Chauffeur, sah diese Gäste der Republik anzuwenden, und lachte laut, indem er sich dann mit den Händen, wie einer, der in seiner Heiterkeit außer Rand und Band ist, auf die Knie schlug. Wenn man die Richtigkeit dieser Darstellung bezweifelt, so können wir versichern, daß solche Zweifel leider unberechtigt sind.

Es hat bei dem Verfall Zeugnis gegeben, und es ist nicht schwer, die Tatsachen festzustellen. Wir sehen von ihrer näheren Kennzeichnung des Benehmens ab, in dem sich der Kronprinz, jeder Zoll ein Gentleman, gegenüber der fremden Königin, den Gästen Deutschlands, des Reichspräsidenten von Hindenburg und der Stadt Berlin, so gefiel.

Bergeckliche Abhängungsversuche.

Natürlich verliert der Schloßherr von Dels, mutig, wie er nun einmal ist, auch diesmal sich wieder herauszulassen. Er läßt folgende sogenannte „Richtigstellung“ los:
Auf die vom „Berliner Tageblatt“ gegebene Schilderung einer Begegnung zwischen dem früheren Kronprinzen und der auf dem Wege zur Truppenübung nach Döberitz befindlichen Königin von Afghanistan überliefert Major a. D. Wülfelner von Raluhn eine Erwiderung, in der erklärt wird, daß die Schilderung, die in einer der früheren Kronprinzen schwerer behandelnden Form erfolgt sei, den Tatsachen nicht entspreche. Schon äußerlich sei eine Unrichtigkeit vorhanden. Die Begegnung des Autos der Königin von Afghanistan mit dem des Kronprinzen sei nicht auf der Straße von Döberitz, sondern in der Nienowstraße erfolgt. Im übrigen habe dem Bericht des „Berliner Tageblattes“ das Zeugnis anderer Augenzeugen gegenüber, die bezeugen, daß bei der von ihnen beobachteten Begegnung nichts weiter bemerkt worden sei, als daß der Kronprinz die Fahrt verweigerte. Von „höflichen Gesten“ und einer unziemlichen Verlangung beim Anblick der ihm begegnenden Damen hätten diese Berichterstatter nicht das mindeste gesehen.

Das soll eine Widerlegung sein. Abgesehen von einer Kleinigkeit werden die Tatsachen im allgemeinen zugegeben. Wenn die anderen angelegten Augenzeugen nicht gesehen haben, was der Augenzeuge des „B. T.“ sah, so beweist das doch nur, daß sie selbst nicht genau hingesehen haben; aber nicht, daß die Angaben der anderen Augenzeugen falsch sind.

Diese „Richtigstellung“ ändert also nichts daran, daß die „Richtigstellung“ des „B. T.“ wahr ist; und somit steht fest, daß sich der ehemalige Kronprinz wieder einmal, wie schon so oft, wie ein ganz ordentlicher, zweifelhafte Berichte benommen hat.

Verkauf der frühere Kronprinz doch?

Unsere Leser haben in der Dienstag-Ausgabe der „Bismarck“ Gelegenheit gehabt, über die durch einen Teil der deutschen Tagespresse geführten Behauptungen wegen der geplanten Verkäufe der ehemaligen Kronprinzessin Käthe an einen ausländischen Prinzen, die wir auf Grund unserer Ermittlungen ergänzt hatten, abgesehen die entsprechenden Bemerkungen fast alles demontierte oder abgemildert wurde. So wurde nun auch der bevorstehende Verkauf des Gutes Bielguth erwähnt und von der Bewahrung bestritten. Wie uns nun zuverlässig mitgeteilt wird, sind in der letzten Woche auf diesem Gut familiäre Besuche und 20 Stück Rindvieh verkauft worden. Die Gelder werden nicht bestimmt und man läßt alles so liegen, wie es nach der Zeit verläuft.

Unsere Meldung über den bevorstehenden Verkauf des Gutes Bielguth dürfte demnach zutreffend sein. Vielleicht gibt die Bewahrung anderen Aufschluß?

Schafft Wasser und Munition aus euren Wohnungen!

Durch unvorsichtiges Handeln mit einer vier-Handgranate brachte der 15jährige Sohn des Gutsbesizers D. in der letzten Woche in der gefährlichen Kasse zur Explosion, wobei der Körper des Knaben vollkommen zerstört wurde. Der Tod war sofort ein.

Mitoholzerbot — aber leider nicht bei uns.

Eine sehr vernünftige Verordnung des hiesigen Reichswehrministeriums, die allen deutschen jüdischen Bürgern zur Mitoholung empfohlen ist, ist in dieser Lage in Schlesien in Kraft getreten. Die Verordnung lautet wörtlich:

Ingrund der Verlegung des ursprünglichen Regimentsbereichs in der Zeit von 1. Juni 1914 bis zum 31. Dezember 1915, in der Reichswehrdienst Stellen an Wasser- und Gasbehörden in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr morgens des nachfolgenden Tages der Aufhebung und Verlegung von Wasser- und Gasbehörden mit Ausnahme von Wasser- und Gasbehörden in Wasserwerken, Kaffee-, Kantine-, Schenkwirtschaften und in Dienststellen eines öffentlichen Anstalts. In der Zeit von 8 Uhr morgens bis 1. der 15. eines jeden Monats, in dem er nicht auf einen Sonntag oder Feiertag fällt. In diesem Falle ist die Verlegung der nachgehenden Wohnung, falls wegen der Verlegung ein solcher Freitag, in dem der nachgehende Sonntag ein Feiertag ist, der letzte Tag jedes Monats.

Neu-Regina müßt keine Steuer.

Die letzte Verabschiedung bezüglich einer eventuell zu bewilligenden Erleichterung der steuerlichen Belastung der Neu-Regina.

Werte hatten leider zum Resultat, daß sich eine Stilllegung nicht umgehen läßt. Die Gerichte vom Verkauf des Werkes an verschiedene Industriegruppen, der eine wertvolle Wiederherstellung der jetzt brachliegenden Arbeiter beabsichtigt wurde, sind sehr vorsichtig zu bewerten. Vorläufig steht fest, daß das Werk am 31. März geschlossen wird, und damit 420 Arbeiter und 30 Angestellte vertriebslos werden.

20 Einbrüche in Kirchen.

Am 15. März wurde ein Einbruch an den Abortautomaten auf Bahnhof Habelschwerdt-Stadt versucht. Der Täter wurde gefaßt und entnommen. Die sofort angestammten Nachforschungen durch einen Eisenbahn-Fahndungsbeamten führten zur Ermittlung und Festnahme des Täters in einem Lokal in Habelschwerdt. Bei dem vom Kriminal- und Grenzkommissariat Glatz geführten Feststellungen und Vernehmungen gab der Täter — ein Handlungsreisender Walter Richter aus Döberitz im Erzgebirge — außer einer Reihe anderer Einbruchsdiebstähle noch rund zwanzig Einbrüche in Pfarrkirchen in Kirchen zu. So u. a. allein in den Orten Görlitz, Marklitz, Greiffenberg, Warmbrunn, Hirschberg, Liebau, Grünau, Eilersdorf, Mersdorf, Schredendorf, Seibenberg, Rungenzow a. B., Abendorf, Mittelsteine, Grafenort und Habelschwerdt. Eine Ausstattung an Einbruchswerkzeugen — Stemmeisen, Dittsche, Meißel usw. — führte er in einer Aktentasche bei sich. Er ist dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt worden.

Endgültiges Wahlergebnis der Senatswahlen in Polnisch-Schlesien.

Nach den von der amtlichen Hauptwahlkommission bekannt gegebenen Mitteilungen über das endgültige Ergebnis der Senatswahlen in der Wojewodschaft Schlesien haben von den 412 030 Stimmberechtigten 358 566 abgestimmt. Ungültig erklärt wurden 2369 Stimmen. Von den 356 197 gültigen Stimmen entfielen auf die

Liste 1 (Regierungsliste)	154 844 Stimmen
Liste 2 (pol. Sozialisten)	33 452 Stimmen
Liste 18 (Deutsche Volksgemeinschaft)	116 132 Stimmen
Liste 36 (Kommunisten)	4 549 Stimmen
Liste 37 (Katholiken)	57 220 Stimmen

Dittschau, Fabrikbrand. In dem benachbarten Jaureg brach in der Laßelischen Juckerfabrik Feuer aus. Das gesamte Fabrikgebäude und das anschließende Arbeiterwohnhaus wurde eingeäschert. Die Feuerwehren konnten lediglich die Nachbargrundstücke vor Schäden bewahren.

Frankefeste, Schiedrama. Wie aus Breslau berichtet wird, geriet in Klautsch der Guisdecker Eigner mit seiner an Grippe erkrankten und im Bett liegenden Frau in einen heftigen Wortwechsel über die Kosten eines Janes, der er hatte anlegen lassen. Als die Frau in höchster Erregung aufsprang und das Haus verlassen wollte, holte Eigner aus der Schlafstube eine Pistole, um sich zu erschützen. Die entsetzte Frau und die Magd wollten ihm die Waffe entreißen. Eigner wurde dabei gegen die Wand gedrückt, die Waffe entlud sich und drang der Ehefrau mitten in die Brust, so daß sie sofort tot war. Der Mann stellte sich kurz darauf dem Landjäger.

Kattowitz, Man dementiert. Die polnische Telegraphenagentur veröffentlicht heute in der polnischen Presse ein Communiqué, in welchem sie erklärt, daß über die in Olsberg-Schlesien stattgefundenen Senatswahlen benutzt in tendenziöser Weise und falsch berichtet wurde mit der Absicht, das politische Ansehen zu diskreditieren. In diesem Communiqué stellt sie weiter fest, daß die Senatswahlen auf dem ganzen Gebiet der polnischen Republik sich in vollkommener Ordnung und Ruhe vollzogen hätten.

In dieser Meldung der polnischen Telegraphenagentur bemerkt das „Polnische telegraphische Büro“, daß über die in Olsberg-Schlesien stattgefundenen Senatswahlen über einen starken Kontrast bei den Senatswahlen berichtet wurde. Die „Polonia“ und die „Soyez Solidarnosc“ seien es mit, daß die polnischen Sozialisten gegen die Senatswahlen des Regierungsblochs mit der Begründung Einspruch erhoben haben, daß starke Verdächtigungen gegen die Wahlordnung begangen worden seien.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Wir sammeln

uns morgen Sonntag zur Beteiligung an der Internationalen Kundgebung in Breslau im
Folgendes:
Katholiken, Goldschmied, Deutsch-Billa, Groß-Handel, Klein-Handel, Schmied, Dapper, Stadelwitz und Köhler am „Lützen Keller“ um 12 Uhr.
Ebenfalls: Handwerks-Ratgeber, Seiden, Domsau, Ostschin, Gaidisch, Fehrig, Schwitz, Endlicher Seite 2, am Wiesen-Platz, 12 Uhr.
Oper: Klein-Handel, Kauter, Klein-Schönitz, Brodau, in Klein-Handel bei 12 Uhr.
Katholiken: Kauter, Polnische, Groß-Handel, Domsau, Gaidisch, Fehrig, Schwitz, Endlicher, Seiten am Wiesen-Platz um 11 Uhr.
Schmied, Strauß und Wölfflich in Schwowitz am Dorf-ausgang, 11 Uhr.

Die Ortsvereine

haben im einzelnen folgende Zusammenkünfte festgesetzt:
Gaidisch: 12.15 Uhr an der Handwerkskammer.
Kauter: 12.15 Uhr an Domsau, Domsau nach Schwowitz.
Stadelwitz: 12 Uhr Abfahrt von Herrnprosch nach Schwowitz.
Deutsch-Billa, Kauter und Goldschmied: 12.30 Uhr Abfahrt Kauter, Deutsch-Billa.
Fehrig: 12.30 Uhr Abfahrt von „Lützen Keller“.
Kauter dort später.

Katholiken zur Demonstration!

In der nächsten Demonstration werden am Sonntag Kundgebung eingeleitet sein. Die Kundgebung dort unter-stützung.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Anteilnahme an den Kundgebungen.
Die Kundgebung der SPD. am Sonntag, den 18. März, um 12 Uhr, am Wiesenplatz in Breslau.
Internationale Kundgebung
am Sonntag, den 18. März, um 12 Uhr, am Wiesenplatz in Breslau.
Die Kundgebung der SPD. am Sonntag, den 18. März, um 12 Uhr, am Wiesenplatz in Breslau.

um 12.30 Uhr. Abteilung 30 a. B. am „Lützen Keller“ um 12.30 Uhr. Abteilung 30 a. B. am Wiesenplatz um 12 Uhr.
Jede Abteilung stellt eine Musiktruppe. Kundgebungen vom 11. März bis nachts.
Klein-Handel und Kauter um 12 Uhr am Wiesenplatz Kundgebungsort.

Ostschin, SPD. Am Sonntagabend, den 10. März, fand bei Gastwirt Schatzmann eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Genossin Bohmig einen Vortrag hielt über: „Wohin gehört die Frau? Die Rednerin schilderte die Verhältnisse unter dem früheren Dreiklassenwahlrecht, wo sich die Frau am politischen Kampf nicht beteiligen durfte. Erst durch die Revolution ist es der Sozialdemokratischen Partei gelungen, der Frau als gleichberechtigten Staatsbürgerin Geltung zu verschaffen. Die Rednerin streifte das Elend des Proletariats, hauptsächlich der Landarbeiterfamilien, das ganz auf das Konto der Arbeiterparteien zu schreiben ist. Trotzdem gibt es noch viele Arbeiterfrauen, die auf deren Wahlzettel hineinfallen und den Herren ihre Stimme geben. Genossin Bohmig schilderte das Leben des Proletariats in dem sozialistischen Wien, und wie es hier bei uns ist. Deshalb fordert sie jede Frau auf, um zu demselben Ziele zu kommen, keine Stimme mehr den rechtsstehenden Parteien zu geben. Die Genossin Klose und Kiese weiter unterstützten die Ausführungen der Genossin Bohmig und ermahnten die Frauen, die noch eine rechtsstehende Zeitung lesen viele aus dem Hause zu werfen und die „Volkswacht“ zu bestellen.

Schwowitz. Die hiesige Ortsgruppe der SPD. hielt eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Parteifreund Genosse Schiffer sprach in seiner 1½stündigen, zündenden Rede über die Bürgerblockregierung und die Staatsform. Redner brandmarkte das Treiben des Landbundes und die Rede des Großgrundbesitzers Richtigkeits-Boguslawski, der gegen die Sozialgesetzgebung, besonders gegen die Erwerbslosenfürsorge heftig. In der Junfer und Schlotbarone wirken mit allen erlaubten und nichterlaubten Mitteln dahin, die Sozialgesetzgebung zu verschleiern, Menschen dem Hungertode und Elend preiszugeben, wenn sie dadurch 3-4000 Jugendliche als Ausbeutungsobjekte gewinnen. Genosse Schiffer erinnerte an die Streichung der 600 000 Mark zur Kinderernährung, dafür gibt man uns Panzerkreuzer. Arbeiter, denkt daran, als der Weltkrieg entbrannte, versprach man jedem eine eigene Scholle, aber hat jemand etwas davon gemerkt? Ja, wohl! Beim Schichtenlenker Paul von Hindenburg hat man schon in Ostpreußen angefangen, man hat dem armen, durch die Baderolle schwer geschädigten Mann ein Landgut von 3000 Morgen übertragen, um sich von den Kriegsteufern zu erholen. Vielleicht kommen wir nach den Wahlen auch an die Reihe! Es ergibt an alle arbeitenden Bevölkerungsschichten der Ruf zum Zusammenhalten und zur Mitarbeit in dem kommenden schweren Wahlschlacht. Denn wenn es dem Bürgerblock gelingt, den Sieg über die Linke zu erringen, dann sind die Kriegshelden am Ruher, und die Armen sind die Leidtragenden. Parteigenossen, Arbeiter, es gibt ein Feld zu beackern. Nun zeigt, daß wir ersten wollen. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Breslauer Produktenbörse vom 16. März.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 16. März 1928 verhandelten Weizen in Reichsmark bei hiesiger Penetration (nach für variablen all der Erzeugnisse) nachstehend in voller Paanen- ladungen. Tendenz: Getreide: Ruhiger. — Süßenfrüchte: Etwas teiler. Rohfuttermittel, wenig Geschäft. Futtermittel: Sehr fest. Mehl: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)		16.		15.	
Weizen 74er C.G.	26.20	26.20	Mittel Art und Güte 1. u. 2. Klasse	—	—
Roggen 71kg	26.50	26.50	2. u. 3. Klasse	—	—
Hafer	23.20	23.20	2. u. 3. Klasse	—	—
Gerste, gute	29.00	29.00	2. u. 3. Klasse	—	—
Erbsen	27.00	27.00	2. u. 3. Klasse	—	—
Sojabohnen	22.00	22.00	2. u. 3. Klasse	—	—
Wicken	23.00	23.00	2. u. 3. Klasse	—	—

Amliche Notierung für Mühlenzweigmehle (je 100 kg)

16.		15.			
Weizenmehl	37.50	37.50	Auszugmehl	43.25	43.25
Roggenmehl	37.50	37.50			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Proz., feinerer Sorten werden höher bezahlt.

Zeitweise in Getreide und Mehl.
Erfüllungsort Breslau Lieferung ab Waggon, vom Rahne oder vom Speicher. Preise in Reichsmark für Getreide pro 100 kg, für Mehl pro 100 kg brutto.

Lieferung im Monat	Weizen		Roggen		Hafer		Roggenmehl nach Typen	
	75 kg für das Liter	12 kg für das Liter	12 kg für das Liter	12 kg für das Liter	475 kg für das Liter	475 kg für das Liter	6%	6%
März	282 B	282 B	282 B	282 B	—	—	38% G	36% G
April	284	284	284	284	—	—	37% B	37% B

Tendenz: Weizen behauptet Roggen etwas ruhiger Hafer behauptet.

Hälftenpreise (je 100 kg)

mittlerer Art und Güte der letzten Ernte		16.		15.	
Strohweizen	42.00-50.00	42.00-50.00	Wickenbohnen	21.00-22.00	21.00-22.00
glatte Erbsen	39.00-47.00	39.00-47.00	Wicken	21.00-22.00	21.00-22.00
gelbe Erbsen	30.00-34.00	30.00-34.00	Wickenmehl	21.00-22.00	21.00-22.00
grüne Erbsen	—	—	Wickenmehl	15.00-16.00	15.00-16.00
rotte Erbsen	34.00-36.00	34.00-36.00	Wickenmehl	14.00-15.00	14.00-15.00
gelbe Mittelweizen	35.00-40.00	35.00-40.00	—	—	—

Kaufpreise: 50 kg

16.		15.			
R. u. B. Prählschrot	1.60	1.60	geb. Weiz. u. Hafer-G.	—	—
R. u. B. Prählschrot	1.45	1.45	Roggen-G., Weizen-G.	2.30	2.30
G. u. H. Prählschrot	1.45	1.45	Roggen-G., Weizen-G.	—	—
G. u. H. Prählschrot	1.45	1.45	geb. Weiz. u. Hafer-G.	—	—
geb. Weiz. u. Hafer-G.	—	—	geb. Weiz. u. Hafer-G.	—	—

Feine Sorten entsprechend höher.

Futtermittel. Nachstehende amtliche Preise für Futtermittel verstehen sich für 100 Kilogramm brutto Paanen frei Breslau für ganze Wagenladungen.

15.		16.		15.	
Gerste	16.50-17.50	16.50-17.50	Kartoffeln	16.00-17.00	15.75-16.75
Roggenmehl	16.50-18.00	16.50-18.00	Wickenmehl	12.25-13.75	12.60-13.10
Sojabohnen	19.00-21.00	19.00-21.00	Wickenmehl	14.00-14.50	13.60-14.20
Erbsen	20.00-21.00	20.00-21.00	Wickenmehl	14.50-15.25	14.00-14.75
Hafer	20.00-21.00	20.00-21.00	Wickenmehl	15.00-15.75	14.25-15.00
Sojabohnen	22.00-23.00	22.00-23.00	Wickenmehl	22.00-23.00	21.75-22.75
Erbsen	22.00-23.00	22.00-23.00	Wickenmehl	23.75-24.75	23.25-24.25
Hafer	22.00-23.00	22.00-23.00	Wickenmehl	23.75-24.75	23.25-24.25
Sojabohnen	23.50-25.50	23.50-25.50	Wickenmehl	23.75-24.75	23.25-24.25
Erbsen	23.50-25.50	23.50-25.50	Wickenmehl	23.75-24.75	23.25-24.25
Hafer	23.50-25.50	23.50-25.50	Wickenmehl	23.75-24.75	23.25-24.25

Die gute Suppe

als Einleitung der Mahlzeit erzeugt Behagen.
Auf einfache, schnelle und bequeme Weise bereiten Sie gute Suppen auch der jedem Würfel aufgedruckten Kochanweisung aus MAGGI-Suppen in Würfeln



Die Stürme Revolution

Zum 18. März 1848

Märzrevolution und Arbeiterorganisation.

Die Barrikaden der Pariser Februarrevolution entzündeten am 18. und 19. März 1848 den Sieg der Berliner Straßenkämpfer. Von der Fahne der französischen Republik ging ein heiliger Schrecken aus, der den Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. um seinen Thron besorgt und zu schnellen Konzessionen geneigt machte. Konnte nicht auch der Berliner Zustand dem rasenden revolutionären Rhythmus von Paris verfallen? Ministerentlassung, provisorische Regierung — und Republik! Die erregte Masse hatte dem König die Worte „Hur ad!“ ins Gesicht geschrien, und der Gottesgnadenmonarch hatte sich ehrerbietig vor den Rebellensöhnen der nächsten Märzfrucht verneigt. Konnte das erregte Volk nicht auf den Ruf „Krone herunter!“ erschallen lassen? Nein — von der Berliner Arbeiterklasse war solche revolutionäre Sprache nicht zu erwarten. Sie hatte noch keine Schulung durch die Barrikade hinter sich wie das Pariser Volk.

Unzweifelhaft waren es herbe Arbeiterhände, die in Berlin das Straßenpflaster aufgerissen hatten. Aber diese Hände trugen noch keine roten sozialen Umfärbungen. Der Arbeiter Berlins hatte meist noch im engen Jungferngewand, und er fühlte sich als Schlichter, als Tischlergeselle, nicht aber als Arbeiter — nicht als Arbeiterklasse — war dem Handwerkergelegen vielfach noch nicht aufgegeben. Der Handwerkergelegen, der Hausindustrielle und der Fabrikant waren aufstrebende großindustrielle Arbeiter — sie lebten in wirklich proletarischen Verhältnissen. Zu ihnen stieß das große Heer der verachteten Landarbeiter und der kleinrenten Bauern. Fürwahr, beängstigend groß war die Zahl der drohenden Häute des schwer schanzenden Volkes, das an seinen Ketten zitterte. Unter diesem Einbrüche stand der General und Staatsmann von Radowik, der Berater Friedrich Wilhelms IV., als er am 18. März 1848 einen sehr ersten Brief an den König richtete. Er warnte dort „die sozialistische Bewegung“ als einen Kampf des Proletariats um gekürzte Existenz und Organisation der Arbeit. Er schätzte sie als die nicht der bewegenden Revolutionäre ein. Diese Erkenntnis war ihm wohl schon aus dem bloßen Anblick des deutschen Proletariats jenseits der Alpen gekommen, und sie hatte an Werkzeug der Kraft gewonnen, als die rote Fahne der sozialen Republik auf den Barrikaden der Pariser Februarrevolution aufstieg.

Wie gedanklos und bedenkenlos hatte man doch bis dahin in Deutschland die sich ankündigende sozialistische Bewegung behandelt! Die „neue ungeheure Kraft“ hatte man nach Radowik, als utopisch verhält oder bloß politisch“ abgewiesen. Radowik mitterte in der sozialistischen Bewegung eine die Gesellschaft umwälzende Elementarkraft und er schrieb dem Könige folgende nachdenkliche Zeilen: „Überläßt man sie sich selbst, so sprengt sie unfehlbar den ganzen Bau der modernen Staaten, welche politische Verfassung sie auch annehmen mögen. Eben deshalb, weil sie außerhalb der doktrinalen Politik steht, gibt sie aber auch neue und große Mittel in die Hände des monarchischen Prinzips und vermag ein mächtiges Gegengewicht selbst innerhalb des Repräsentationssystems abzugeben.“ Radowik rät also zu einer Politik der Eingliederung des Proletariats in das monarchische System, denn diese Klasse, auf sich selbst gestellt, muß nach seiner Ansicht eine tiefenhafte Durchschlagkraft entfalten. Das war in gewissem Sinne prophetisch geschildert!

Wenige Wochen nach der Barrikadenschlacht gründet am 19. April Stephan Born, ein Jünger von Karl Marx und Friedrich Engels, das „Berliner Zentralkomitee für Arbeiter“. Zu dem Statut dieses Komitees schrieb er einleitende Worte, aus denen ein ganzes Arbeiterorganisationsprogramm sprach: „Wollen wir es dahin bringen, daß wir als Arbeiterklasse als eine Macht im Staate bestehen, daß jeder von uns sich als ein Mitglied derselben erklärt und bestrebt, so wird die Organisation der Arbeiter für uns zur ersten Notwendigkeit; sie ist unsere erste Aufgabe.“ Stephan Born sah nun eine allgemeine Organisation der deutschen Arbeiterklasse ins Auge. Fürwahr, ein Gedanke von einer ganz revolutionären Kühnheit in einer Zeit des noch stark eingewurzelten dynastischen Partikularismus!

Auf dem Berliner Arbeiterkongress, der vom 23. August bis zum 3. September tagte, erhob Stephan Born diese nationale Organisation der arbeitenden Klasse Deutschlands zum Behuf des Kongresses. Er nannte die Organisation „Arbeiterverband“ und sie stieg vom Lokalkomitee zum Bezirkskomitee und schließlich zum Zentralkomitee auf, das in Leipzig seinen Sitz hatte. Der Organisationsplan betrafte ganz Deutschland mit Bezirkskomitees, die zum Unterbau Lokalkomitees hatten. In allen Hauptstädten des deutschen Reiches sollten diese Bezirkskomitees ihres Amtes wachen: in Königsberg, Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, Hamburg, Braunschweig, Hannover, Köln, Magdeburg, Dresden, Jena, Nürnberg, Prag, Wien usw. Diese Organisation, die durch die Tat die Kleindeutsche, die preußisch-deutsche Idee überwinden wollte, hatte einen ökonomischen und politischen Charakter. Sie suchte die Aufgaben einer Genossenschaft und Gewerkschaft und einer politischen Organisation zu erfüllen. In Berlin schuf sie den kräftigen Anstoß zu einer Konsumgenossenschaft — in Gestalt einer Brotverteilungs-Gesellschaft.

Stephan Born sah in seiner großartig nationalen Organisation eine zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands treibende Kraft. Der von seinem starken Geiste beherrschte Berliner Arbeiterkongress gewährte die deutsche Nationalversammlung an ihre große Aufgabe, die „Einheit des so lange zersplitterten Deutschlands nach allen Richtungen hin zu erstreben.“ Im Interesse dieser Einheit forderte der Kongress die Aufhebung aller Beschränkungen des gewerblichen Verkehrs im Innern und die Fortsetzung einer gemeinsamen Zolllinie an den Grenzen des gemeinsamen Vaterlandes.“ (Mittels des Dr. Max Lohmeyer: „Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848/49“). Politisch zielte der Kongress auf die Herstellung einer einheitlichen Verfassungsgrundlage für alle Staaten hin, denn ohne die gleiche politische Basis würde sich eine deutsche Einheit nicht verwirklichen lassen.

Auch die Pariser Februarrevolution hatte einen Feuerbrand in den von Born geleiteten Berliner Arbeiterkongress hingedrückt. In seinen Umrisen taucht auf diesem Kongress das Projekt eines beratenden gewerblichen Parlaments auf. Der Kongress hat nämlich die deutsche Nationalversammlung um die Einberufung eines Kongresses sachverständiger, aus freier Wahl hervorgegangener gewerblicher Delegierter, die den volkswirtschaftlichen Ausschuss der Nationalversammlung durch Vorträge und Gesandtschaften beraten und unterstützen sollten. Auf diesem Kongress sollten sich eben die ökonomischen Interessen der arbeitenden Arbeiterklasse politisch, gesetzgebend auswirken. Kommt hier nicht schon der Rätegedanke, nicht die Idee eines Reichswirtschaftsrates auf?

Die Pariser Februarrevolution hatte den deutschen Märzsturm entfesselt, und dieser Sturm streute hoffnungsvolle Keime für eine umfassende wirtschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse aus — Keime, die leider nur zu bald der strenge Frost erlöschte, der aus dem großen Zarenreiche aufstieg.

Marx und Engels in der 48er Revolution.

Von Dr. Willy Cohn.

Am 24. Februar 1848 war der französische Bürgerkönig Louis Philipp gestürzt worden, und die vorläufige Regierung, die in Paris zur Macht kam, sah es als Ehrenpflicht an, das Unrecht gutzumachen, das man an Karl Marx durch seine Ausweisung begangen hatte. Sie schrieb schon am 1. März an ihn den folgenden Brief:

„Wacker und treuer Marx!

Der Boden der französischen Republik ist ein Zufluchtsort für alle Freunde der Freiheit. Die Tyrannen haben sie verbannt, das freie Frankreich öffnet Ihnen seine Pforten.“

So eröffnete sich für Karl Marx ein neues Asyl, das sich als umso notwendiger erwies, als er aus Brüssel, wo er sich bisher aufgehalten hatte, ausgewiesen wurde.

In Deutschland aber bereitete sich inzwischen gleichfalls die Erhebung vor. Es konnte für ihn in keinem Augenblicke zweifelhaft sein, daß er sofort nach dem Zusammenbruch der reaktionären deutschen Regierungen die Gelegenheit benutzen würde, die alte Heimat aufzusuchen. Das Rheinland, dessen Kind er war, lockte ihn, und hier, wo noch das alte französische Geistesgut in Kraft war, glaubte er, leichter die Möglichkeit zum Wirken zu finden. So entließ die „Neue Rheinische Zeitung“, deren erste Nummer am 1. Juni 1848 erschien. Hier entstand der beginnenden proletarischen Bewegung in Deutschland das Blatt, in dem man mit rückichtsloser Offenheit schrieb, und das nur eine Absicht kannte, die Revolution zu einem glücklichen Ende zu führen. Mutig und entschlossen gab man all den vielfachen Problemen, die aufstauten, Raum. Aber man konnte es nicht verhindern, daß die bürgerliche Mehrheit in Frankfurt, wo die deutsche Nationalversammlung tagte, letzten Endes den Weg der Unterwerfung ging. Noch regelte ja in der Hauptfrage die Masse des deutschen Proletariats im Geiste der Bürgerkriege.

Am 27. September wurde das weitere Erscheinen der Zeitung verboten und die Redakteure wurden ausgewiesen. So mußte Marx wiederum auf eine erneute Wandererschaft gefaßt sein, aber noch einmal gelang es am 12. Oktober, die Zeitung herauszubringen. Um der öffentlichen Meinung in Deutschland wenigstens eine Stätte der Freiheit zu eröffnen, war Marx in selbstloser Weise immer wieder mit seinem ganzen Vermögen eingegriffen und hatte an nichts anderes gedacht als an die Sache. Aber das Schicksal der Zeitung konnte er auf die Dauer nicht verhindern. Gegenrevolution war im Anmarsch, und das Wort Lassalle, das erst später geprägt wurde, gilt schon für jenen Augenblick: Verfassungsfragen sind keine Rechtsfragen, sondern Machtfragen. Und noch verfügte jene klägliche Erscheinung, die damals auf dem preußischen Königsschloß saß, über die Polizei, über die Soldaten, und so verbot sie kurzerhand das weitere Erscheinen des Blattes. Berühmt geworden ist jene Abschiedsnummer, die in roter Farbe am 19. Mai 1849 erschien und in der Karl Marx zum Abschied die Worte schrieb: „Wir glauben, uns den Dank der Rheinprovinz verdient zu haben, wir haben die revolutionäre Ehre unseres heimischen Bodens gerettet.“

Die Auflösung der Zeitung ist ein Beweis für die Genügnung von Karl Marx. Eine Flucht ins Ausland hätte ihn aller weitesten pekuniären Verpflichtungen entzogen, aber er wollte nicht, daß am Sozialismus ein Maler blies, und so hat er, um alle Ansprüche zu befriedigen, um für die Ehre der Zeitung einzutreten, fast den letzten Pfennig seiner Mittel geopfert. Endgültig hieß es jetzt für ihn, den deutschen Boden zu verlassen. Vorübergehend bot sich ihm ein Zufluchtsort in Frankreich, dann fand er in London die Möglichkeit, sich niederzulassen, und dort hat er unter schwersten Entbehrungen das Hauptwerk des Sozialismus: „Das Kapital“ geschrieben. So endete für ihn das Sturmjahr 1848.

Anders gestaltete sich das Leben in dem gleichen Zeitraum für Friedrich Engels. Auch ihn traf zunächst die Nachricht von dem Ausbruch der deutschen Revolution in Paris. Die Rheinische Zeitung begrüßte ihn gleichfalls als ihren Mitarbeiter. Aber Engels, der gedienter Gardehofsoldat war, wollte sich nicht nur mit dem Kampfe der Feder begnügen. Er, der Sohn des bürgerlichen Fabrikbesitzers, will mit der roten Schärpe geschmückt auf den Barrikaden seiner engeren Heimat für die proletarische Revolution kämpfen. Sie aber bricht in kurzer Zeit zusammen. Das Ende der Rheinischen Zeitung sah Engels nicht mehr in Deutschland. Am 6. Juni war ein Exilbrief gegen ihn erlassen worden. Glücklicherweise hatte er sich den Fängen des preußischen Adlers vorher entzogen.

Die kleine radikale Minderheit versuchte es mit einem erneuten Aufstand. Der militärische Instinkt Engels ließ ihn früh erkennen, daß der Kampf mit einer Niederlage der Aufständischen enden würde. Trotzdem, aber stellte er sich als Revolutionär selbst den Gefahren zur Verfügung. In dem kleinen Kellerslauterbach befand sich das Heerlager der revolutionären Bewegung. Und hier plagte eines schönen Tages die Nachricht hinein, daß das preußische Heer auf dem Anmarsch wäre. Und als diese Kunde kam, da entschloß sich Engels endgültig, den Krieg mitzumachen.

In vielen Gesichten hat er seinen persönlichen Mut für eine Sache bewiesen, die im damaligen Augenblick ausichtslos stand. Bis zum letzten Moment blieb er bei der Sache, und mit dem Korps Willich überdritt er am 12. Juli die Schweizer Grenze. Als er damals den deutschen Boden verließ, glaubte er nicht, daß es für lange sein würde. Aber darin mußte er sich bitter täuschen. Auch ihn sah die Heimat nur noch vorübergehend wieder. In tiefster Not wandte er sich vom Schweizer Boden an seine Familie um Unterstützung. Aber dort war man froh, daß der rote Pöbel geschlagen war, und anstatt Geld kam ein häßlicher Brief. Nun hieß es auch für ihn, gleich seinem Freunde Marx, sich nach einem neuen Asyl umsehen. Auch er wandte sich nach London, und vom Herbst des Jahres 1849 waren die Freunde in London vereint.

Trotz aller äußeren Mißerfolge, die das Jahr 1848 gebracht hatte, ist für die Entwicklung von Marx und Engels und damit für die Geschichte des Sozialismus die Zeit nicht umsonst verfließen. Die beiden mußten erkennen, daß die Dinge sich nicht so rasch vollziehen würden, wie sie damals vielleicht im jugendlichen Feuer gehofft hatten. Es war eine harte Schule, die sie durchmachten, aber durch sie schritten sie nunmehr zu dem Aufbau des Gedankengebäudes, das die Art an die Wurzel des Kapitalismus legte. Geschlagen, aber nicht beliegt, gingen sie aufs Neue an die Arbeit, und die Abschiedsworte Ferdinand Freiligraths, die er in der letzten Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung“ veröffentlichte, sie bildeten den Inhalt der gemeinsamen zukünftigen Arbeit des Freundespaars:

„Nun ade — doch nicht für immer ade!
Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!
Bald richt' ich mich zafindend in die Höh,
Bald lehr ich reiflicher wieder!“

Lassalle und die Revolution von 1848/49

Von Professor Dr. Gustav Mayer.

Wenn die Redaktion der „Volkswacht“ mich ersuchte, zur achtzigsten Wiederkehr des Monats, in dem in Deutschland der Absolutismus zusammenbrach, über das Thema „Lassalle und die deutsche Revolution“ zu schreiben, so erwartete sie dabei gewiß, daß ich hauptsächlich erzähle, was diese bürgerliche Revolution für Lassalles politische Entwicklung bedeutete. Denn was der damals Dreißigjährige für die Revolution und in der Revolution getan hat, wiegt nicht allzu schwer und ist rasch berichtet. Sprechen wir davon zuerst!

Lassalle lebte damals seit Jahresfrist in Düsseldorf und wurde von der Revolution überhastet, während er sich mit allem, was er an Zeit und Kraft besaß, in die Prozesse verstrickt hatte, mit denen er der Gräfin Haysfeld ihrem Manne, dem Grafen Edmund Haysfeld, gegenüber ihr Recht erkämpfen wollte. Als „intellektueller Urheber“ des berühmten Kassettendiebstahls hatte ihn am 29. Februar, also wenige Tage vor dem Ausbruch jener Pariser Ereignisse, die das Signal zur europäischen Revolution gaben, die Polizei in Potsdam verhaftet und nach Köln abgeführt. Während darauf in Berlin und Wien auf den Barrikaden gekämpft, während eine provisorische Zentralgewalt in Frankfurt ins Leben gerufen wurde und ganz Deutschland in Bewegung kam, saß Lassalle im Unterlockungsgefängnis. Erst am 11. August durfte er seine große „Kassettendeck“ halten, in der er zum erstenmal seine bewundernswerte forensische Beredsamkeit entfaltete und in der er, der „Revolutionär von Kindesbeinen an“, sich die Freiheit erkämpfte, die revolutionäre Luft mitzuatmen und an dem Kampf für ein freies Deutschland teilzunehmen. Doch nur vom 11. August bis zum 22. November durfte er diese ihm so kostbare Freiheit genießen und benutzen. Was tat er? Er knüpfte alsbald Beziehungen an mit den Männern, die an der Spitze der radikalen und nicht nur der Reaktion, sondern auch dem Großbürgertum verhafteten Zeitung der Rheinprovinz standen: mit Karl Marx, mit Engels, Freiligrath, Weiss und den anderen, die in den Spalten der Neuen Rheinischen Zeitung für die Vertiefung der Revolution und für den Krieg der freien europäischen Völker gegen den Jarrismus das Wort führten. Lassalle wurde nicht nur Düsseldorfer Korrespondent des Rebellensblattes, er suchte und fand auch in der Stadt, wo er mit der „roten Gräfin“, die seine politische Ueberzeugung teilte, anseßig war, Einfluß auf die Massen. Am 17. September sprach er in Wortingen in einer Volksversammlung, die sich für die demokratisch-soziale Republik erklärte, am 13. November, nachdem inzwischen der Staatsstreich in Berlin erfolgt und die Steuererweiterung beschlossen war, wollte er auf der Hauptwache in Düsseldorf die Bürgerwehr zur gewaltigen Erhebung verleiten. Jetzt gleichzeitig erkrankte er eine Adresse an die Nationalversammlung, die von dieser forderte: „Erlauben Sie den Ruf zu den Waffen!“ Er und seine Freunde warteten aber einen solchen Ruf nicht und begannen Geld und Waffen zu sammeln. In einer Rede in Neuß, die für ihn verhängnisvoll werden sollte, rief er am 21. November die Arbeiter und die Bürger zum offenen Kampfe gegen die preußische Regierung, die der Revolution den Fehdehandschuh hingeworfen hatte, auf: „Es ist wahr“, so bekannte er hier, „ich und meine Partei, wir hängen vor allem an der sozialen Reform, der höchsten Ausdrucks unserer Ueberzeugung ist die soziale Republik. Aber nicht jetzt ist der Augenblick, unsere Theorien zu verwirklichen; ihre Verwirklichung gehört der Zukunft an. Jetzt verlangt der Proletarier weiter nichts, als Gutz, Gure Freiheiten, Gure Rechte, Gure Gesetze schenken zu helfen!“

Das war Lassalles letzte vernünftige Äußerung in der Revolution; anderen Tags bereits sah er in Untersuchungshaft unter der Beschuldigung, mit dieser Rede die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben. Und so sehr er sich auch abmühte, eine Befreiung des Gefangenen zu erreichen, dem Staatsanwalt eilte es nicht dem gefährlichen Agitator den Weg in die Freiheit zu erleichtern. Selbst als er endlich am 6. Mai auf Grund seiner „Affäre“ freigelassen worden war, öffnete sich ihm nicht die Kerkertür, daß ihm nicht die Möglichkeit, an dem eben neu entstehenden revolutionären Kampf, den dann die „Neue Rheinische Zeitung“ und ihre Redakteure aus seiner Nachbarschaft vorstehen, teilzunehmen. Marx führte ihn noch einmal in seine Zelle zurück, weil noch ein Verfahren, zu gewalttätigem Widerstand gegen Staatsbeamte aufgeführt zu haben, gegen ihn schwärzte. Am 5. Juli wurde er deswegen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Er erreichte zwar

Jeht einen Staatsaufschwung; aber der Krates der Revolution war mittlerweile ausgebrannt und revolutionäre Taten liegen nicht mehr im. So konnte der „Rechte der Arbeiter“, wie er sich in der nun andauernden stillen Reaktion mit Vorliebe nannte, sich allein noch die Aufgabe stellen, während die Gesinnungsgenossen sich ins Ausland geflüchtet hatten, als Hauptposten der Revolution im Rheinland auszuhalten und den engen Kreis einer Arbeiterelite, der ihn umgab, für künftige, günstige Situationen zusammenzuhalten und zu schulen. Das hat Lassalle vollständig getan und als er nach 14 Jahren die Fahne der Sozialdemokratie, diesmal leuchtend vor vorberückten Fahnenführer, neu entrollte, da konnten ihn, im Rheinland zum mindesten, die Massen, die wußten, daß sie mit einem Postilliten zu tun hatten, der in schweren Zeiten treu zu ihnen gehalten hätte!

Nun müßte aber die Schilderhebung von 1848 nicht möglich gewesen, es hätte in einem Augenblick, wo die ganze Arbeiterklasse noch geschlossen hinter dem die Verfassung und die Volkstheorie verteidigenden liberalen Bürgerthum stand, Lassalle ihn glücken können, selbst auch nur eine Vorhut klassenbewußter Proletarier als selbständige Arbeiterpartei zu sammeln, wenn der Hintergrund der Revolution von 1848 gefehlt, wenn die Erfahrungen von damals ihn ebenso wie den Leipziger Arbeiter, die sich zuerst an ihn wandten, nicht gegenwärtig gewesen wäre. Politisch, schrieb Sophie von Hagnfeld nach seinem Tode über Lassalle, hätte für ihn, wie er oft ausgesprochen habe, bedeutet: „aktuelles und momentanes Eingreifen, die Ereignisse benutzen, einen Druck auf sie ausüben, um sie schneller vorwärts zu drängen“. Dieses scharfe Erfassen der Situationen, diese Ausnutzung der Gunst der Stunde, dieses Rechnen mit vorhandenen Faktoren, alle diese — mag man sie hoch oder niedrig einschätzen — dem Politiker, der Bestimmtes erreichen will, unentbehrlichen Faktoren, hätte Lassalle ohne die Lehren des Revolutionsjahres schwerlich in so hohem Maße in sich entwickelt. Alles, was die Demokratie und nun gar die Sozialisten in den Revolutionsjahren erstrebt hatten, war erfolgreich geblieben, nicht zuletzt weil die Führer zu wenig das Erreichbare im Auge behalten hatten, zu sehr praktische Dilettanten gewesen waren: Man kann Lassalle vorwerfen, daß er in seinem letzten Jahre sich von dem Verlangen nach momentanem Erfolg zu weit hat treiben lassen. Aber noch als er mit Bismarck über eine Übertragung des allgemeinen Stimmrechts in Preußen verhandelte, stand er unter dem Eindruck der Ergebnisse des Revolutionsjahres. Denn der Staatsstreich, zu dem der große Demagoge dem großen Diplomaten zitiert, sollte ja nichts anderes bezwecken, als ein Geleis wiederherzustellen, das das revolutionäre preussische Volk 1848 der Krone abgetrennt und die wiedererklärte Krone durch bloße Verordnung befestigt hatte! Auch das allgemeine Stimmrecht und die Staatshilfe, diese Capitel der Lassalleschen Agitation, hatten schon im Mittelpunkt der Arbeiterbewegung von 1848 gestanden!

Die Revolution von 48 in Breslau und Schlesien.

Von Th. Müller-Breslau, W. v. 2.

Als 1848 die Märzrevolution in Deutschland losbrach, gährte es auch in Schlesien überall, ohne daß es zu größeren Kämpfen kam. Speziell in den Landdistrikten zogen die Bauern und Landarbeiter vor die Schleißen der Gutsbesitzer und erzwangen Dokumente, in denen diese auf bisher geleistete Grunddienste und Abgaben Verzicht leisten mußten. Sehr oft stellten die Junker aus Angst vor der Volkswut diese Erlassungen freiwillig aus; doch in der Gegend von Breslau mußten erst einige Schleißen demoliert werden. In einigen Duzend Dörfern riefen die Grundbesitzer Militär zum Schutz herbei, doch kam es nirgends zum Ausschlag oder zu Plünderungen, nur über die abschließlichen Kräfte Kreuzberg und Rosenberg wurde der Belagerungszustand verhängt, mit dem die damalige preussische Regierung recht schnell bei der Hand war.

Auch in den Städten herrschte Unruhe und es kam zu gelegentlichen Tumulten, bei denen durch militärisches Eingreifen mehrmals Blutergüssen verurteilt wurden. Es wurden bewaffnete Bürgerwehren gebildet und die parlamentarischen Parteien, Kolonnen und Abteilungen waren allenthalben sichtbar. Besonders unruhig war es schon vor den Märztagen in Breslau, wo fast täglich Straßentumulte mit den üblichen Angelegenheiten für mißliebige Reaktionen stattfanden; abwechselnd mit großen Volksdemonstrationen. Schlesiens Hauptstadt entzündete eine patriotische Kommission zu Friedrich Wilhelm IV., der sich eine Deputation aus Piesnitz anschickte. Diese so historisch gewordene „schlesische Deputation“ hat entscheidend in die entscheidenden Märzereignisse eingegriffen; denn fast alle ihre Forderungen, die Wahlen und das Wahlrecht betreffend wurden angenommen.

Die Wahlmännerwahlen zur deutschen und preussischen Nationalversammlung erfolgten am 1. Mai 1848 und am 8. d. d. 14. Mai fanden die Abgeordnetenwahlen durch die Wahlmänner statt. Wilhelm Wolff war wieder von Brüssel nach Breslau zurückgekehrt und nun wirkte er mit der ihm eigenen Tatkraft und Erfahrung als der revolutionäre Genosse in der schlesischen Volksbewegung. Interessant sind die Berichte, die er Marx und Engels gab über diese Bewegung und ihre Ausdehnung. Wolff wurde für den Kreis Neumarkt als Stellvertreter der Abgeordneten in die deutsche Nationalversammlung entsandt. Damit wurde dieser rein agrarische schlesische Kreis der erste, der einen ausgesprochenen sozialdemokratischen Abgeordneten in ein deutsches Parlament entsandte. Von entscheidenden Demonstrationen wurden noch aus Schlesien entsandt: Fabrikbesitzer F. W. Schleißen für Hirschberg, Oskar Graf Reichenbach für Oppeln und Dr. Bauer für Reife.

In die preussische Verfassungskonvention nach Berlin entsandte die Stadt Breslau Rees von Eschen, den schlesischen Vertreter des Sozialismus und die radikalen Demokraten Dr. Stein und Schriftsteller Brill. Von weiteren Demokraten wären zu nennen: Dr. Pinski für Schweidnitz, Edward Graf Reichenbach für Hirschberg, Dr. Eisner für Hirschberg und Dr. Schulz für Reifeberg.

Einige größere schlesische Städte wie Breslau und Piesnitz konnten jedoch die Märzrevolution nicht empfangen, sie wählten ausgesprochene Reaktionen oder Liberalen in die beiden Parlamente. Durch die Preusserei war die Junker geblieben und selbst wurde wieder in Breslau eine sozialistische Zeitung gegründet, die den Namen „Schlesische Volkszeitung“ führte, jedoch nur kurze Zeit bestand.

Die Bewegung zielte auch die Forderung, die die Besten- und Verarmungsstreitigkeiten gebildet hatten und überall politische reger politisches Leben. Im Reichstag der Breslauer Arbeitervereine trat ein Ständekongress ein, der die Willenshaftigkeit der Bevölkerung des Sozialismus. Einige Tage später beschloß eine große Arbeiterkonvention die Forderung an das Ministerium auf Eröffnung eines besonderen Lehrkursus für Sozialismus an der Universität Breslau.

Täglich wurden Volksversammlungen über die Arbeiterangelegenheiten, in allen Städten hielten sich Arbeiter Komitees und Clubs. In Breslau war der größte dieser Vereine der „Vereinsklub“, in dem es schon zu heftigen Meinungsverschiedenheiten kam. Einige wollten die Republik, andere eine konstitutionelle Republik und eine Mischung der Reize zum Zweck der Konstitutionellen Republik. Die radikalen Elemente schied sich ab und es kam zur Spaltung.

Die Toten an die Lebenden.

Von Ferdinand Freiligrath.

So war's! Die Kugel in der Brust, die Stirne heilig gespalten, So habi ihr uns auf schwanem Brett auf zum Altar gehalten! — „Genossen!“ — und er kam gewankt — gewankt an unser Bett; „Hat es!“ — er jag — er weigte sich! (So laut zur Marianne, Das erst ein Kamdiante war!) — Dieß hand er und beklammert! Das Meer verließ die Stadt, die Herden wir genossen!

Die Hölle voran der Bürgerwehr, Sie fliegt voran dem Heere — Die Hölle geht in Flammen auf, die Hölle fliegt zum Heere. — Die Hölle fliegt; die Hölle fliegt; die Hölle und die Hölle! — Und seine Zukunft bildet selbst das Volk, was sonderbar!

Indessen, wie die Stunde schlägt, hat diesen unser Graven Guch, die ihr vieles schon verkannt, das Herz ergreifen wollen. O, heilig gerettet! Seid bereit! O, heilig, daß die Erde, Darin wir liegen from und from, ganz eine freie werde! Daß fürder der Gedanke nicht uns Meer laun im Schloß; Sie waren frei: doch wieder jetzt — and ewig — sind sie Sklaven!

weitere entandten Vertreter nach Berlin, die von dem Ministerium das allgemeine, freie Wahlrecht und andere Arbeiterrechte forderten. Im Herbst 1848 entandte der Arbeiterverein seinen Vorsitzenden als Vertreter zum ersten Deutschen Arbeiterkongress nach Berlin. Rees leitete als Präsident die Verhandlungen dieses Kongresses. Als das liberale Bürgerthum immer lauer wurde und keine Märzereignisse vermaß, waren es die Arbeiter, die es immer wieder aufzupfeuern vermaßten und die bald das Rückgrat der schlesischen Freiheitsbewegung bildeten. Ihnen zur Seite standen die wenigen wahrhaft demokratischen Reste des Bürgerthums.

Der erste Jahrestag der Märzrevolution bewies, daß die Reaktion auch in Breslau bereits Oberwasser hatte, in der Provinz hatte sie das Heft längst gänzlich in der Hand. Am 18. März 1849 gestattete der Volkstagspräsident einen Festzug, doch verbot er das Aufführen roter Fahnen. Infolgedessen beschloß das bürgerliche Komitee, den Festzug fallen zu lassen. Dies war aber nicht nach dem Geschmack der Arbeiter; in geschlossenen Jüngen marschirten die Gewerke nach dem Exerzierplatz, ihrem Sammelplatz, wo sich zu ihnen einige Kompanien bewaffneter Bürgerwehr gesellten. Gemeinsam bewegte sich nun der Demonstrationszug mehrere Stunden durch die Straßen der Stadt. Unter den mitgeführten Fahnen befand sich eine blutrote, die in goldenen Lettern die Inschrift trug: „Emanzipation der Arbeit!“ Die Polizei- und Militärbehörde forderte den Obersten der Bürgerwehr auf, den Festzug zu verhindern, doch dieser weigerte sich und am nächsten Tag wurde daher die Bürgerwehr aufgelöst.

Die große Spannung zwischen Bürgern und Arbeitern bewies die folgenden Ereignisse. Die Reaktionsäre sagten in einer Eingabe an den Magistrat um Nichtgenehmigung des Festzugs: „Jedermann weiß, daß die anarische Partei, welche bei uns mit Wuth unterdrückt worden ist, gerade den 18. März benutzen will, um das Verlorene wieder einzubringen.“ Die Liberalen warnten vor dem Festzug: „weil die vossfeindliche Partei ein Zusammenreffen mit der bewaffneten Macht herbeizuführen beabsichtigt.“ Das liberale Bürgerthum feierte im „Schlesischer“, der Arbeiterverein für sich in seinem Verzeichnisse, wo die erwähnte rote Fahne ihren Ehrenplatz gefunden hatte. Die städtische Festrede schloß mit einem Hoch auf die sozialdemokratische Republik.

Auch bei späteren spontanen Demonstrationen tauchten rote Fahnen auf. Schließlich trieb die Verweigerung die ihre Forderungen nicht erfüllenden Arbeiter zum Bau von Barrikaden. Führer in den Straßenkämpfen vom 6. und 7. Mai 1849 war der demokratische Student Schlehan, die selbstmüthigen Arbeiter waren und ausschließlich Reaktionsäre. Das hürmende Militär hatte einen schweren Stand und beiderseits waren große Verluste zu verzeichnen, doch der Soldateska gelang es, den Aufstand niederschlagen. Diese Breslauer Straßenkämpfe gehörten zu den letzten Zuständen der Revolution.

Die Straßen in dem nachfolgenden Aufsturz bewiesen, welche fürchterliche Rache die Reaktion an den Freiheitskämpfern nahm. Der Abgeordnete Zimmer, dem man das Herumtragen einer roten Fahne nachweisen konnte, erhielt neun Monate Zuchthaus.

Doch auch Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung wurden wegen Hochverrats verurteilt, nur weil sie im Parlament nach ihrer Überzeugung geurteilt hatten. Das Breslauer Schwurgericht verurtheilte den liberalen Stadtrichter Heinrich Simon zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe und den demokratischen Ritterschreiber Oskar Graf Reichenbach zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Polizeiaufsicht. Grundübertreter war es beiden gelungen, nach vorher ins Ausland zu entkommen.

Die schlesische Reaktion erließ jede freiheitliche Regierung und alles politische Leben. Im Jahre 1850 vermachte Ferdinand Rees nach einem einjährigem Exil in der Schweiz, doch kam nach einigen Kammererwerbungen die Zensur diese „Hilfslosen Kämpfer“. Damit hatte die erste Epoche sozialistischer Versammlungen in Schlesien ihr Ende erreicht.

Doch wie verhielt sich das liberale Bürgerthum? Es genügte zwei kurze Taktiken, die sich im Zeitraum von nur sechs Jahren entwickelten, um diese Frage zu beantworten:

Am 17. Juli 1848 trat ein Provinzialkongress der Demokraten im „Walden Park“ in Breslau. Die Hauptbedeutung wurde über das Prinzip der Demokratie geführt, es lag nämlich der Antrag vor, der Kongress möge erklären, daß die reine und ungetrübte Souveränität des Volkes die einzige richtige Basis einer Staatsverfassung sein solle. Einige Delegirte gingen weiter, sie wollten die demokratische, andere legten eine sozialdemokratische Basis als die einzige unabweisliche Grundlage anerkennen wollen. Der eigentliche Kampf wurde schließlich angenommen. Rees wurde beauftragt: Die Verammlung beschloß, daß die Lösung der sozialen Frage die Hauptaufgabe der Demokratie sei.

Der einzige geistige Führer der Breslauer Demokraten, Dr. Stein, lebte, wie im Jahre 1854 die liberale Bewegung wieder erweckten begann, mit folgenden Worten: „Wenigstens trachten wieder die alten hiesigen Führer der Märzrevolution. Der Name Demagoge war freilich streng verboten und war je nach dem Stande der Dinge.“

Man wußte sich aber keine rechtlichen Verengungen, als nach Wiedereintritt der Bewegung in Zuchthäuser und Festungen wurde in Exil geschickt.

Das Heckerlied.

Recht ist mir's wieder, wie die Finger gekommen, das Red auf den hochwürdigen heiligen Revolutionär von 1848, der sich schon damals (18. März 1848 in Heidelberg) als „Sozialdemokrat“ bezeichnete. Er war ein Revolutionär und ein Arbeiter und ein Mann, der den ganzen Sinn des Volkes und der Arbeiter, die sie waren, verstand. Er war ein Mann, der es verstand, in die Augen zu schauen.

Wenn die Kugel in der Brust, die Stirne heilig gespalten, So habi ihr uns auf schwanem Brett auf zum Altar gehalten! — „Genossen!“ — und er kam gewankt — gewankt an unser Bett; „Hat es!“ — er jag — er weigte sich! (So laut zur Marianne, Das erst ein Kamdiante war!) — Dieß hand er und beklammert! Das Meer verließ die Stadt, die Herden wir genossen!

Gebet nur, ihr Großen, Euren Purpur her, Das gibt rote Polen Für der Freiheit Heer. Je, dreihundertjährig Jahre Währt die Sauerer, Wir sind keine Knechte, Wir sind alle frei.

In den Darm des Pfaffen hängt den Edelmann, hängt ihn zum Erschlaffen, hängt ihn braun und braun. Ja, dreihundertjährig Jahre usw. . .

Schmiert die Gullastine Mit des Fürsten Fett, Reicht die Konfubine Aus des Fürsten Bett. Ja, dreihundertjährig Jahre usw. . .

Kürkenblut muß fließen, fließen tiefelid, Und daraus ersprechen Die rote Republik. Ja, dreihundertjährig Jahre usw. . .

Ein wüßtes, blutdürstiges, aber politisch nicht uninteressantes Lied, nicht wahr? Wie oft haben wir's vor zwanzig Jahren als Lehrender Studenten auf der „Lustnauer Wesp“ im Ohlen in Lustnau gehört! Ich sehe euch alle noch vor mir, ihr rotbemühten Bundesbrüder, heute wohlhabende republikanisch-reaktionäre Beamte, Diener von Kirche, Schule und Staat. Erzölet ihr nicht ein wenig, wenn ihr an damals denkt, wo ihr roh und ahnungslos, aber doch anständiger Kerle wartet? Wer von euch würde den „Hecker“ noch einmal mitbringen, wenn wir im „Ohlen“ in Lustnau zusammenträfen? — Du, Herr Staatsanwalt H., Du, Herr Stadtpfarrer W., Du, mein lieber H., der du deine deutschnationale Zeitung leitest? Dr. E. Schairer (Stuttgart).

Revolutionshumor aus dem Jahre 1848.

Des Königs Gruß. In der Nacht vom 18. zum 19. März war während der Berliner Straßenkämpfe eine Granate als Blindgänger in einem Pumprohr stecken geblieben. Ein Wirthbold hing an die Granate ein Plakat, auf dem die erstaunten Berliner am nächsten Tag lesen konnten: „An meine lieben Berliner!“

Gerettet. Ein hoher Beamter, der am 19. März unter die Menge geraten war, wurde erkannt und verfolgt. Er flüchtete, wurde jedoch umringt, und es wäre ihm wohl leicht ergangen, wenn nicht ein Arbeiter auf eine ultiqe Idee gekommen wäre. Er schrieb dem Anglimenischen mit Kreide in großen Schriftzügen auf den Rücken: „Nationaleigentum“. Darauf ließ ihn die Menge lachend laufen.

Der königliche Finanzminister. Warum hat der Erminister der Finanzen den Staatskass bis auf den Grund erschöpft? Weil er kein Schatzkammer ins Tode zu bringen wollte.

Aus der Naturgeschichte der Fürken. Festern habe ich es zum ersten Mal rausgetrieben, warum die Fürken nicht so'n schnellen Fortschritt lieben, wie wir Völker. Ich habe dieses durch die Wissenschaft erlangt, indem ich meinem Sohn Wilhelm die Bücher nachsah, da fand ich in der Naturgeschichte, daß der Purpur aus eine Schnecke gewonnen wird.

Republik oder Monarchie. Schulle: „Sagen Sie mal! Was ist denn eigentlich eine Republik?“ Müller: „Du, wo der König vor umjourné da is.“ Schulle: „Det is ja sehr billig!“ Müller: „Ja, wenn er nach die Billigkeit frage; aberk unter König is uns viel zu teuer und darum.“ Schulle: „Ach so! Darum behalten wir'n.“

Anzeige. Böswillige Konkurrenten haben seit einigen Tagen das Gerücht zu verbreiten gesucht, ich wolle deutscher Kaiser werden und beabsichtige, demnachst mein Geschäft aufzugeben. Wer mich näher kennt, wird wissen, woran er ist. Fremden und Auswärtigen aber empfehle ich nach wie vor mein reichhaltiges Lager von Kachmühen und Unterbeinkleidern.

Sozialer Beweis. Gab es keine Revolution, so hätten wir auch im März 1848 keine gehabt; hätten wir im März 1848 keine Revolution gehabt, so wären auch die Liberalen nicht reaktionär geworden, wären die Liberalen nicht reaktionär geworden, so hätten sie das Volk nicht verraten; hätten sie das Volk nicht verraten, so könnte auch der alte Bundestag nicht wieder eingeführt werden; der alte Bundestag kann aber wieder eingeführt werden — ergo — muß es auch eine Revolution geben.

Ueber die Verfassung. Solange wir keinen reinen Volks- und natürlichen Rechtsboden haben, solange ist jede Verfassung ein Stück Vergamant, das immer Luft hat, sich wegen seiner Vergamantgeburt zu reuanchieren und allen Klein, die es sich gefallen lassen, das Fell über die Ohren zu ziehen.

Unterm Belagerungszustand. Zwei fliegende Buchhändler treffen sich auf dem Schloßplatz. Sagt der eine: „Du sag mal Frihe, was machen wir nu, nu alles verrotten is?“ — „Det will id dir sagen, mein Junge“, meint der andere. „Du schreib den „Kladderbusch“ aus uns id denanzig dir. Id friege ganz Later und du einen Tag Ufhebung der persönlichen Freiheit. Denn frei id wieder den „Kladderbusch“ aus uns du denanzigst mir; nu, uf die Art können wir'n Belagerungszustand anschalten.“

Der Hochverräter. Ein Leutnant hat einen Bürger verhaftet und zur Wache gebracht. Er bringt den Delinquenten zum Hauptmann und meldet: „Diesen Beweis des Hochverrats habe ich in der Wohnung des Kreis geschanden und natürlich sofort konfiskiert!“ Dabei schwenkt er triumphierend ein Stück weißes Papier. „Auf dieses corpus delicti hat der Herr weißes eine Proklamation schreiben wollen“, fügte er noch erläuternd hinzu.

Diese Behauptung. Müller: „Sag ma, Schulle, da werden ja wieder eine Kaffe Kugel in aus der Zeughaus verladen?“ Schulle: „Man ruhig, Müller, die kommen alle wieder.“ Müller: „Sag ma, Schulle, da werden ja wieder eine Kaffe Kugel in aus der Zeughaus verladen?“ Schulle: „Man ruhig, Müller, die kommen alle wieder.“ Müller: „Sag ma, Schulle, da werden ja wieder eine Kaffe Kugel in aus der Zeughaus verladen?“ Schulle: „Man ruhig, Müller, die kommen alle wieder.“

Die Republik. „Als jetzt meine hochverehrten Wittbürger und Zeitgenossen, sage id Ihnen in meinem Gedächtnis die deutsche Republik. Erinnern Sie sich an und lassen Sie jener hin! Hat Sie leben nicht? Sagen Sie jauchend noch jener hin! Sie leben immer noch nicht? Ja, leben Sie, bei is eben der Wig, von der deutsche Republik is keine Spur zu sehen!“

Von der Reise zurück!
Dr. med. Korn
Steine. 497

Pfänder-Wuktion
Verlängerung bis 20. März.
Reichhaus Sidmann.

Seauen
Sich bei Bedarf an
besten Artikeln
auswählen an langjährig
erfahrenen
Spezialisten
Schöne Preise
an Herren- u. Damenbekleidung
St. M. Böhm
Reichhaus
Reichenstr. 2, Grünstraße 9

3 Singer Schneider-
Nähmaschinen
45.00, 70.00 u. 95.00 Mk.
mit reeller Garantie.
Reparaturen von 1 Mk. an.
Nähmaschinen-
Reparaturwerkstatt
Gräbischer Str. 3

Genossen
Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der
Volkswacht

Gardinen

Extra-
Preise

geschmackvoll und modern, verschaffen Ihrem Heim Schönheit und Behaglichkeit. Sie haben in unserer Spezialabteilung die denkbar größte Auswahl

Fenster-Garnituren
Geweber Tüll *Stilles Gewebe, solide Qualität* 3.85
angeta Mastor 5.50, 6.75
Engl. Tüll *3 fält. Gewebe, schönes Dekor* 6.30
Kunststoffgewebe 9.00, 8.40
Etamin *5 fältige Gewebe, mit oder ohne Schwebel, Blinds und Motiven* 3.75
Madras *5 fältige Gewebe, ohne Grand, mit Indanthrenfarb. Mustern* 5.75

Halbstores
Engl. Tüll *halbbere Rollläden, in neuen Zeichnungen* 3.50, 4.35
Engl. Tüll *in eleganter Ausführung, Größe 150x250 cm* 9.50
Etamin *mit Filz-Blindeisen u. Klappspalten* 2.75
Etamin *mit breitem Filz od. Macramé-Falz, Tischbaum und Präzision* 8.00
Größe 150x250 cm 13.50 10.30

25% unter
Preis

Ein großer Posten fehlerfreie
Madrasgarnituren

lichtechte Indanthrenfarben, herliche
Künstler- und Blumenmuster

Flügelbreite	Serie I	Serie II	Serie III
100 cm	11.80	13.70	15.30
Flügelbreite	Serie I	Serie II	Serie III
50 cm	6.80	8.25	10.25

Stappdecken
Seidenglanz satin *doppelt gefalt.* 11.50
in allen Farben, Gr. 140x200 cm
24- Gr. 150x200 cm
Seidenglanz satin *doppelt gefalt.* 19.50
in allen Farben, Handb. Gr. 150x200 cm
Seidenglanz satin *doppelt gefalt.* 28.50
Schafwollfilz, Gr. 150x200 cm

Bettdecken
Geweber Tüll *solide Gewebe, geschmackvoll* 4.50
Muster für 1 Bett 6.30, 7.00
Geweber Tüll *solide Qualität in besonderer schön. Zeichnungen, 2 Betten* 8.50
Etamin *mit Filz-Blindeisen, Klappspalten und Anhängern, über 1 Bett* 2.95
Etamin *mit Handkettgewebe, Hohlbaum und Spitzen, über 2 Betten* 9.50
10.75 13.50

J. Manufaktur
Kupferschmiedestr. 42

Samilien-Anzeigen

Am 16. März, früh 2 1/2 Uhr, verstarb plötzlich und unerwartet meine liebe, gute Frau, unsere treusorgende Mutter und Großmutter
Frau Emma Hoffmann
im Alter von 51 Jahren.
Dies zeigt schmerzerfüllt an
Paul Hoffmann als Gatte
nebst sechs Kindern.

Beerdigung: Montag, den 19. März, 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle Pohlowitz.
Trauerhaus: Seitengasse 5, II.

Deutscher Holzerbeiter-Verband
Am 16. März verstarb die Frau unseres Verbandskollegen, des Tischlers **Paul Hoffmann**
Frau Emma Hoffmann
geb. Leipe
im Alter von 51 Jahren
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau
Beerdigung: Montag, 19. März, nach 1 1/2 Uhr, auf dem Friedhof in Pohlowitz.

Kurz nach dem Tode meines unvergesslichen Sohnes starb am 15. März unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester und Schwägerin, meine heißgeliebte Frau und treusorgende Mutter
Meta Hillmann
im blühenden Alter von 38 Jahren.
In so heftigem Schmerz
August und Emilie Eckert
als Eltern
Goethestraße 85
Georg Hillmann, als Gatte
nebst Kindern.
Beerdigung: Montag, den 19. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städt. Friedhofes in Gräbischer Halle 3 zum Trauerhaus: Hubensstraße 9

Am 14. März starb unser Mitglied
Erwin Gewinn
im Alter von 25 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die freiwirtschaftlich organisierten Mitglieder der Freiwilligen Sterbekasse der Schuhwerk N. Brandel.
Beerdigung: Sonnabend, 17. März, nach 4 Uhr, Halle 3, Trauerhaus, Oertlicher Friedhof.

Zurückgekehrt
Sanitätsrat **Dr. Bannas**
Taubentanzstraße 166.

Weinbau Ausstellung

Ausstellung
11-18. MARZ
Oderwirtschaft
und Odersport

MESSEGELENDE
SCHEITNIG
Eintrittspreis 0.50 Mk. für jede der beiden Ausstellungen

Nach 4jähriger ärztlicher Tätigkeit auf der inneren Abteilung des Josephkrankenhaus (Primärarzt Dr. Ziesche), in der Poliklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenheiden des Josephkrankenhaus (Sanitätsrat Dr. Walliczek) auf der Abteilung für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe des Allerheiligen-Hospitals (Geheimrat Dr. Aesch) sowie in eigener Praxis habe ich mich in
Zimpfel als
Arzt und Geburtshelfer
nieder gelassen.
Zimpfel **Dr. med. Paetzold** Fernspr. 119 b
Weg 94 Ohls. 90
Sprechstunden 8-12, 3-5 Uhr.
Zugewiesen zu sämtlichen Krankenkassen.

Zahnarzt Dr. Wiele
wohnt jetzt
Dr.-Lissa, Kirchstr. 1a

Verzogen
nach
Friedrich-Wilhelm-Straße 61
(bisher gegenüber Nr 62)
Dr. med. Leo Boss
Ohren-, Nasen- und Halsarzt
Sprechstunden 11-1. 4-6 1/2. Tel. Ohls 1399

Die Volksschule als Einzelstufenschule
Von Dr. Max Apel.
Schreibungen werden von der Expedition dieses Blattes wie von sämtlichen Katholikern entgegengenommen

Pietär Wilhelm Schneider
Bestellungs-Anstalt
Breslau, Schatzstraße 58, Ecke Kupferschmiedestr.
Fernsprecher Ring 1823

Städtische Handelsschulen in Breslau.

Wahlfreie Abendkurse Dauer 1 1/2 Jahre
5 Uhr nachmittags bis 9 1/2 Uhr abends.
1. Handelskunde (das Recht des Kaufmanns), Handelskorrespondenz, Buchführung und kaufmännisches Rechnen für Anfänger und Fortgeschrittene.
2. Fremdsprachen für Anfänger und Fortgeschrittene; für letztere Handelskorrespondenz.
3. Deutsch, Schreiben, Stenographie und Maschinenschreiben für Anfänger und Fortgeschrittene.
Teilnehmergebühren 4.50 Mk. pro Kursus und Monat. Beginn der Kurse am Dienstag, den 1. Mai. Einschritte und Anmeldungen bei dem Direktor, Lajochstraße 32, I. Stock.
Der Registrator. 4654

Lippenluzum?
Lippenluzum?
Kupferstraße 28
Anruf: Ring 8922. 4678

Gardinen
kaufen Sie billigst u. bei größter Auswahl im Spezialgeschäft bei
W. Quintern & Co.
Peschestraße 189 (Innenhof).

Dampfvulkanisier-Anstalt
Hermann Püschel
Hubenstraße 19. Telefon Stephan 35639
empfehlen zu billigen Preisen Ersatz- u. Zahnärztliche u. Autoherstellung etc.

Prima Eisenbügel
aus la. Kuppelstein Eisen oder
Stahl 100 u. 120 Stk.
Preis 1.50 u. 2.00 Mk.
Friedländer. Ring 1878

Abendschule für Maschinenbau und Elektrotechnik

an der
Staatl. Höheren Maschinenbau-
schule, Breslau X
Lehndamm 55
Beginn des Sommerhalbjahres: 16. April
Schluß: Ende September
Sommerferien: 6. Juli bis 15. August

Unterricht in 6 aufsteigenden Halbjahres-
klassen an 4 Wochenabenden von
18.20 Uhr ab.

Lehrfächer: Rechnen, Mathematik, Mecha-
nik, Physik, Chemie, Arbeitsver-
fahren, Kalkulation, Maschinen-
kunde, Elektrotechnik, Zeichnen,
Deutsch.

Unterrichtsgeld: 30.00 RM. halbjährliche
Zahlung in Teilraten gestattet.
Anmeldung: möglichst bald beim Schul-
wart von 17-20 Uhr.

Am Schluß des letzten Schuljahres Abschlußprüfung
vor Städtischem Kommissar.



Schulentlassung-Einsegnung!
Ein neuer Lebensabschnitt!
Behalte diesen Tag in Erinnerung
durch ein gutes Photobildnis.

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse des
Sprechens! Lerne die
Weltsprache Esperanto,
die von Arbeitern aller Nationen
geprochen und verwendet wird

Das erprobte, natürliche Volksheilmittel
Gebergs-Wacholdersaft
in bester Qualität zu haben in der
Hygien-Apotheke
Breslau, Tourenzionsstraße 21
Ecke Gröbenstraße. 4783

Das zweite noch fehlende über Europa der kleinere Druck der Zeitgenossen. Die Führer war ...

Das war im Jahre 1830. In Frankreich befehligte sich die Gesellschaft des Bürgerrechts ...

Im Herbst 1848 war die deutsche Revolution ...

Im Herbst 1848 war die deutsche Revolution ...

Die Revolution von 1848 ...

Die Revolution von 1848 ...

Die Geschichte der Arbeiterbewegung.

Ein Meister des Großen Erich ...

Wir bringen hier einen Auszug aus dem ...

Die erste Periode (1848-1849) ...

Die zweite Periode (1868-1871) ...

März 1848 in Österreich.

Der 19. März 1848 war für die österreichische ...

Was ist die friedliche Bewegung auf die ...

Die Revolution von 1848 ...

Die Revolution von 1848 ...

Werbewoche der S.A.J. vom 18. bis 31. März 1928

Ich war, ich bin — ich werde sein! Ich werde sein und wiederum ...

WOCHE

Beginn:
Montag, d. 19. März
Vorm: 8,30 Uhr
Der Vorverkauf
beginnt bereits
Sonntag, d. 17. März

Während dieser Woche bringen wir Waren aller Art zu ganz besonders vorteilhaften Preisen zum Verkauf!

Damen-Strümpfe
Wasch-Kunstseide mit Naht, verst. Spitze und Hochferse. 1.25 **-0.85**

Damen-Strümpfe
Mako, besonders haltbar, alle Farben. 1.25 **-0.95**

Damen-Strümpfe
Seidenflor, verstärkte Hochferse u. Spitze, viele Modefarben. 1.45 **-0.95**

Damen-Strümpfe
Kunstwachsseide mit kleinen Fehlern, sehr feines Gewebe, viele moderne Frühjahrsfarben. 1.65 **1.45**

Damen-Strümpfe
Kunstwachsseide, mit Flor platt, mit klein. Schönheitsfehlern. 2.95 **2.45**

Damen-Strümpfe
Bemberg-Wachsseide, Gold- und Silberstempel, in reichhaltigem Farbensortiment, besonders preiswert. 2.45

Herren-Socken
moderne Jacquardmuster. 0.85 **-0.65**

Herren-Socken
Kunstseide plattiert, hübsche Farbstellungen. 1.25 **-0.95**

Herren-Socken
Kunstseide mit Flor plattiert, elegante Jacquardmuster. 1.95 **1.45**

Kinder-Strümpfe
Feine Baumwolle, jede weitere Größe 5 Pfennig mehr. Gr. 1 **-0.35**

Damen-Handschuhe
Wildleder imitiert, 2 Druckknöpfe. 0.95 **-0.65**

Damen-Handschuhe
Wildleder imitiert, mit hübscher Manschette. 1.25 **-0.85**

Damen-Handschuhe
imitiert Leinen, viele Modefarben. 1.45 **-0.95**

Damen-Handschuhe
Leinen imitiert, mit reichem Manschette. 1.65 **1.25**

Damen-Handschuhe
Wachsseide, mit eleganter Spitze. 2.75 **1.95**

Damen-Handschuhe
gelb Wildleder imitiert. 2.75 **2.45**

Damen-Glace-Handschuhe
in großem Farbassortiment. 3.45 **2.90**

Damen Nappa Handschuhe
einzelne Größen. 2.95

Damen-Glace-Handschuhe
mit eleganter Fantasie-Manschette. 4.45 **3.95**

Herren Nappa Handschuhe
dunkle Farben. 4.85 **3.95**

Herren-Handschuh
imitiert Wildleder, gelb, mit schwarzer Aufsicht. 2.25 **1.85**

Herren-Einsatzhemden
weiß Rumpfstoff mit schönen Ripseinsätzen. 1.75 **1.45**

ca. 1000 Stück
Herren-Einsatzhemden
mit mod. Rips- u. Trikoletteinsatz, m. klein. Schönheitsfehlern, alle Gr. 2.95, 2.45 **1.95**

Herren-Mako-Hosen
teils echt Mako, gute Qualitäten. 2.25 **1.95**

Herren-Mako-Hemden
teils echt Mako, haltbare Qualitäten. 3.25 **2.75**

Herren Mako-Jacken
teils echt Mako, mit kleinen Schönheitsfehlern, alle Größ., 2.45 **1.95**

Herren-Netz-Jacken
mahofarbig, mit Leisten, alle Größen. **-0.85**

Herren-Garnituren
Jacke und Beinkleid, moderne Farben, m. kleinen Fehlern. 4.25 **3.75**

Kinder-Sommer-Schlüpfer
Baumwolle. Größe 25. Jede weitere Größe 10 Pf. mehr. **-0.35**

Damen-Sommer-Schlüpfer
Baumwolle, alle Größen. 1.25 **-0.95**

Damen-Sommer-Schlüpfer
echt ägyptischer Mako, alle Größen. 2.65 **2.25**

Damen-Sommer-Schlüpfer
Prima Mako-Mixtur, alle Größen. 4.45 **3.75**

Damen-Schlüpfer
Kunstseide, viele Farben. 1.65 **1.25**

Damen-Schlüpfer
K-Seide gestreift, mit kleinen Schönheitsfehlern. 2.45 **1.95**

Damen-Prinzebrücke
K-Seide gestreift, mit kleinen Schönheitsfehlern. 4.45 **3.95**

Damen-Hemdchsen
K-Seide gestreift, m. breiter Spitze garniert. 3.95 **3.65**

Damen-Taghemden
aus gutem Wäschestoff, mit Träger und Stickerei. 1.65 **1.45**

Damen-Taghemden
aus gutem Wäschestoff, volle Achsel mit Stickerei. 2.25 **1.65**

Damen-Taghemden
aus Makobalst mit Stickerei und Spitzengarnierung. 2.75 **2.45**

Damen-Nachthemden
aus gutem Wäschestoff mit farb. Battsigarnierung. 3.45 **2.95**

Damen-Nachthemden
aus Makobalst mit Stickerei und Spitzengarnierung. 4.65 **3.95**

Damen-Prinzebrücke
aus Makobalst mit breiter Valenciennespitze. 3.45 **2.95**

Damen-Prinzebrücke
aus Makobalst mit Stickerei und Klöppelspitze. 3.95 **3.45**

Damen-Hemdchsen
aus Makobalst m. Valenciennes-Spitzen. 2.65 **1.95**

Bettbezüge
aus gutem Wäschestoff. 5.95 **4.95**

Kissen
aus gut. Wäschestoff, 80x80. 1.45 **1.15**

Bettbezüge
aus kräftig. Linon, 130x200. 6.50 **5.95**

Kissen
aus kräftigem Linon, 80x80. 1.65 **1.45**

Bettbezüge
aus gutem Damast und Wallis, 130x200. 9.45 **6.95**

Kissen
aus gutem Damast und Wallis, 80x80. 2.25 **1.50**

ca. 200 Dutzend
Küchenhandtücher
aus Dreil und Gerstenkorn, ges. und geb. Stück. 0.75 **-0.58**

Bettlaken
aus starktätigem Linon, 130x200. 2.75

Bettlaken
aus kräftigem Haustuch und Daulas, 140x200. 2.95

Damast-Tischtücher
mod. Blumenmuster, 130x130 3.65, 110x130. 2.95

Künstlerdecken
bedruckt, ndonhren, 130x160 4.95, 130x130. 4.45

Stubenhandtücher
Reinleinen, Halbleinen und Baumwoll-Jacquard, gesäumt u. gebändert, 46x100 1.25, 0.95

Damen-Taschentücher
mit eleg. Spitze, 3 Stück i. Karton. **-0.95**

Damen-Taschentücher
weiß Batts, mit Valenciennes-Spitze. 6 Stück. **-0.95**

Damen-Taschentücher
weiß Batts, mit weitem und farbigem Zackenrand. **-0.15**

Herren-Taschentücher
Linon, weiß u. farb. Karbon. 0.50 **-0.20**

5 Serien Strick-Kleider
in fesschen Farbstellungen und neuen Mustern

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5
9.65	12.75	15.75	17.75	21.75

5 Serien Damen-Pullover und Lumberjaks
in sparter Ausmusterung und leuchtenden Farben

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5
4.95	6.25	7.45	8.75	11.75

Herren-Überhemden
Perkal, m. 1 Krause u. Faltenbrust, hübsche Muster. 4.65 **3.95**

Herren-Überhemden
weiß, mit mod. Karoeinsätzen und Damast-Streifen. 3.90 **3.95**

Herren-Überhemden
Zephir m. Seinstreifen, dezente Streifen und Karos. 6.90 **5.45**

Herren-Überhemden
Prima Trikolette-Qualitäten, eleg. Streifen und Karos. 8.75 **7.75**

Damen-Unterhemdchen
fein gewirkt, mit Träger, viele Farben. 0.95 **-0.45**

Damen-Unterhemdchen
volle Achsel, viele Farben. 1.65 **1.25**

Damen-Hemdchsen
fein gewirkt, Windelform, farbig. 1.45 **1.25**

Dam.-Unterzieh-Schlüpfer
Baumwolle, fein gewirkt, mod. Farben. 0.95 **-0.75**

Fortsetzung unseres besonders preiswerten Kurzwaren-Verkaufs

Stehbleckerglas
und Seckkrüge, 4-fach Mako, 5 Stück 1.45, Stück **-0.50**

Carton-Boxen
in vielen Ausführungen. 0.60 **-0.40**

Rosenkränze
Gummi m. Vollederplatte. 0.75 **-0.45**

Herren-Räder
Nesside-Fahrradmuster. 1.45 **-0.95**

Büstenhalter
aus gutem Wäschestoff, vorne zum Knöpfen. 0.95 **-0.75**

Büstenhalter
aus gut. K-Seidenstrick in leisen Farben. 1.25 **-0.95**

Büstenhalter
aus Floridantaise apart Wäschest., mit Gummischuß. 1.25 **-0.95**

Büstenhalter
aus gemastertem Dreil, mit 4 Hältern. 1.45 **-0.95**